

# INTERIM

Wochentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 340

20. Juli 1995

Hallo,
in diesem Heft findet ihr viele Texte zu der derzeit laufenden Repressionswelle. Unter anderem findet ihr auch einen Brief von einem der Untergetauchten. Wir hoffen, daß es nicht nur bei den Texten bleibt. Ein Anfang sind ja schon der Lappenkrieg und das Knastbeben... In diesem Zusammenhang nochmal ein paar Worte, warum wir die Spekulationen über die Aktion gegen den Abschiebeknast Grünau nicht abgedruckt haben. Wir sind immer noch der Meinung, daß in den betreffenden Textstellen sehr spekulative Zusammenhänge hergestellt werden, deren öffentliche Diskussion wir zum jetzigen Zeitpunkt falsch finden. Da ist es für uns auch kein Argument für den Abdruck, wenn an WG- und Stammtischen ohnehin darüber gequatscht wird. Deshalb verweisen wir lieber nochmal auf den Brief des Untergetauchten. Wichtiger finden wir aktuell der Repressionswelle etwas entgegenzusetzen. Solche Kriminalisierungsversuche sind natürlich immer auch ein Testballon von BAW und Bullen, wie weit sie gehen können. Also - kommt in die Hufe, überlegt euch was, thematisiert die kriminalisierten Themen...
Nochwas in eigener Sache: Wegen der Fülle der Texte mußten wir einige davon erstmal aufschieben. Nicht böse sein, gell.





**Ordner:**



**wir haben in der nacht zum 3.juli , dem jahrestag der verurteilung Mumia Abu-Jamals in den usa, die chrysler-filiale in kassel ein wenig verwüstet. Mumias "verhandlung" war ein rassistischer schauprozeß und er soll nun nach über zehn jahren in der todeszelle am siebzehnten august hingerichtet werden.**
**wenn eine rassistische gesellschaft ihre radikalen kritikerInnen ermorden will, werden wir nicht tatenlos zusehen . . .**

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL !

ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE !

kommando assata shakur

## *Der Fall Mumia Abu-Jamal*

Mumia Abu-Jamal ist ein weit über die Grenzen seiner Heimatstadt Philadelphia (USA) hinaus bekannter afroamerikanischer Journalist. Anfang der 80er Jahre war er Präsident der Vereinigung Schwarzer JournalistInnen in Philadelphia und wurde für seine Arbeit mehrfach mit Preisen und Ehrungen ausgezeichnet. Seine engagierte Berichterstattung gegen Rassismus und Unterdrückung in den USA haben ihm den Namen „Stimme der Unterdrückten" eingebracht. Gleichzeitig wurde er durch seine Arbeit aber auch zum Opfer von staatlicher Repression.

Seit seiner frühen Jugend war Mumia politisch aktiv, u.a. als führendes Mitglied in der Black Panther Party, die in den 60er und 70er Jahren für das Selbstbestimmungsrecht der afroamerikanischen Bevölkerung in den USA eintrat. Seine Vergangenheit als Aktivist einer Organisation, die vom damaligen FBI-Chef J. Edgar Hoover als „die größte Gefahr für die nationale Sicherheit der USA" bezeichnet wurde, und seine kritische Berichterstattung als Radiojournalist in den 70er und 80er Jahren führten zu Abu-Jamals ständiger Polizeiüberwachung. 1980 verkündete der damalige Bürgermeister von Philadelphia, Frank Rizzo, auf einer Pressekonferenz, Mumia Abu-Jamal müsse „mit allen Mitteln zum Schweigen gebracht werden", nachdem Abu-Jamal wiederholt Vorfälle von rassistischer Polizeibrutalität angeprangert hatte. Eine Gelegenheit, ihn wie angekündigt mundtot zu machen, ergab sich am 9. Dezember 1981, als Abu-Jamal seinem Bruder zu Hilfe kommen wollte, der von einer Polizeistreife angegriffen wurde. Über die nachfolgenden Ereignisse gibt es widersprüchliche Darstellungen. In der zunächst verbalen Auseinandersetzung wurde Abu-Jamal durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt, ein Polizist stirbt an einer Schußverletzung. Abu-Jamal wurde direkt verhaftet und schon am nächsten Tag der Öffentlichkeit als „Polizistenmörder" präsentiert. Der nachfolgende Prozeß entwickelte sich zu einem Schauprozeß. Obwohl mehrere ZeugInnen aussagten, daß der Todesschütze geflüchtet sei und obwohl nie eine Tatwaffe gefunden wurde, wurde Mumia Abu-Jamal als „Polizistenmörder" von einer fast ausschließlich weißen Geschworenenjury am 3. Juli 1982 für schuldig befunden und von Richter Sabo zum Tode verurteilt. Seitdem kämpft Mumia Abu-Jamal in den Todestrakten des US-Bundesstaates Pennsylvania um sein Leben. Sämtliche Berufungsanträge gegen das Todesurteil sind bisher abgelehnt worden.



**Kostenloses Frühstücksprogramm der Black Panther Party**

## *Leben auf Abruf*

Am 1. Juni 1995 ist der Hinrichtungsbefehl von Mumia Abu-Jamal durch Pennsylvanias rechts-konservativen Gouverneur Thomas Ridge unterzeichnet worden. Das Hinrichtungsdatum wurde auf den 17. August 1995 festgelegt. Wenige Tage später beantragte Rechtsanwalt Len Weinglass beim Philadelphia Court of Common Pleas eine Aussetzung des Hinrichtungsbefehls, die Wiederaufnahme des Verfahrens für Mumia Abu-Jamal und den Ausschluß von Richter Albert Sabo wegen Befangenheit. Denn sowohl der Antrag auf Aussetzung des Hinrichtungsbefehls als auch der Antrag für ein neues Verfahren werden in erster Instanz von Richter Albert Sabo entschieden - derselbe Richter, der Mumia im Juli 1982 zum Tode verurteilt hat!

Sabo hat in seiner bisherigen Amtszeit mehr Menschen zum Tode verurteilt als irgendein anderer Richter in den USA - insgesamt 31 Menschen. Alle, bis auf zwei von ihnen, sind People of Color. Seit der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls ist Abu-Jamal aus dem Todestrakt im SCI Greene in spezielle Isolation innerhalb des Knastes verlegt worden und darf außer seinen Anwälten niemanden mehr sehen. Die Gefängnisleitung hatte Mumia Abu-Jamal Anfang Juni zusätzlich zu 30 Tagen verschärfter Isolationshaft verurteilt, weil er durch die Veröffentlichung seines Buches „Live from Death Row" angeblich gegen die Gefängnisordnung verstoßen habe.

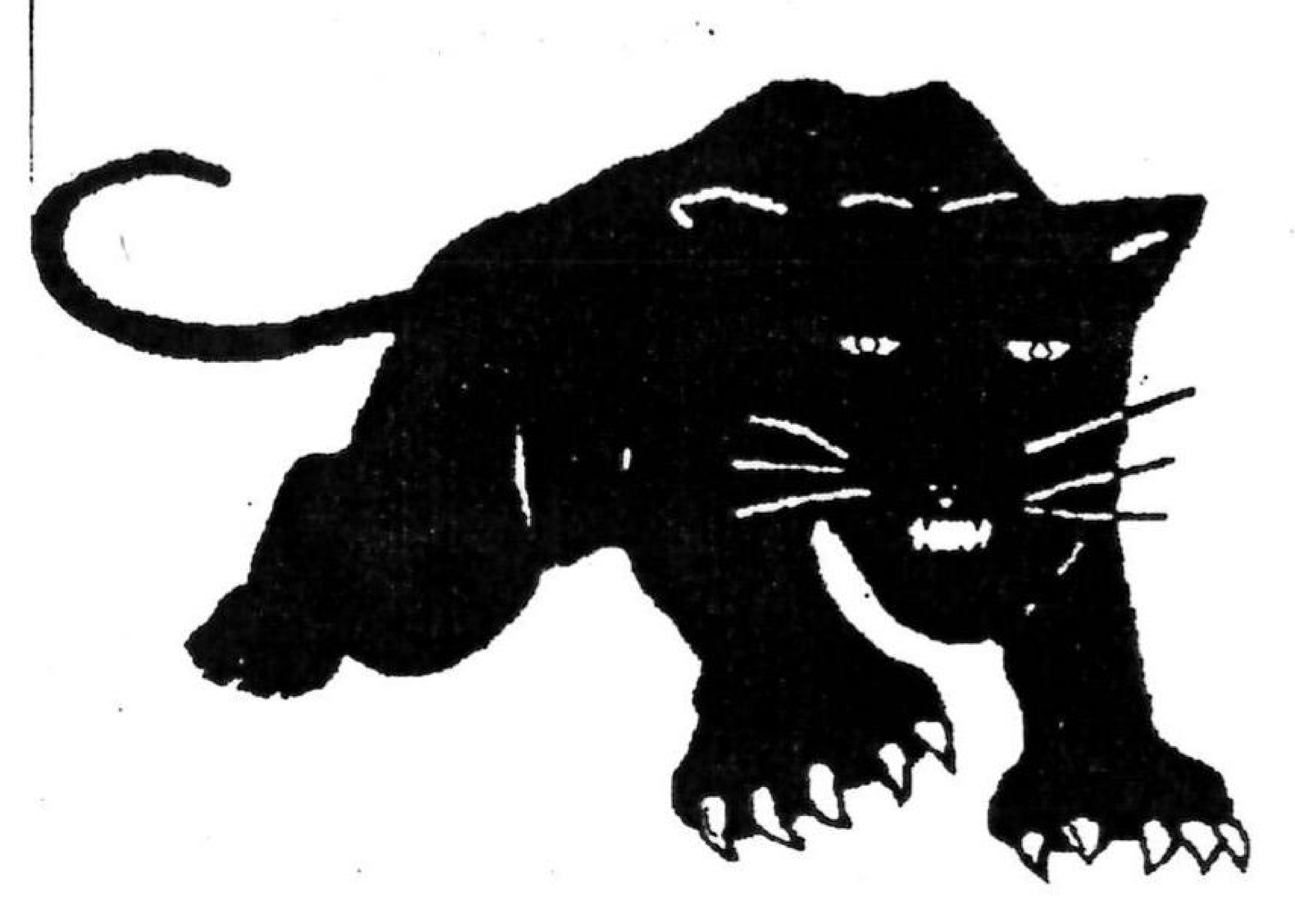
Mit dieser Maßnahme wird noch einmal deutlich, worum es im Fall von Mumia Abu-Jamal geht: Einen kritischen Oppositionellen unter allen Umständen und mit allen Mitteln mundtot zu machen.

## *Die Polizeigewerkschaft und der Gouverneur*

Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge setzt bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen wie wachsende Verarmung und Arbeitslosigkeit auf die bewährte Law & Order-Parolen fast aller us-amerikanischen Politiker. Schon im Mai wurde die Hinrichtungsmaschinerie in Gang gesetzt. Am 2. Mai 1995 wurde der 39-jährige Keith Zettelmoyer durch die Todesspritze hingerichtet. Damit hat zum ersten Mal seit 1963 in Pennsylvania wieder eine Hinrichtung stattgefunden. Darüber hinaus hat Gouverneur Ridge angekündigt, Hinrichtungsbefehle in mindestens 60 weiteren Fällen zu unterschreiben. In Pennsylvania befinden sich z.Zt. 183 Gefangene in den Todestrakten, davon über 50% Afro AmerikanerInnen.

Im Fall von Mumia Abu-Jamals Hinrichtung wird der Gouverneur insbesondere von der Polizeigewerkschaft „Fraternal Order of Police" (FOP) dazu gedrängt, die Hinrichtung möglichst schnell durchzuführen. Die FOP fordert seit Jahren, Abu-Jamal hinzurichten. Seitdem Abu-Jamals Fall in den USA einer breiteren Öffentlichkeit bekannt ist, versucht die FOP mit allen Mitteln Abu-Jamal zu diskreditieren und zu zensieren. So zog z.B. 1994 der große US-weite Radiosender National Public Radio die Ausstrahlung von Abu-Jamals Radiokommentaren nach einer massiven Protestkampagne durch die FOP wieder zurück. Die FOP versuchte auch durch Boykottandrohungen und gerichtliche Schritte, die Veröffentlichung von Abu-Jamals Buch „Live on Death Row" zu verhindern, womit sie allerdings scheiterte. Mumia Abu-Jamal ist der einzige Todesstrafengefangene, der mit einer aktiven und einflußreichen Lobby konfrontiert ist, die auf allen Ebenen für seine Hinrichtung arbeitet.

## *Unterstützung in den USA und international*



Seitdem der Hinrichtungsbefehl von Mumia Abu-Jamal unterzeichnet wurde, habe sich in den USA eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten, u.a. Whoopi Goldberg, Ed Asner, Harry Belafonte, Spike Lee und die Schriftstellerin Alice Walker u.a. durch Buchlesungen und Konzerte aktiv an der Unterstützungskampagne beteiligt. Darüber hinaus hat es in den USA in ca. 15 Städten Protestdemonstrationen mit jeweils mehreren hundert TeilnehmerInnen gegeben, die von Einzelgewerkschaften, kirchlichen Organisationen und Bürgerrechtsorganisationen unterstützt wurden. Zu den internationalen Organisationen, die bei Gouverneur Ridge gegen die geplante Hinrichtung und für eine Wiederaufnahme des Falles eingetreten sind, gehören u.a. Amnesty International, die Schriftstellerorganisation PEN-International und der südafrikanische ANC. Amnesty International, so heißt es, am 8. Juni 1995 in einem Brief an Gouverneur Ridge ist besonders darüber besorgt, daß einseitige Anspielungen auf Mumia Abu-Jamals politische Überzeugungen und seine politischen Verbindungen in der Vergangenheit von der Staatsanwaltschaft direkt dazu benutzt wurden, um die Geschworenen dazu zu überreden, die Todesstrafe zu verhängen.

In der BRD hat es seit der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls in mehreren Städten.

Protestdemonstrationen und Kundgebungen gegeben. Zu den vielen Initiatiiven gehört u.a., daß am 27. Juni im Petitionsausschuß des Bundestages ein Antrag auf politisches Asyl für Mumia Abu-Jamal in der BRD eingereicht wurde, der von mehr als 300 Organisationen und Einzelpersonen getragen wird. Über diesen Antrag wird nach der Sommerpause entschieden. Wir sind uns bewußt, daß die de facto Abschaffung des Art. 16 GG und die Zuspitzungen von staatlichem Rassismus, Abschiebungen und Willkür gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden in der BRD eine Aufnahme von Mumia in der BRD sehr unwahrscheinlich machen. Schon lange umfaßt unser Kampf gegen jegliche Form von staatlichen Rassismus viele unterschiedliche Initiativen und Widerstandsformen - das Asylbegehren für Mumia ist dabei nur ein Teilaspekt.

## *Die Todesstrafe als Instrument von staatlichem Rassismus*

In den USA befinden sich derzeit 2.948 Menschen (10/94) in den Todestrakten. Inzwischen existiert die Todesstrafe wieder in 38 von 50 US-Bundesstaaten; in einigen Bundesstaaten, wie in New York State, wurde sie im Zuge des konservativen Rollbacks in den letzten Jahren wieder eingeführt. Obwohl der Anteil von African Americans an der Gesamtbevölkerung nur bei 12% liegt, beträgt ihr Anteil unter den Todesstrafengefangenen 40,3%. 71% der bisher Hingerichteten waren Afro AmerikanerInnen.

Amnesty International kommt in einem im Frühjahr 1989 veröffentlichten Bericht über die Todesstrafe in den USA zu dem Schluß „daß die Todesstrafe (...) willkürlich, rassisch diskriminierend und unfair angewandt wurde und wird.“ Und weiter bezeichnet Amnesty International die Todesstrafe im US-Justizsystem als „eine entsetzliche Lotterie, da politische und finanzielle Zwänge, öffentlicher Druck und der Gerichtsort möglicherweise mehr als die begangene Straftat darüber entscheiden, ob eine Person in die Todeszelle geschickt wird.“ Bei seiner Pensionierung 1994 hat Richter Blackmun als Mitglied des Obersten Gerichtshofes der USA die Todesstrafe als „Instrument rassistischer Unterdrückung“ bezeichnet, dessen Anwendung unmenschlich sei und soziale Probleme nicht lösen könne.

## *Todesstrafe als Mittel staatlicher Repression*

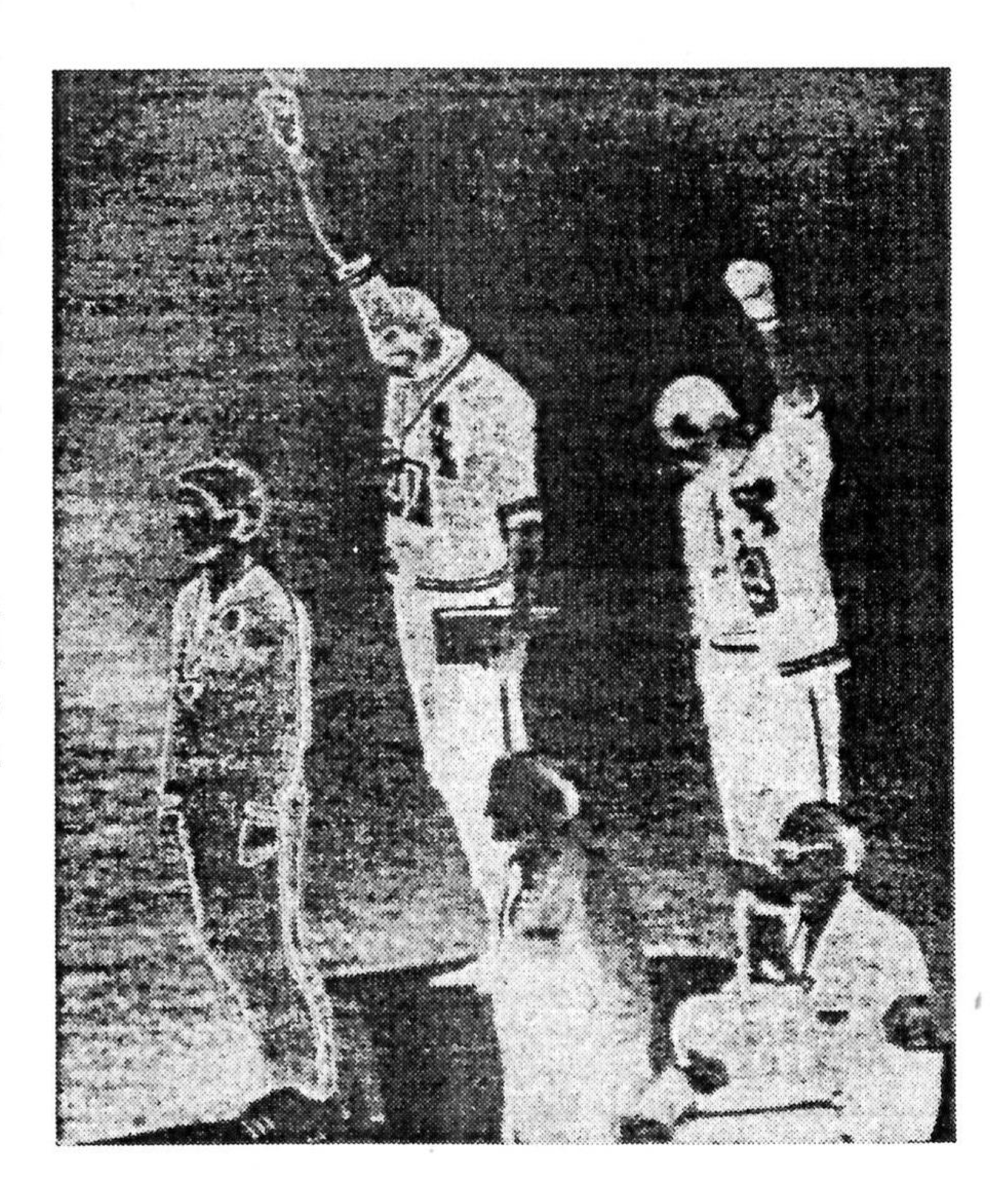
Mumia soll hingerichtet werden, weil er als Mitglied der Black Panthers und später als Journalist gegen rassistische Unterdrückung in den USA gekämpft hat. Auch im Gefängnis steht er zu seinen politischen Überzeugungen und versucht durch das Schreiben von Kommentaren weiterhin, Ungerechtigkeiten und Unterdrückung aufzuzeigen. Der staatlich geplante Mord an politischen Oppositionellen hat in den USA eine lange Tradition - zuletzt wurden in den 50er Jahren Julius und Ethel Rosenberg als angebliche kommunistische Atomspione hingerichtet.

Wir rufen zu dieser Demonstration auf, um ein Zeichen internationaler Solidarität zu setzen und gleichzeitig deutlich zu machen, daß jegliche Form von staatlichen Rassismus auf unseren Widerstand stoßen wird.

# *Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Kampf dem staatlichen Rassismus !*

**ErstunterzeichnerInnen dieses Aufrufs: (Stand 5.Juli )**

Spuk , Autonome Mumia Soli-Gruppe, Komitee 'Right On' , ARI, Umland Antifa, Prozeßgruppe 'Birgit Hogefeld', PDS, GewerkschafterInnen gegen Rassismus, Arbeitskreis Internationalismus IG Metall, Bündnis 'Kritische Gewerkschaften' IG Metall, MLKP-K, Jugend-Antifa Lunte, Edelweiß-Piraten, LandesschülerInnen-Vertretung, Antifaschistische Gruppen in Prenzlauerberg, AG 'Autonome Gruppe in/um PDS', b 259, INKOTA-Netzwerk e.V., Antifaschistische Initiative Moabit, DIDF (Förderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei), PDS-Tempelhof, Infoladen Lunte, Unabhängige Linke/Unigruppe Demokratischer SozialistInnen, Alternative Liste/Unabhängige Linke an der FU, FARA, A+P, RAI, ISD (Initiative Schwarze Deutsche), Black History Month Comitee, Umbruch-Bildarchiv, fels, *(alle BERLIN)* IG-Medien Jugend *(Berlin-Brandenburg)*; Lagergemeinschaft *Ravensbrück*-Freundeskreis e.V.; sämtliche besetzte Häuser aus *Leipzig*; Gregor Gysi (MdB, PDS); Aktionskomitee Mumia-Abu-Jamal, Antifaschistische Nachrichten Saar *(beide Saarbrücken)*; Ralph Christoph und Christoph Gurk - beide Redaktion 'Spex', CRASS Antifa-Info, Der andere Buchladen GmbH, Ökologische Linke, Alternative Liste an der Uni, Asta PH, Arbeitskreis Kurdistan, Asta der alten Sporthochschule, der andere Buchladen GmbH, Irland-Gruppe, Verein zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran, AK politische Gefangene, AFH PH, Union of peoples FEDAYIN of Iran, Kommunistische Partei Irans, Infoladen, Antifa AK, Cafékampagne El Salvador *(alle Köln)*; Dieter Poschen, Contraste-Monatszeitung *(Heidelberg)*; 17°C - Zeitschrift für den Rest *(Hamburg)*; Unrast Verlag *(Münster)*; AGIPA - PRESS, Archiv '92, *(beide Bremen)*, Iniative Ordensleute für den Frieden, Gregor Böckermann, Libertad *(Frankfurt/M.)*; Antifa *Wendland*, LESBAR Meuchefitz; DKP *(Gießen)*; EdelweißpiratInnen *(Beckum)*; Antifa *Niederkassel*; Antifa *Siegburg/Troisdorf*; , Antifaschistische Langenfelder Initiative, Antifaschistische Aktion Themroc *(Leverkusen)*; Jungdemokraten/Junge Linke, ISD - Initiative Schwarze Derutsche *(NRW- Hamburg -RheinMain-)*; Black Freiburg; ADEFRA - Afrodeutsche Frauen *(München)*; Bundesweites Mumia Soli-Treffen, Rote Hilfe, Antifaschistische Aktion Bundesweite Organisation, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt *Wuppertal*; Eine Welt Infoladen Mühsam *(Fürth)*; FDAJ *Franken/Oberpfalz*; Autonome Antifa, Infobüro, Radio Z *(Nürnberg)*; Café Klatsch Kollektiv *(Wiesbaden)*; Orli-Torgau-Zentrum, Infoladen, Solikomitee für das Leben und die Freiheit Mumia, Bunte Liste, Geoliste, Multikulturelles Zentrum, AKKJ, Öko-AG, PDS-Kreisverband *(Trier)*; Medico International, IG Medien, Jugendhauptvorstand *(Stuttgart)*; ANNABEE Buchladen GmbH *(Hannover)*; Infoladen, Jugendalternativzentrum *(Rostock)*; Antirepressionsgruppe, K.O.K. Kultur ohne Kommerz *(Kaiserslautern)*; Infoladen Aktiv und Offen *(Darmstadt)*; Verein zur Unterstützung selbstverwalteter Projekte e.V.; Antifaschistische Liste und Liste undogmatischer StudentInnen *(Bonn)*; Infobüro Dingen am Rhein; Kampagne Produzieren für das Leben/Rüstungsexporte stoppen *(Idstein)*; AStA der BUGH *(Wuppertal)*.



## *Kontaktadresse für Aufruf, Plakate, Demoinfos:*

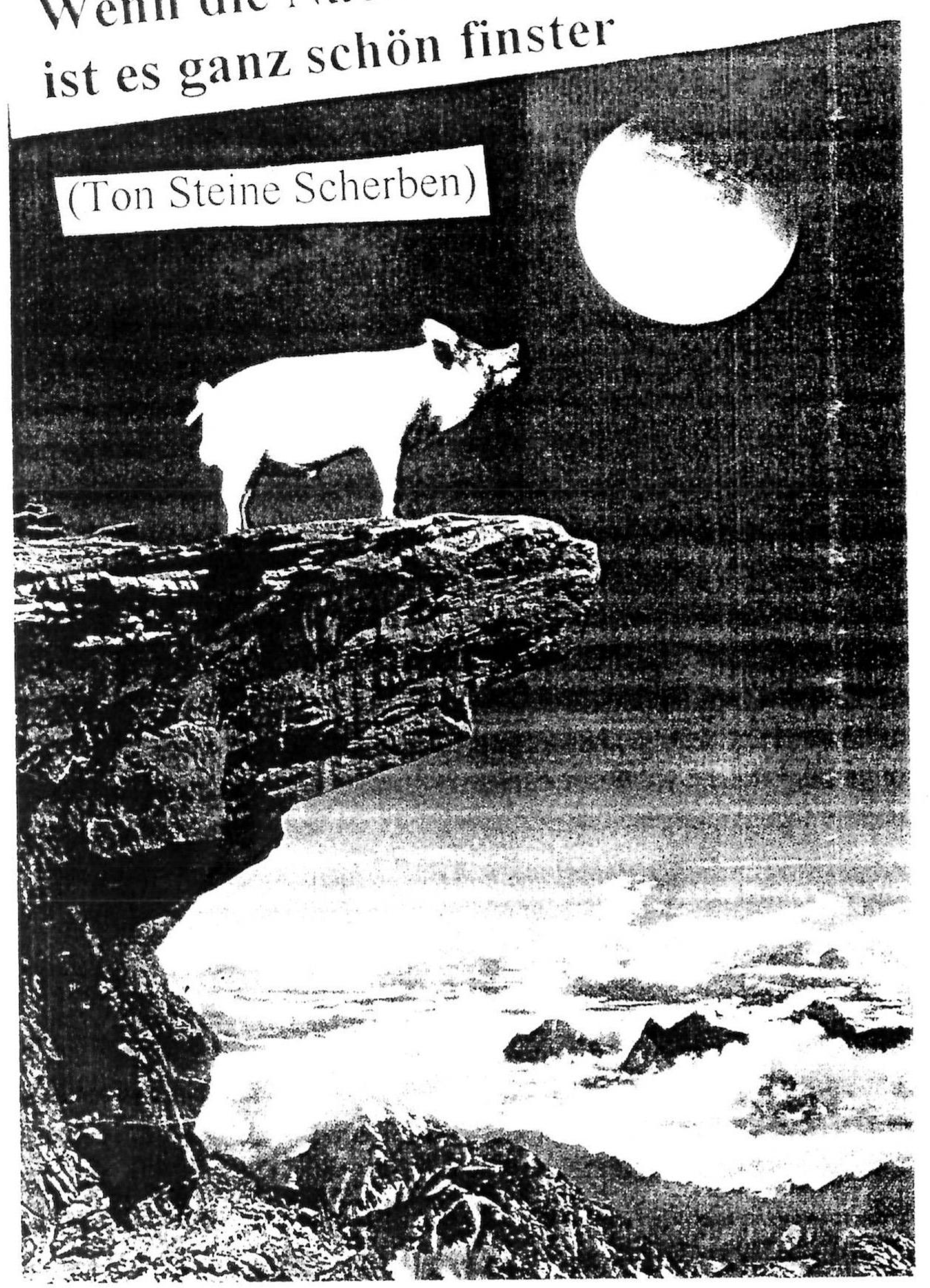
Mumia Demo
c/o PDS-Büro
Dieffenbachstr. 33
10967 Berlin
Tel. 030-6949254, Mo-Fr. 14:00 -18:00
Fax: 030-6949354

v.i.S.d.P.: Sacco und Vanzetti, Straße der Freiheit, 10125 Berlin

Hinweis für die Mumia-Demo:
Es wird am Ende des Demo-Zuges ein Rave-Wagen mit dem DJ Johannes geben, unter dem Motto "rave against death-penalty". Anschließend Techno-Soli-Party im Sensor, Hufelandtstraße

# Wenn die Nacht am tiefsten ist ist es ganz schön finster

(Ton Steine Scherben)



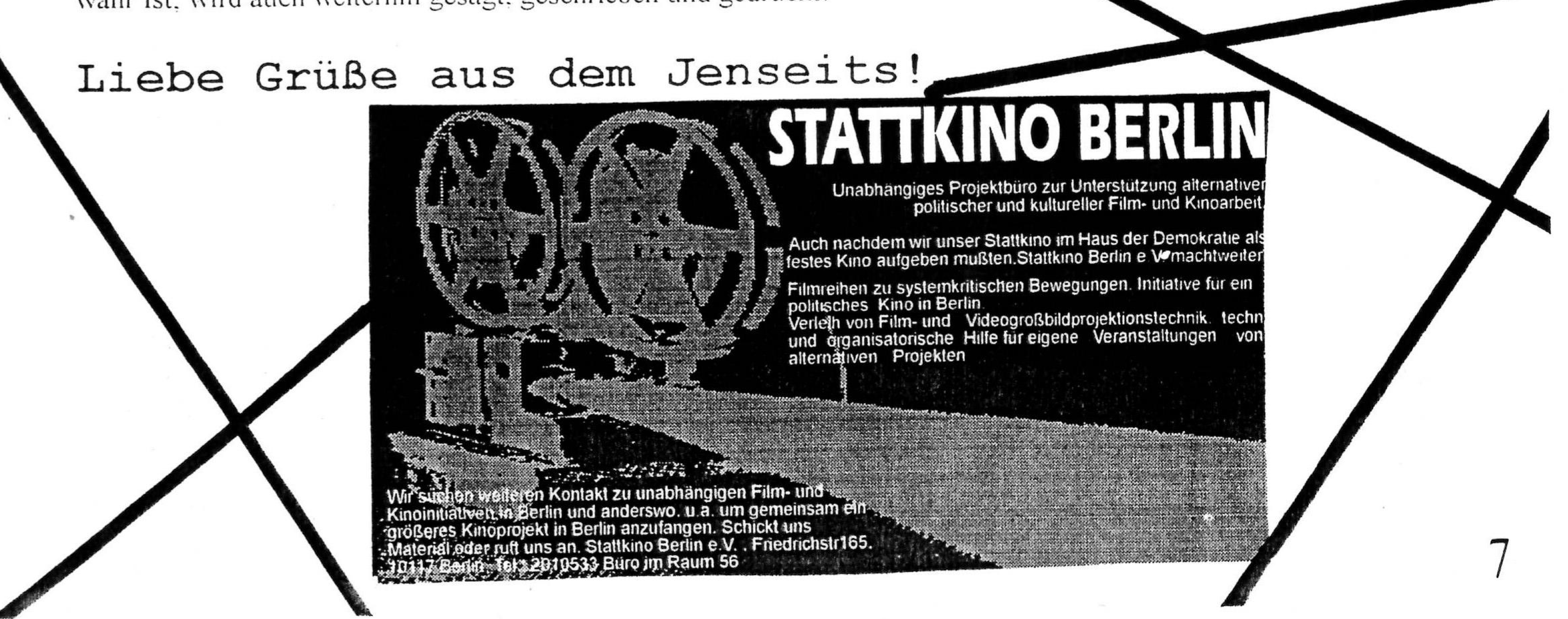
Ich bin einer der drei Leute, die wegen der gescheiterten Aktion gegen den Abschiebeknast in Grünau gesucht werden. Als Betroffener werde ich zu einigen Punkten was sagen, auch weil ich denke, daß es eine allgemeine Unklarheit gibt, wie mit der Situation umgegangen werden soll.
So wie es aussieht, ist der Erfolg der Bullen tatsächlich auf Zufall und Fehler bei der Aktion zurückzuführen und nicht etwa auf polizeiliche Infiltration oder andere böse Counterinsurgency - Aktivitäten. Daß wir deswegen in der Scheiße sitzen ist zwar traurig, aber kein Weltuntergang. Das Leben geht weiter. Letztendlich ist unsere Situation Alltag für zigtausend Flüchtlinge in der BRD, wobei es uns wohl noch um einiges besser geht als den meisten von ihnen. Wir sind auf jeden Fall entschlossen, uns weder zu stellen noch von der BAW erwischen zu lassen. Auf sowas lassen wir uns nicht ein.
Vielleicht erwartet ihr jetzt, daß ich erkläre, wieso mein Perso oder meine Nummernschilder oder meine Wasauchimmer in unmittelbarer Nähe eines schwerbewaffneten Autos gefunden wurden, aber das wäre natürlich ziemlich unklug, so etwas im Moment auf den Tisch zu packen, weil die Bullen dann Jahre Zeit haben, sich darauf einzustellen. Anna und Arthur halten's Maul!

Warum aber auch das Maul gehalten wird, wenn die Bullen sich austoben, Leute verhaften oder mit völlig fadenscheinigen Gründen und Konstruktionen in die Sache reinziehen, ist mir schleierhaft. Warum werden solche Angriffe nicht öffentlich gemacht und bloßgestellt?
Es ist doch eine uralte Erfahrung, daß Justiz und Bullerei sich nicht an ihre eigenen Spielregeln halten, wenn sie ungestört bleiben und nicht durch öffentliche Kontrolle dazu gezwungen werden.
Die Angeklagten wegen der Aktion im China - Restaurant wurden nicht so "milde" verurteilt, weil Richterin Eschenbach so viel Verständnis hat für den antifaschistischen Widerstand von ImmigrantInnen, sondern weil der Mordvorwurf im öffentlichen Rampenlicht nicht mehr haltbar war und die rassistische Gesinnungsjustiz zu offensichtlich geworden wäre.
Die Bullen haben z.B.Beate vorübergehend eingeknastet, obwohl ihnen klar war, daß sie nichts mit der Sache zu tun hat. Mittlerweile mußten sie sie wieder rauslassen, weil ihre "Beweise" zu offensichtlich konstruiert waren. Das Ganze hat den Charakter von "Geiselhaft"! Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Möglichkeit, unter anderen Beate die Aktion in die Schuhe zu schieben, in unverantwortlichen Fehlern, die bei der Aktion selbst gemacht wurden. Aber gerade weil zu befürchten ist, daß die Bullen weitere Versuche in solche Richtungen unternehmen werden, darf mensch sie nicht ungestört agieren lassen.
Mit der bundesweiten Durchsuchungswelle vom 13.06.1995 starteten die Bullen den Versuch mit einem Rundumschlag der radikalen Linken endgültig den Garaus zu machen, die Leute einzuschüchtern und mit Verfahren einzudecken. Wenn dieser Angriff nicht von vielen offensiv beantwortet wird, werden sie ihr Ziel erreichen. Es ist jetzt wichtiger denn je, sich nicht eingeschüchtert zurückzuziehen und vereinzelt die nächsten Schritte der Bullen abzuwarten, sondern sich zusammenzuschließen und nach vorn zu gehen, die Schweinereien des Staatsschutzes offenzulegen, die Unterstützung der Betroffenen zu organisieren, die kriminalisierten Themen aufzugreifen.

Ich will ein paar Takte zur Politik der AIZ sagen, auch wenn es nichts grundlegend neues ist.
Daß diese Kritik im Anschluß an eine massive Repressionswelle erfolgt, die unter anderem mit der Suche nach den AIZ begründet wurde, mag unsolidarisch erscheinen. Ich finde aber auch in dieser Situation eine ehrliche Diskussion wichtiger als den Austausch von Höflichkeiten.
Natürlich ist es erstmal anerkennenswert, wenn Leute in diesen finsteren Zeiten ernsthaft an revolutionären Perspektiven arbeiten und dazu auch noch ihre Haut riskieren. Mit den in den Erklärungen verbreiteten Analysen stimme ich im großen und ganzen auch überein. Aber wenn ich mir anschaue, welche Praxis die Gruppe daraus ableitet, wird mir bange.
Erstens finde ich es falsch, militante Politik ausschließlich als "Frontabschnitt im internationalen Kampf um Befreiung" zu sehen, ohne dabei auch eine Verbreiterung hier im Auge zu haben, so beschissen die gesellschaftlichen Bedingungen hier dafür auch sind. Praktisch heißt das: den Imps mehr oder weniger empfindliche Stiche zu verpassen, die sich aber an kaum jemand vermitteln lassen und deshalb auch nicht dazu führen können, daß sich mehr Leute für die Idee von Befreiung begeistern, kann langfristig nichts verändern. Da sind andere schon früher drauf gekommen. In einer Situation zugespitzten Kampfes, wo es konkret um die Machtfrage geht, treten solche Überlegungen natürlich in den Hintergrund, da geht es hauptsächlich darum, den Gegner materiell zu schädigen. Aber ganz so weit sind wir noch nicht.
In der jetzigen Situation ist der Sinn militanter Initiativen neben der konkreten Durchsetzung von Forderungen vor allem ein propagandistischer - aufzeigen, daß Widerstand möglich ist, Leute motivieren, sich selbst zu engagieren.
Zum zweiten finde ich es daneben, so eine Scheißegal - Haltung im Umgang mit Menschenleben zu verbreiten, wie ihr das tut. Vielleicht waren eure Aktionen nicht so unverantwortlich, wie sie in den Medien dargestellt wurden. Das Schlagwort von den PTA ("potentiell tödliche Aktionen") vermittelt aber genau so eine Verantwortungslosigkeit. Entweder entschließt ihr euch dazu, Führungskräfte umzulegen, dann müßt ihr das sehr genau begründen. Oder ihr wollt das nicht, dann müßt ihr auch dafür sorgen, daß das nicht passiert. Es geht nicht, jemandem ein Ei vor die Tür zu legen, und dazu zu sagen, egal ob er oder andere dabei getötet werden, das Ziel ist es, daß sie Angst haben.
Insgesamt empfehle ich euch, eure Initiative erstmal auf Eis zu legen und nochmal gründlich zu überdenken. Lernt zielen!

Die BAW hat vier Genossen eingesperrt und sucht nach weiteren, weil sie die "radikal" herausgebracht haben sollen. Die radi bringt jetzt schon zwölf Jahre seit ihrer Kriminalisierung unzensiert Infos, Meinungen und praktische Tips unters Volk. Trotz ständiger Schikanen vor allem von Druckereien und EndverkäuferInnen ist es bisher nie gelungen, die Herstellung und Verbreitung zu verhindern. In der Geschichte der BRD ist das der einzige Fall einer bundesweiten Zeitung, die über einen längeren Zeitraum ohne die Zensur durch staatliche Organe fortschrittliche Inhalte verbreiten konnte. Zwar ist es ihr nie gelungen, wesentlich über einen "autonomen" Kreis von LeserInnen herauszukommen, aber neben ihrem praktischen Gebrauchswert für viele Linksradikale ist sie ein lebendiger Beweis dafür, daß man funktionierende Strukturen jenseits staatlicher Kontrolle organisieren kann. Man muß sich ja nicht alles gefallen lassen.
Verhindern wir, daß sie die Leute für Jahre wegsperren! Es muß beim Thema Meinungsfreiheit möglich sein, breite Kreise zur Unterstützung der vier zu gewinnen, und die Konstruktion, auf die sie die Durchsuchungen und Festnahmen stützen, sieht nicht gerade solide aus. Bei dem Versuch, die "radikal" einzumachen, hat sich die Justiz schon öfters blamiert. Wenn es gelingt, die Anklage zu Fall zu bringen, ist das nicht nur ein Schutz für die Betroffenen, sondern auch ein erkämpftes Stück Freiheit: die Möglichkeit, weiterhin offen über linke Strategien diskutieren zu können.
Und an die MacherInnen der Zeitung: laßt euch nicht davon abbringen, die radi weiterhin herauszubringen! Was wahr ist, wird auch weiterhin gesagt, geschrieben und gedruckt!

Liebe Grüße aus dem Jenseits!



lebt und lest ***radikal !!!***

# Neues zur Situtation der Gefangenen

Seit der bundesweiten Durchsuchungsaktion vom 13.6. gegen linke Strukturen und Menschen, bei der über 50 Wohnungen und Projekte durchsucht worden sind, sitzen vier Genossen im Knast: **Rainer aus Münster, Ralf aus Rendsburg, Andreas aus Lübeck und Werner aus Berlin.**

Nachdem alle 4 zunächst nach Karlsruhe zur BAW verschleppt worden sind, wo ihnen die Haftbefehle verlesen wurden, sind sie anschließend auf verschiedene Knäste in Baden-Würtemberg verteilt worden. Ihnen wird vorgewofen an der Herstellung und Verbreitung der *radikal* beteiligt gewesen zu sein. Juristisch heißt das „Bildung einer kriminellen Vereinigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Am 2.7. gab es vor drei Knästen in BaWü Knastkundgebungen, um die Gefangenen zu grüßen. Für Rainer gab es schon am 24.6. eine Kundgebung in Karlsruhe, von der er leider nichts direkt mitbekommen hat. Werner ist am 4.7. nach Berlin-Moabit verlegt worden, die beiden Genossen aus Schleswig-Holstein werden nach ihren Haftprüfungsterminen aller Voraussicht nach in Knäste in Norddeutschland verlegt. Alle vier Gefangenen unterliegen besonderen Haftbedingungen, das heißt unter anderem Einzelhofgang und Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen.
Anwaltsbesuche finden mit Trennscheibe statt, sämtliche Briefe werden vom Ermittlungsrichter kontrollgelesen.

**Zu den einzelnen Gefangenen:**

**Rainer aus Münster:** Beim Haftprüfungstermin wurde die Aufhebung des Haftbefehls mit der Begründung Verdunklungsgefahr und Fluchtgefahr abgelehnt. Dafür mußte ein Vorwort aus der *radikal* Nr. 150 herhalten: "In die Illegalität geht man, wenn man es muß. (...) Für uns wird das Thema erst aktuell, wenn wir verschärfter staatlicher Repression ausgesetzt sind."
Rainer wurde in seinem vom Ermittlungsrichter erlassenen Haftstatut eigene Kleidung zugestanden, trotzdem wurde bisher die Annahme von Kleidung von der Anstalt verweigert. Rainer hat sich mit Hinweis auf seine Isolationshaftbedingungen einer knastärztlichen Untersuchung verweigert.
Am 30.6. hatte er den ersten Besuch von seiner Freundin und ihrem gemeinsamen Kind. Dieser Besuch konnte ohne Trennscheibe stattfinden.
Der Staatsschutz hat mehrfach den Versuch unternommen, ihn zu verhören, und Rainer bei dieser Gelegenheit die Kronzeugenregelung angeboten. Rainer hat jede Aussage verweigert. Er sitzt jetzt im Knast Bielefeld, Brackwede 1. Brackwede 1 ist einer dieser perversen modernen Knäste, die speziell darauf ausgerichtet sind, Menschen zu isolieren und zu zerstören.

**Andreas E. aus Lübeck:** Er ist am 9.07.95 von der JVA Bruchsal in die JVA Lübeck verlegt worden. Am 10. 07. 95 haben ihn ca. einhundert Menschen mit einer Kundgebung vor dem Knast in Lübeck begrüßt. Ob er uns gehört und gesehen hat, wissen wir noch nicht. Was wir allerdings wissen, er hat uns bei den Knastkundgebungen, die wir am 02.07.95 in Bruchsal und Rastatt (in dem Ralf M: eingeknastet war) gemacht haben, gehört und gesehen.
Andreas hat bis heute noch keinen Besuch erhalten, da der Besuchsantrag seiner Freundin mit der Begründung sie sei Mitbeschukdigte abgelehnt wurde. Er wird darum in dieser Woche den ersten Besuch von seinen Eltern erhalten.
In den Briefen die wir von ihm erhalten haben, läßt er alle Menschen draußen grüßen.

**Ralf M. aus Rendsburg:** Er ist am 12.07.95 aus der JVA Rastatt nach Neumünster verlegt worden. Am 13.07.95 haben ca. hundert Menschen versucht, ihn in der JVA Neumünster zu begrüßen. Mit einer Demonstration und zwei Kundgebungen, auf welcher die Abschaffung der Isolationhaft und des Gesinnungsparagraphen 129/129a sowie die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gefordert wurden, zogen wir zur JVA in die Boostedter Straße. Wir müssen erst einmal davon ausgehen, das wir Ralf nicht erreicht haben da wir keinen Rufkontakt zu ihm herstellen konnten.
Bei den Knastkundgebungen am 02.07.95 hat er uns aber gehört, gesehen und zum Teil auch verstanden was wir ihm erzählt haben. In Rastatt hat ihm eine Mitbewohnerin aus der WG in der Ralf wohnte zum ersten mal besucht.

**Werner aus Berlin:**

Als erstes einige Auszüge aus dem dritten Brief von Werner
zur Knastkundgebung in Heimsheim am 2.Juli :

*"Vorhin, 15.15 Uhr, plötzlich Pfiffe und Geschrei. Erst dacht ich, die spielen irgendwo Fußball, und da geht es ganz schön hoch her heute. Aber dann war laut und deutlich ein Lautsprecher zu hören. Da wurde was von „radikal" gesagt und von 4 Verhafteten und wie der Blitz hing ich am Fenster. Leider konnte ich nix sehen, denn zwischen der Kundgebung und mir liegt eine Außenmauer, ein großer Hof und ein Flachbau, und meine Präsidentensuite in der Krankenstation ist Parterre. Aber über mir müssen sie was gesehen haben, denn das Gejohle ging gleich los.*
*Mensch, was ne Freude! Solidarität für's Herz, nicht nur Parole. Und wie gut das tut! Deswegen muß ich auch gleich von erzählen. Ich bin ja 700 Km von zu Hause, und die Leute da draußen kennen mich nicht. Sie wissen von dem Vorwurf, ich hätte bei der „radikal" mitgemacht, und wahrscheinlich haben viele über die Erfahrung ähnlicher Staatsschutz-Aktionen mittlerweile ein grundsätzliches Verhältnis zu solch unangenehmen Hieben und Stichen."...*

*"Ein Mann und eine Frau haben sich bei den Redebeiträgen abgewechselt. bei ihr hab ich leider kaum was verstanden, vielleicht weil sie zu schnell war? Er hat langsam und betont gelesen, voll dufte, da kam fast alles an wenn die Knackis nicht grad rumgeblökt haben.*
*Er hat was von der Geschichte der „radikal" erzählt, und daß die verdeckte Organisierung eine Konsequenz aus der Repression von 1984 ist, weil die „radikal" sich nicht davon abhängig machen wollte was damals als legal festgestellt wurde. "...*

*"Und Parolen gab`s auch, z.B. „Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen", wobei ich momentan nicht gerade behaupten kann, hier den großen Kampf zu führen, und ich bezweifle auch, daß das hier ein anderer tut nach den gängigen Kriterien. Aber Liebe ist schön, da sag ich nicht nein, und Kraft hab ich durch die Aktion jedenfalls geschöpft."...*

*"Noch eine lustige Sache: und zwar ging 2x die Alarmanlage an, und wir konnten mit Vergnügen die ansonsten recht behäbigen Schließer gegenüber durch die Gänge flitzen sehen. Seit 2,3 Tagen passiert das immer wieder. Scheinbar haben sie noch immer nicht festgestellt, welcher Teil der Technik ihnen ein Schnippchen bereitet, denn ausgebrochen ist wohl keiner.*
*Nach einer Stunde sind die Leute wieder gegangen. Es fing auch an zu donnern, und scheinbar waren sie auch bei den anderen drei. Das sind insgesamt vier auseinanderliegende Knäste, also ne ganz schöne Aktion. Ob da wohl ein Bus gemietet wurde? Bei uns ist ja zwischen Moabit und Plötze nicht der lange Weg, aber schon Tegel fällt ja oft raus.*
*Gegen Ende wurden noch Forderungen verlesen. Davon hab ich nur „Freilassung" mitbekommen, denn einige Knackis unterhielten sich schon in beträchtlicher Lautstärke. Klar wäre ich gern frei und würde mit einem Vergißmein-nicht (oder einem Pfeifchen) zwischen den Zähnen auf ner sonnigen Wiese fläzen und Ameisen zählen. Aber als Forderung? Eine Forderung beinhaltet doch die Aussicht auf Einlösen, sollte sie jedenfalls. Also müßte dahinter ein Druck oder ein Deal oder eine Kraft stehen, wovon ich aber leider nichts entdecken kann. Insofern drückt die Forderung einen Wunsch oder Appell aus, der ehrlicherweise auch so genannt werden sollte, sonst bleibt es eine*

*Überhöhung der Ansprüche gegenüber der Realität, die uns unglaubwürdig und auch selber fertig machen, weil wir von dem was wir wollen nur Bruchteile erreichen."...*

*"So, jetzt hab ich euch von der Kundgebung hier geschrieben. Ich hätte selbst nicht gedacht was für einen Unterschiede es mal wieder macht, ob du dir was vorstellst (oder es nach-empfindest) oder ob es dich selbst betrifft. "...*

*" Machts mal gut alle, und tschüß, Werner"*

Während Werner wegen seiner akuten Hepatitiserkrankung im Knast in Heimsheim noch auf der Krankenstation untergebracht war, ist er am 3.Juli nach Berlin Moabit verlegt und in eine normale Zelle gesteckt worden. Seine medizinischen Werte sind zwar besser geworden, aber seine Krankheit ist immer noch akut. Er wird in Moabit zwar weiterhin medizinisch versorgt, wer aber eine Vorstellung davon hat, was so etwas in Moabit heißt, weiß auch um die Pseudoversorgung, die das darstellt.

Werner hatte bisher erst einen Besuch von seiner Mutter, über andere Besuchsanträge von FreundInnen ist immer noch nicht entschieden. Ebenso sind gestellte Anträge auf Zeitungen und Bücher vom Ermittlungsrichter noch nicht genehmigt worden. Am 6.7.95 gab es eine Spontankundgebung von 40 Menschen vor Moabit um ihn zu begrüßen. Es wurde ein kurzes Grußwort per Mega verlesen und viel Lärm gemacht. Die Bullen haben es nicht gepeilt und es gab keine Festnahmen.
Am Samstag den 15.Juli gab's dann ein Konzert-Happening mit der bisher fettesten Anlage die je in Mauerbit aufgefahren wurde. Gut dreihundert Leute nahmen an der vierstündigen Kundgebung teil. Es wurde gesteppt, gejodelt, gepogt und musiziert. Redebeiträge und Grußadressen wurden verlesen.
Vergewaltiger, Schließer, Mißbraucher und Faschos wurden ausdrücklich **nicht** gegrüßt.
Am Ende der Kundgebung ließen es sich die Schweine nicht nehmen von unserem Moderator, wegen angeblicher Beamtenbeleidigung, die Personalien zu überprüfen.

**Zur Gesamtsituation nach der bundesweiten Bullenaktion können wir bisher soviel sagen:**

Außer gegen die vier Gefangenen wird noch gegen 21 weitere namentlich bekannte Menschen wegen *radikal* ermittelt. Gegen 3 Menschen aus Bremen und 6 Menschen aus Hamburg wird wegen Antiimperialistischen Zellen ermittelt.
Außerdem richtete sich eine Hausdurchsuchung in Köln gegen Ingrid Barabaß, ehemalige Gefangene aus der RAF. Ihr wird vorgeworfen, eine Kontaktperson zwischen der RAF und der sogenannten legalen Ebene zu sein.
In Berlin richteten sich die Durchsuchungsaktionen, außer gegen Werner, gegen Menschen, denen eine persönliche Nähe zu den gesuchten Genossen aus der K.O.M.I.T.E.E.-Fahndung unterstellt wird. Die Konstruktion einer persönlichen Nähe zu Beschuldigten taucht auch in vielen Durchsuchungsbefehlen wegen AIZ und *radikal* in Westdeutschland auf.

**Ulf aus Bremen** wurde zur Staatsanwaltschaft als Zeuge geladen und nach Aussageverweigerung mit 500 DM Bußgeld belegt. Dem folgte eine Vorladung zur BAW nach Karlsruhe am 4.7.
Er verweigerte auch dort die Aussage und bekam daraufhin eine 5-monatige Beugehaft aufgebrummt. Er sitzt jetzt im Knast in Heimsheim/Stuttgart in einer Gemeinschaftszelle. Ihm wurde Radio und TV verweigert.
In Bremen gab es daraufhin eine Spontandemo mit 200 Leuten.
Wir grüßen Ulf.

**Köln:** Auch hier zeichnet sich ein ähnliches Vorgehen ab. Nach einer erneuten Hausdurchsuchung in der Hausgemeinschaft Lessingstr. 33 am 10.7. wurde der Halter eines PKWs als Zeuge ins Justizzentrum zur Staatsanwaltschaft verschleppt. Nachdem die Person während der Vernehmung von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machte, konnte sie nach ca. 2 Stunden das Gebäude wieder verlassen, unter dem Hinweis, das die Sache jetzt zur BAW nach Karlsruhe weitergeleitet wird.

## Anna und Arthur halten`s Maul !!!

Beim ersten bundesweiten Treffen der betroffenen Städte haben wir erst einmal Infos über das Ausmaß der Staatsschutzaktion ausgetauscht und versucht, Arbeitsstrukturen aufzubauen.
Wir bitten euch um Verständnis, daß bei dieser Dimension der Repression vieles, auch das Veröffentlichen von Informationen etwas länger dauert.
Wir sehen uns aber auch nicht als alleinige Verantwortliche für die notwendige Solidaritätsarbeit. Der Schlag richtet sich gegen die gesamte radikale Linke.

**Werdet selber aktiv !**

**Sammelt Kohle (wir werden demnächst eine Kontonummer veröffentlichen) !**

**Hängt Transparente auf !**

**Schreibt den Gefangenen !**

Rainer Paddenberg, Andreas Ehresmann, Ralf Milbrandt, Werner Konnerth über:
Ermittlungsrichter am BGH Dr. Beyer
Herrenstr. 45a
76133 Karlsruhe



Wenn ihr als ZeugInnen vorgeladen werdet oder beschlagnahmte Sachen abholen wollt und dabei wie Ulf aus Bremen sofort als ZeugInnen vernommmen werden sollt, verweigert die Aussage. Setzt euch mit euren AnwältInnen oder dem EA (030/ 69 222 22) in Verbindung.

**Kopiert und verteilt diese Flugblatt weiter und macht, was euch sonst noch alles einfällt !**

**Wir grüßen die Menschen in den Knästen und auf der Flucht !!!!**

Soligruppe Berlin

10. 07. 1995

## Antirepressionbüro:
## c/o PDS Kreuzberg; Dieffenbachstr.33; 10967 Berlin;
## Bürozeit: Mo 18.00-20.00Uhr; Fr 12.00-14.00Uhr
## Tel: 6949254; FAX: 6949354

---

**Wir brauchen eure Unterstützung !!**

Am 27.Juni 1995, dem zweiten Jahrestag von Bad Kleinen, wurde unser Haus in der Fritzlarerstraße in Frankfurt/Main zum dritten Mal vom Staatsschutz durchsucht. Nach Bad Kleinen war das Motorrad des VS-Agenten Klaus Steinmetz bei uns.
Bei der ersten Hausdurchsuchung im Juni 95 beschlagnahmte das BKA Motorradkoffer, die dem VS-Agenten Steinmetz gehörten. In diesen Koffern sollen angeblich Sprengstoff im Zusammenhang mit der Aktion gegen die JVA Weiterstadt gefunden worden sein. Statt sich nun an den damaligen Motorradhalter, Steinmetz, zu wenden, traktiert der Staatsschutz uns permanent.
Am 22. Juli sind sechs Leute aus unserem Haus in diesem Zusammenhang bei der BAW als ZeugInnen vorgeladen. Sie werden die Aussagen verweigern!!
Es droht ihnen Beugehaft.
AnwältInnen kosten Geld, Knast-Abos auch.
**Deshalb bitten wir um Spenden!!**




## ZeugInnen gesucht!

### Antifa-Demo am 24.06.1995 in Mahrzahn:

Christian wurden nach der Abschlußkundgebung so gegen 18:00 an einem Imbiss am Helene-Weigel-Platz festnommen worden, was von mehreren Leuten beobachtet wurde. Diese mögen doch bitte ein Gedächnisprotokoll schreiben und dieses im EA vorbeibringen.
EA: Di 20:00 - 22:00, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, ☎ 692 22 22

Wer hat am 20. April 1995 gegen 19.30 Uhr im Kreisel Kottbusser Tor (Ecke Reichenbergerstr.) nach Beendigung der Demonstration folgende Situation beobachtet:

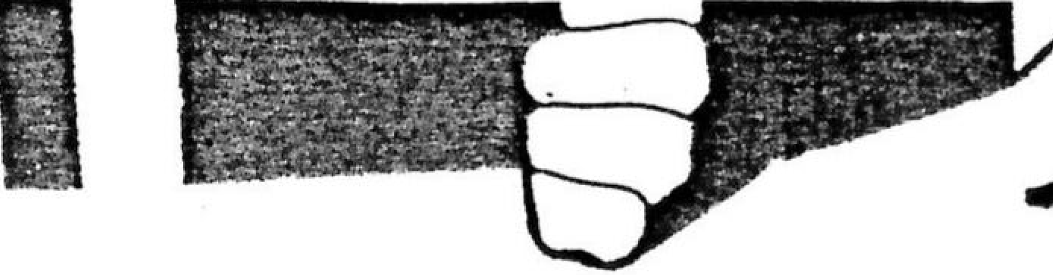
Eine Frau(1,65m, dunkle Jacke mit blauer Steppweste, Kapuze) befindet sich nach Abschluss der Demonstration neben dem Lautsprecherwagen. Sie wird von Polizeibeamten brutal weggerissen.und Richtung Mittelinsel geschleppt.

Alle Leute, die i r g e n d w a s in diesem Zusammenhang beobachtet haben werden dringend gebeten, ihre Beobachtungen mitzuteilen und möglichst schnell ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben. Gedächtnisprotokolle bitte an den Ermittlungsausschuss (Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 6922222, Dienstag ab 20.oo Uhr) oder an Rechtsanwalt Christoph Kliesing (Rheinstr. 62, 12159 Berlin, Tel.: 8513048).









# Redebeitrag, gehalten auf dem Knastbeben am 15.Juli 95

## Halli Hallo

Wir grüßen euch da hinter den Mauern und all jene, die heute hier zum Knast Beben erschienen sind.
Ganz besonders grüßen wir unseren Freund, Genossen und Mitgefährten WERNER, der hier in Moabit seit dem 3.Juli einsitzt.
Was ist passiert und warum sitzt unser Genosse Werner hier ?

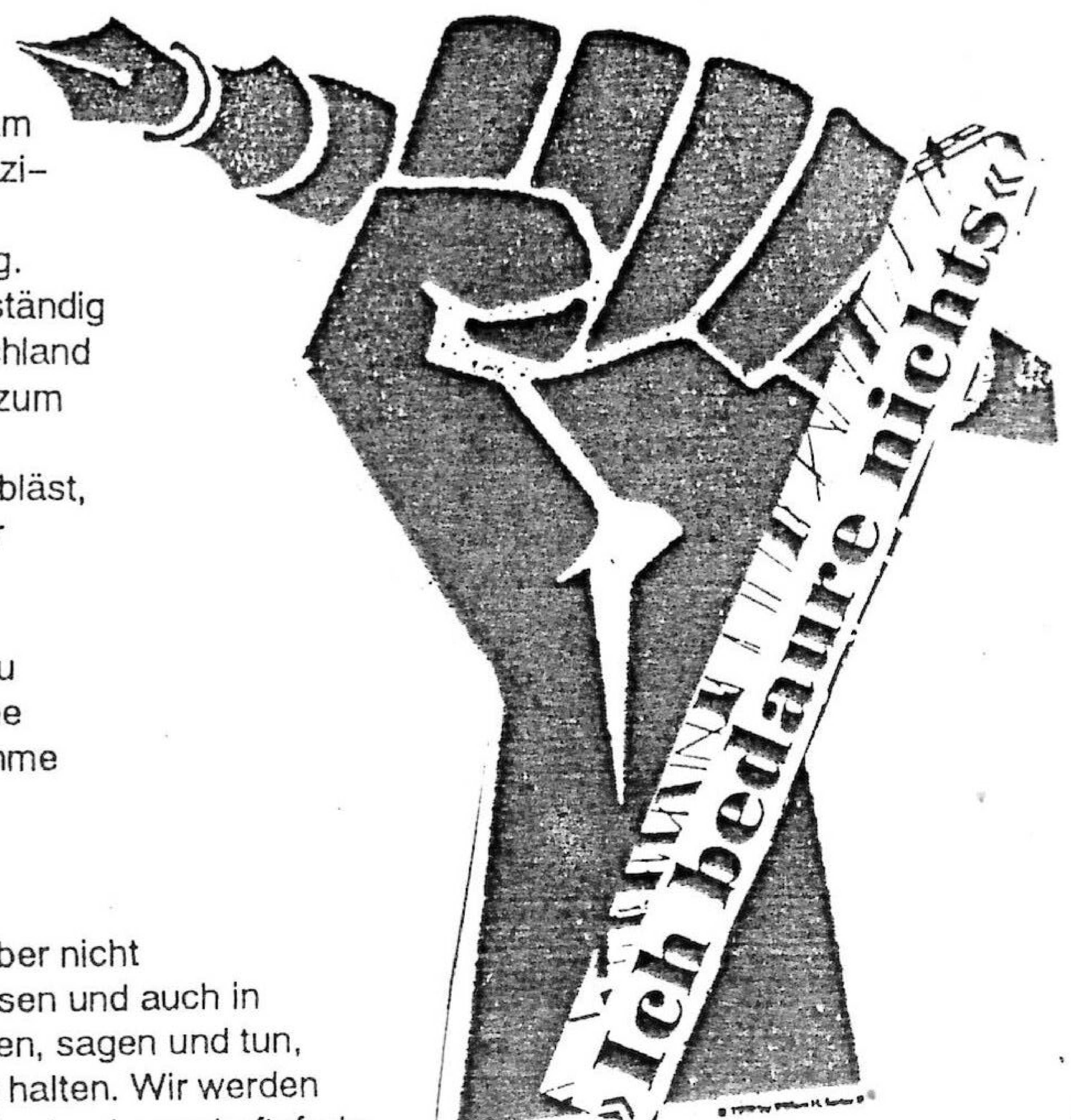
Am 13.6. durchsuchten die Bullen bundesweit in mindestens 13 Städten auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft (BAW) im Zusammenhang mit der Herausgabe der linken Zeitung RADIKAL, dem geplanten Sprengstoffanschlag des KOMITEE auf den Abschiebeknast Berlin-Grünau, den Anschlägen der Antiimperialistischen Zellen (AIZ) und in einem Fall wegen RAF über 50 Wohnungen, Hausprojekte, Geschäftsräume und linke Zentren. So wurden Z.B. der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen in Neumünster, ein Frauenbuchladen und eine Gemeinschaftspraxis in Bremen sowie ein Arbeitslosenzentrum durchsucht.
Seitdem sitzen 4 Genossen von uns, Rainer aus Münster, Andreas aus Lübeck, Ralf aus Rendsburg und Werner aus Berlin, denen vorgeworfen wird, an der Zeitung RADIKAL mitgearbeitet zu haben, im Knast.

Juristisch heißt das dann: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Werbung für terroristische Vereinigungen nach §§129/129a.

Gegen weitere 21 Bekannte sowie weitere Unbekannte Personen wird im Zusammenhang wegen Unterstützung bzw. Mitgliedschaft ermittelt.

Inzwischen ist eine fünfte Person verhaftet worden. Ulf aus Bremen, der nach einer Zeugenvorladung der BAW aus Karlsruhe seine Aussage verweigerte, bekam eine 5-monatige Beugehaft aufgebrummt.
Gegen zwei weitere Leute aus Bremen ist inzwischen Haftbefehl erlassen worden.
Sie konnten sich der Festnahme durch die Cops bisher jedoch entziehen.

Im Zuge der bundesweiten Razzia wurden etliche Sachen und persönliche Gegenstände beschlagnahmt: Computer, Briefe, Kontoauszüge, Stadtpläne, Zeitungen, Drucker, Fotos, Videos, Disketten, Tagebücher, Musikcassetten, Kalender u.s.w. u.s.w. Alles nur erdenklich Mögliche haben die Bullen abgezockt. In Münster z.B. wurde ein Zierteich von Polizeitauchern durchforscht

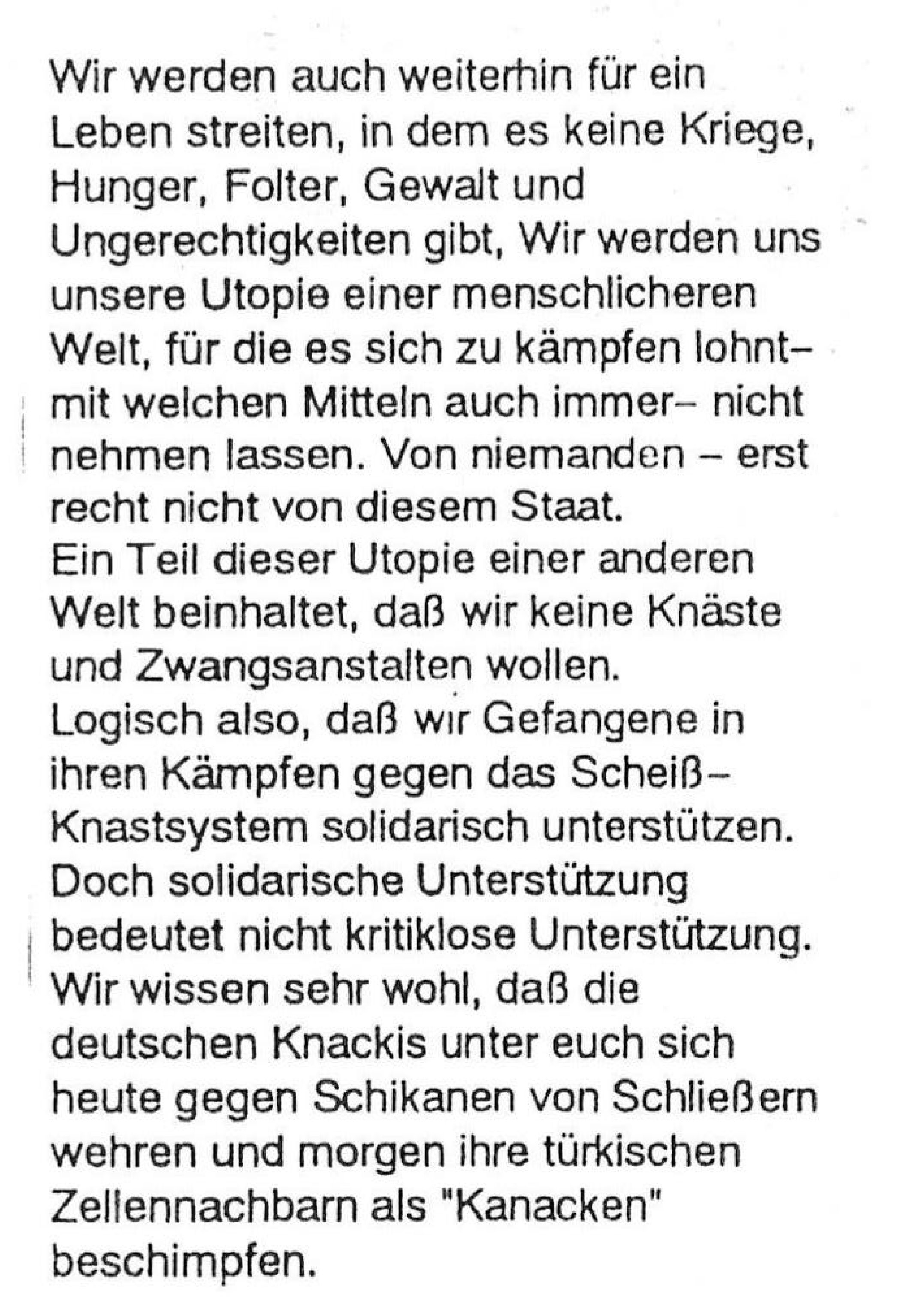


Einige Wohnungen wurden von vermummten Bullen und schwerbewaffneten SEKlern gestürmt. In Köln stürmten die Bullen ein Haus mit Blendschockgranaten und Leute wurden gefesselt und zum Teil längere Zeit nackt auf dem Bauch liegend festgesetzt.
In vielen Wohnungen wurden Fingerabdruck-Spuren gesichert. Hier in Berlin setzten sie zusätzlich noch ein Sprengstoffhund ein. Etliche Personen wurden außerdem ED-behandelt.
Werner wurde in Berlin verhaftet, mit einem Hubschrauber voll vermummter SEKler nach Karlsruhe geflogen , dort verhört und eingespeert. Inzwischen ist er über Umwege wieder nach Berlin gebracht worden und sitzt hier im Knast Moabit ein.

Seit langer Zeit war dies die größte Durchsuchungsaktion gegen die deutsche Linke - kurdische GenossInnen sind in den letzten Jahren regelmäßig in diesem Ausmaß heimgesucht worden.
Diese Durchsuchungen fanden am gleiche Tag statt, an dem der Nazi-Briefbombenterror gegen einen Lübecker SPD-Politiker zuschlug.
Während sich der rechte Terror ständig verschärft und das große Deutschland in rot-grün-schwarzer Einigkeit zum ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien bläst, soll klar gemacht werden, wo der wirkliche Feind steht, nämlich links.
Innenminister Kanther sagte dazu wortwörtlich: " Die Aktion war eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene."

Wir werden uns aber nicht einschüchtern lassen und auch in Zukunft das denken, sagen und tun, was wir für richtig halten. Wir werden auch in Zukunft für eine herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen.

Wir werden auch weiterhin für ein Leben streiten, in dem es keine Kriege, Hunger, Folter, Gewalt und Ungerechtigkeiten gibt, Wir werden uns unsere Utopie einer menschlicheren Welt, für die es sich zu kämpfen lohnt- mit welchen Mitteln auch immer- nicht nehmen lassen. Von niemanden - erst recht nicht von diesem Staat.
Ein Teil dieser Utopie einer anderen Welt beinhaltet, daß wir keine Knäste und Zwangsanstalten wollen.
Logisch also, daß wir Gefangene in ihren Kämpfen gegen das Scheiß-Knastsystem solidarisch unterstützen.
Doch solidarische Unterstützung bedeutet nicht kritiklose Unterstützung.
Wir wissen sehr wohl, daß die deutschen Knackis unter euch sich heute gegen Schikanen von Schließern wehren und morgen ihre türkischen Zellennachbarn als "Kanacken" beschimpfen.



"kollektivität als prozeß heißt **zusammen** kämpfen - gegen den apparat, und eben real und nicht imaginär." (ulrike meinhof am 19.3.76 in einem brief an hanna krabbe - mehr als 20 jahre nach der aktion des kommandos holger meins wird hanna krabbe immer noch vom brd-staat gefangengehalten; wann wird es endlich durchgesetzt sein, daß hanna krabbe, sieglinde hofmann, heidi schulz, eva haule und brigitte mohnhaupt in einer gruppe sowie helmut pohl, rolf-clemens wagner, christian klar und rolf heißler in einer weiteren gruppe bis zur freilassung zusammenkommen ?).

im vergangenen monat haben die beiden eu-kernstaaten, die brd und frk., staatsschutzaktionen durchgeführt, die in den letzten jahren ohne beispiel sind: am 13.6. hat der baw-bka-apparat an mehr als 50 stellen linke fundamentalopposition angegriffen und 4 menschen festgenommen; eine woche später hat der frz. sicherheitsapparat unsere muslimischen schwestern und brüder, insbesondere in paris, überfallen und mehr als 140 von ihnen verhaftet.
bei der aktion vom 13.6. wurden hier in der brd mit hilfe von staatsschutzkonstrukten willkürlich menschen kriminalisiert, denen der apparat eine entscheidende rolle in der linken fundamentalopposition zuordnet. wenn wir uns jetzt, am 13.7., zu wort melden, wollen wir insbesondere folgendes sagen: wir warnen den apparat davor, auf diesem schmutzigen weg weiterzuschreiten.
die staatsschutzaktion vom 13.6. zielt ab auf eine einschüchterung der linken fundamentaloppsition in der brd. wichtig ist jetzt, daß die linke ihre politik unabhängig von solchen einschüchterungsversuchen weiterentwickelt. gegen einzelne ist repression eine scharfe waffe des staates. alle jedoch, die fundamentalopposition und ihre konkreten schritte tragen, können das kalkül der repressionsmaßnahmen zum scheitern bringen, indem sie im bewußtsein ihrer verantwortung ihre politische linie offensiv weiterentwickeln.
die aktion vom 13.6. ist ganz wesentlich die reaktion des brd-staates auf unseren angriff vom 23.4.95 beim wohnsitz des cdu-funktionärs dr.blank.
"die kollegen sollten sich nicht einschüchtern lassen, mahnte schäuble. ein gewisses risiko sei im politikerleben unvermeidbar. die worte der aufmunterung kamen nicht an, die meisten abgeordneten schwiegen betreten." (der spiegel 19/95, s.30)
die vs-chefs beklagen sich darüber, daß bei der vielzahl der personen, an deren wohnsitz/arbeitsplatz die durchführung eines angriffs wie bei dr.blank erwartet werden könnte, so groß ist, daß ein wirksamer schutz unmöglich ist. es ist in der tat so, daß die zahl der entscheidungsträger, die in der brd die politik/die wirtschaft bestimmen, nicht einige hundert, sondern einige tausend beträgt. nicht alle von denen wollen so leben wie kriegsminister rühe, vor dessen haustür in hamburg-harburg sich die bullen einen festen stützpunkt eingerichtet haben.
unser vorgehen beim angriff vom 23.4.95 ist in folgendem sinne verallgemeinerungsfähig:
a) ein sprengsatz wird deponiert, der als solcher ausdrücklich gekennzeichnet ist. b) eine akustische warnung kündigt die explosion an. c) es bleibt ausreichend zeit zwischen dem beginn der warnung und der explosion, um sich aus der gefahrenzone zu entfernen. d) die entscheidung, ob der angriff letztendlich am anvisierten ort zur geplanten zeit zu verantworten ist, stellt eine gewissensentscheidung aller dar, die an der durchführung des angriffs beteiligt sind.
es kann passieren, daß die potentiell tödliche bedrohung dort, wo der angriff durchgeführt wird, nicht ernstgenommen wird - mit den entsprechenden konsequenzen. als z.b. die guerilla am 19.5.72 im springerhochhaus zeitgeschaltete sprengsätze verteilt hatte, wurde das gebäude trotz rechtzeitiger und mehrfacher warnung nicht geräumt.
ferner wird die staatsschutzpresse, entsprechend ihrer aufgabe, sich immer dann, wenn ein angriff durchgeführt worden ist, um eine verfälschende darstellung der vorgänge bemühen (z.b. wird in der oben genannten spiegel-ausgabe der angriff auf das cdu-büro in düsseldorf so falsch dargestellt, daß wir mühe hatten, die aktion anfang juni 94, von der da berichtet wird, als unsere wiederzuerkennen). die berichterstattung in den medien wäre auch nicht weiter problematisch, wenn nicht einige scene-kommentatoren die staatsschutzhetze als grundlage für ihr eigenes urteil benutzen würden.
"das konzept stadtguerilla stammt aus lateinamerika. es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären kräften" hat die guerilla 1971 gesagt. jetzt, mitte der 90er, geht es nach wie vor um die lösung des folgenden problems: wie können schwache antiimperialistische kräfte in der brd-metropole effizient zum angriff kommen ? aufgrund der materiellen situation in der brd kann antiimperialistische politik hier nur von wenigen getragen werden - das hängt nicht zusammen mit der vermeintlichen unfähigkeit der linken, sondern folgt aus der stabilität der imperialistischen zentralen. die frage ist, ob antiimperialistische politik bei solchen ausgangsvoraussetzungen mehr sein kann, als das weltgeschehen kommentierend zu begleiten oder einen antagonistischen willen zu bekunden. die frage ist ferner, ob es ausreicht, wenn die militante linke gegnerische objekte angreift und sich mit ihren schwachen kräften an den materiellen ressourcen des brd-staates abarbeitet. wir sind der meinung, daß u.a. der oben dargestellte angriffstypus eine effiziente eingriffsmöglichkeit darstellt, weil die potentiell tödliche bedrohung dort, wo die eliten wohnen/arbeiten, für diese eliten eine unerträgliche situation zur folge hat. auf diese weise wird antiimperialistische politik schwacher kräfte zur militanten gegenmacht.
in der vergangenheit ist in der brd, insbesondere durch die praxis der guerilla, vielfach der verhängnisvolle eindruck entstanden, daß der antiimperialistische kampf in der metropole die "privatangelegenheit" einer kleinen gruppe ist, die sich auf die durchführung technisch aufwendiger angriffe spezialisiert hat. mit unserer politik wollen wir v.a. folgendes vermitteln: jede/r aus der linken fundamentalopposition kann den antiimperialistischen kampf in der brd zur eigenen sache machen, d.h. verantwortung übernehmen und unmittelbar eingreifen - und zwar: militant und autonom. das haben wir in den letzten 3 jahren mit unserer politik schritt für schritt verifiziert.
international ist der antiimperialistische kampf geprägt durch die auseinandersetzung mit jenen großen machtblöcken, die die welt beherrschen: usa, eu (unter führung der brd), rußland und (mit einschränkungen) japan. im ensemble dieser 4 großmächte haben die usa eindeutig, v.a. militärisch, die führungsrolle. entsprechend ist weltweit der antiimperialistische kampf insbesondere eine auseinandersetzung mit dem us-imperialismus. die clinton-administra-

## Pressemitteilung

( Verbunden mit der Aufforderung zu einer angemessenen Berichterstattung in den öffentlichen Medien )

Betrifft: Erneute Hausdurchsuchung in der Lessingstr. 33 in Köln

Am Montag, den 10.7.95 um 12 Uhr mittags bekam die Hausgemeinschaft in der Lessingstr 33 in Köln-Ehrenfeld zum wiederholten male unangekündigten "Besuch" von Beamten des Landeskriminalamtes Düsseldorf und der politischen Polizei Köln.

Bereits am 13.6. fand eine Bundweite Durchsuchungsaktion in rund 80 Privatwohnungen, Hausgemeinschaften, Arbeitsstätten und politischen Projekten linker Strukturen statt. Diese seit Jahren größte Polizeiaktion gegen linke Projekte, wurde von den Behörden begründet mit:" Ermittlungsverfahren in Zusammenhang.mit den terroristischen Vereinigungen "Antiimperialistischen Zellen (AIZ)", "das K.O.M.I.T.E.E." und "RAF" sowie gegen Mitglieder und Unterstützer einer kriminellen Vereinigung, die für die Herausgabe und die Verbreitung der linkextremistischen/linksterroristischen Untergrunddruckschrift "radikal" verantwortlich ist" ( Presseerklärung der Generalbundesanwaltschaft vom 13.6.95).
Während die Ermittlungen gegen AIZ, RAF und K.O.M.I.T.E.E. unter Zuhilfenahme abenteuerlichster Konstruktionen wohl in erster Linie dazu dienten, die Razzien in der Öffentlichkeit zu legitimieren und die Betroffenen einzuschüchtern, stellte sich schnell heraus, daß es den Behörden primär um die Ergreifung angeblicher HerausgeberInnen der Zeitschrift "radikal" ging. In diesen Zusammenhang wird laut Bundesanwaltschaft gegen 25 Personen ermittelt.
Am 13.6. wurden 4 Personen in verschiedenen Städten festgenommen und sitzen seitdem unter verschärften Bedingungen in Untersuchungshaft. Der Hauptvorwurf lautet "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung".
Die langjährigen Kriminalisierungsversuche in der 20jährigen Geschichte der Zeitschrift "radikal" haben so eine neue Dimension erreicht. Schon allein das Herstellen einer Zeitung wird damit quasi einem "organisierten Verbrechen" gleichgesetzt.

In Köln richten sich die Ermittlungen in Zusammenhang mit der "radikal" vor allem gegen eine Person, die in der Lessingstraße wohnt und zum Zeitpunkt der ersten Durchsuchungswelle nicht angetroffen wurde. Unter der Losung " Gefahr im Verzug ", also ohne gültigen richterlichen Durchsuchungsbeschluß, verschafften sich die Beamten gewaltsam Zutritt ins Haus. Die Begründung für die erneute Störung des Hausfriedens lag diesmal in einem vor dem Haus geparkten PKW, dessen Halter ebenfalls in der Lessingstr. wohnt. Jenes kurzerhand zum "corpus delicti" erklärte Gefährt soll die gesuchte Person bereits vor Wochen benutzt haben. Diese wie üblich ohne Beweise aufgestellte Behauptung reichte aus, um das Haus nochmals zu durchschnüffeln, den PKW zu beschlagnahmen und obendrein den nun flugs zum Zeugen ernannten Halter zum Zwecke des Verhörs vor einem Staatsanwalt ins Justizzentrum in der Luxemburgerstr. zu verschleppen.
Nachdem die Person während der Vernehmung von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machte, konnte sie nach ca. 2 Stunden das Gebäude wieder verlassen, unter dem Hinweis, das die Sache jetzt zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe weitergeleitet wird. Daraus läßt sich schließen, daß dieser ersten Schikane in kürzerer Zeit eine weitere Zeugenvorladung direkt zur Bundesanwaltschaft folgen wird.

Diesen staatsanwaltschaftlichen oder richterlichen Vorladungen muß laut Gesetz folge geleistet werden. Sollten Betroffene weiterhin von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machen, droht ihnen Geldstrafe und sogar sogenannte Beugehaft bis zu 6 Monaten. So bereits geschehen einem Menschen aus Bremen, der am 3.7. zu 5 Monaten Beugehaft verurteilt wurde, nachdem er auch bei der zweiten Zeugenvorladung in Karlsruhe die Aussagen verweigerte und seitdem im Knast Heimsheim gefangen gehalten wird.

Wir protestieren gegen diese weitere ungeheuerliche Maßnahme, Menschen aus linken Zusammenhängen zu bedrohen und einzuschüchtern. Wir werden es uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, von unseren Rechten Gebrauch zu machen. Das Recht auf Aussageverweigerung wird allerdings zur Farce, wenn die Inanspruchnahme in letzter Konsequenz mit Freiheitsentzug bestraft wird. Dennoch lassen wir uns mit dieser Drohung nicht zu Informellen MitarbeiterInnen des STAates und seiner SIcherheitsorgane machen.

Wir fordern:

- sofortige Abschaffung der Beugehaft
- sofortige Freilassung der Inhaftierten
- Einstellung aller Ermittlungsverfahren
- Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände

UnterstützerInnengruppen Köln, 11.7.95

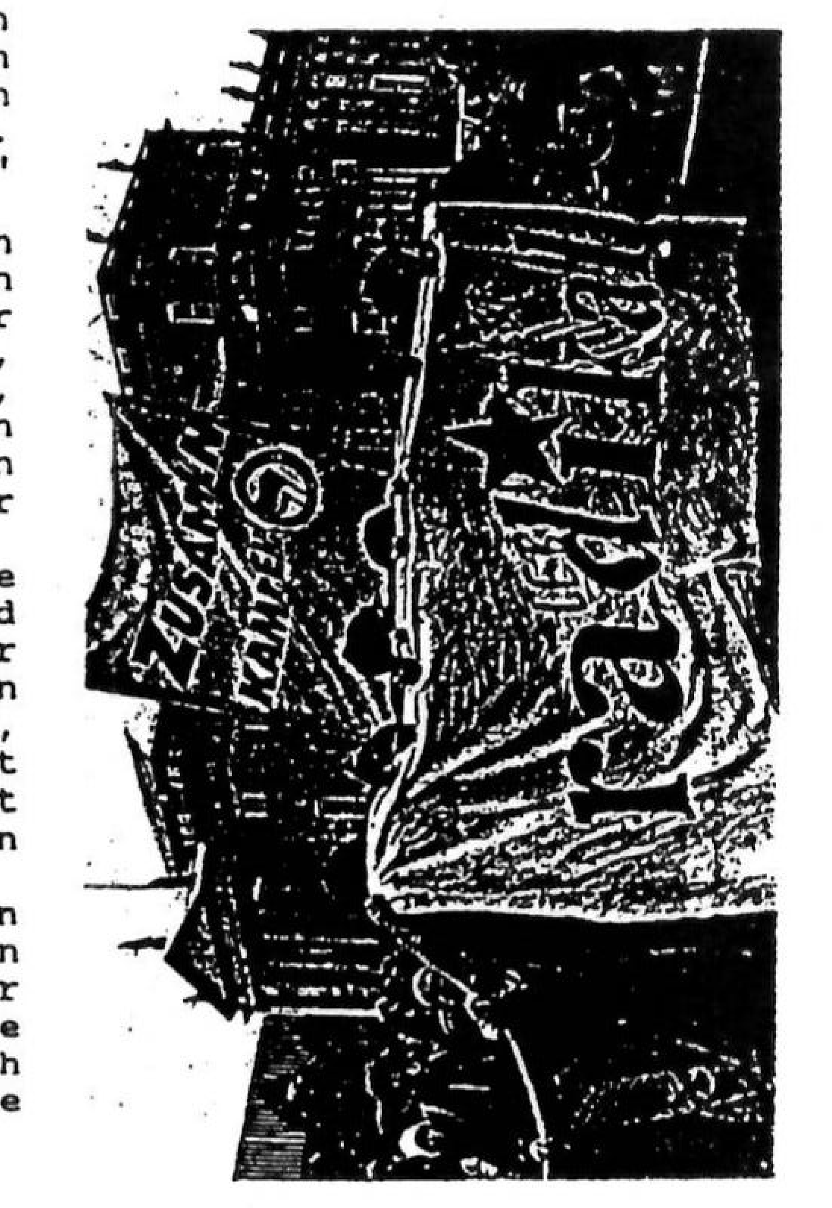
Für weitere Informationen und Kontakte:

Infoladen Köln
Ludolf-Camphausen-Straße 36
50672 Köln
Tel.: 0221/ 522907
Fax.: 0221/ 5102765

## AN ALLE HÄUSER:

## AUFRUF ZUM VERSCHÄRFTEN "LAPPENKRIEG"

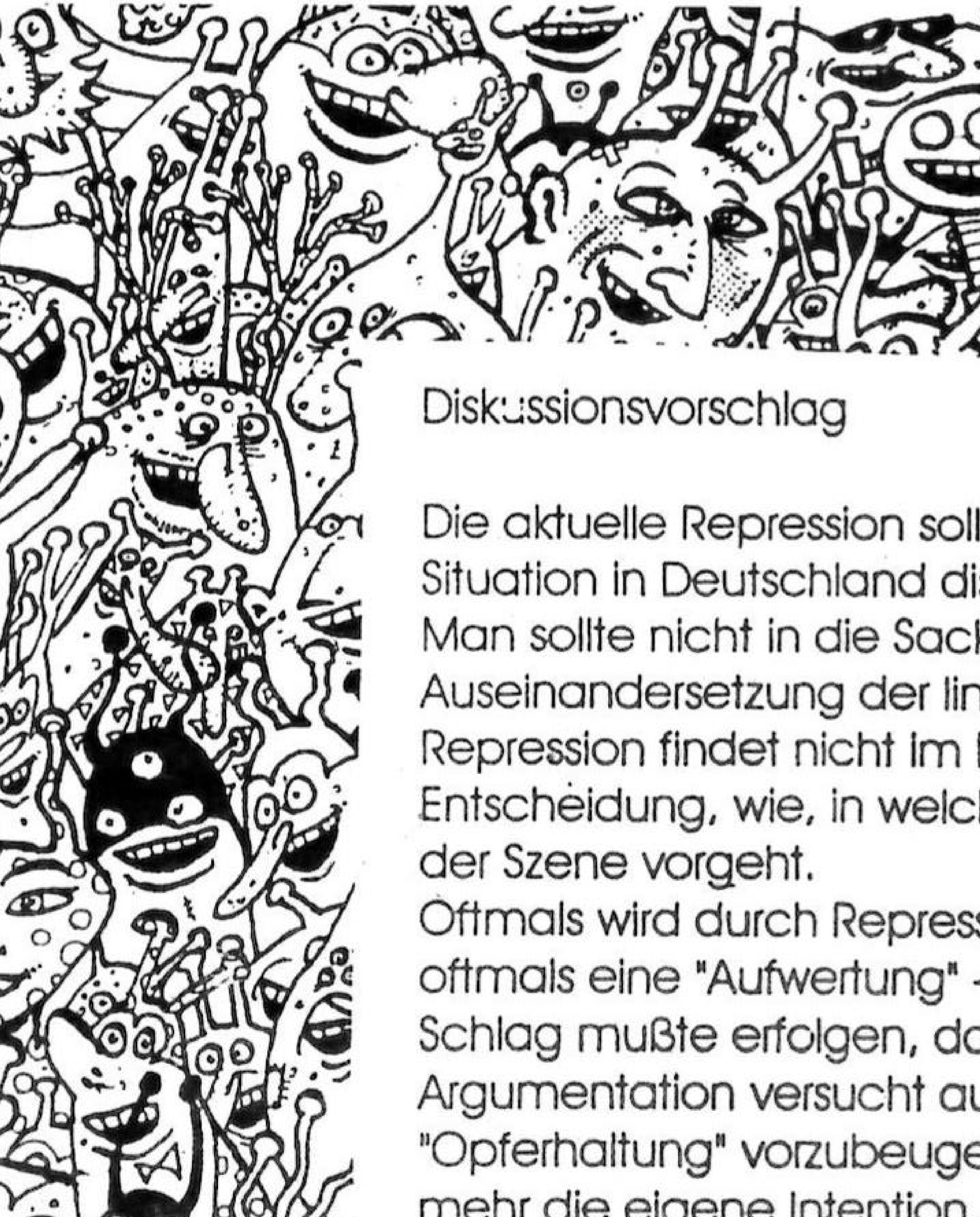
Seit dem 11. April 95 fahnden die Bullen nach unseren Genossen Peter, Thomas und Bernhard. Sie werden beschuldigt, einen Bombenanschlag auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin-Grünau versucht zu haben und der Gruppe Das K.O.M.I.T.E.E. anzugehören, die als sogenannte "terroristische Vereinigung" verfolgt wird.
Am 13. Juni 95 fanden in acht Bundesländern Durchsuchungen wegen der radikal, AIZ und dem K.O.M.I.T.E.E. statt. Allein in Berlin wurden zwei Häuser und drei Wohnungen durchsucht, wegen der radikal und dem K.O.M.I.T.E.E.. Vier Genossen, Werner aus Berlin, Rainer aus Münster, Andreas aus Lübeck und Ralf aus Rendsburg, wurden im Zuge der Razzia nach Karlsruhe verschleppt und sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Vorwurf ist die Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" (radikal) und "Werbung für terroristische Vereinigungen".
Mit dieser Durchsuchungsaktion versucht die BAW unliebsame linksradikale Strukturen zu kriminalisieren, zerschlagen und verfolgen und nichtbetroffene Linksradikale einzuschüchtern. Wir wollen uns das nicht bieten lassen und versuchen, der Repression offensiv etwas entgegen zu setzen. Deshalb rufen wir auf, massenweise Transparente mit Parolen gegen die Repression oder mit Werbung für die radikal oder andere "Vereinigungen" oder mit Solidaritätsaufrufen mit den Verhafteten/Gesuchten aus den Häusern zu hängen!
Widerstand braucht Phantasie!! Überlegt euch gute Parolen und dann auf zum "Lappenkrieg"!! Laßt uns unsere Solidarität mit den Verfolgten und Verhafteten überall gut sichtbar bekunden! Wir müssen ein "öffentliches Interesse" an dieser Repressionswelle wecken, damit sie die Verhafteten nicht einfach still und heimlich aburteilen können. Viele Transparente im Stadtbild sind der erste Schritt...




**Sprengt alle Abschiebeknäste!! Bleiberecht für alle!!!**

**Schafft 1, 2, 3, viele RAFfinierte RADIKALe KOMITEEs!!!**

**Die Terroristen sind die, die die Abschiebeknäste bauen, nicht die, die sie sprengen!**



Diskussionsvorschlag

Die aktuelle Repression sollte auf dem Hintergrund momentaner Entwicklung und Situation in Deutschland diskutiert werden.
Man sollte nicht in die Sackgasse galloppieren, Repression als reine Auseinandersetzung der linksradikalen Szene mit dem Staat zu betrachten - Repression findet nicht im luftleeren Raum statt - es ist immer auch eine politische Entscheidung, wie, in welcher Form und Intensität der Staat gegen die Szene, Teile der Szene vorgeht.
Oftmals wird durch Repression der Blick getrübt. Initiativen erfahren durch Repression oftmals eine "Aufwertung" - („Viel Feind - viel Ehr"). Gemäß der Logik: der repressive Schlag mußte erfolgen, da dieses oder jenes Projekt ihm zu gefährlich wurde. Diese Argumentation versucht auf der anderen Seite oft berechtigterweise einer Art "Opferhaltung" vorzubeugen, die ausschließlich die Verfolgung thematisiert und nicht mehr die eigene Intention, soziale, linksradikale, feministische Bewegungen gegen die Macht u.a. des Staates zu stärken.

Konkret:
Die momentane Repression gilt drei Richtungen:
- der "radikal"
- der "Antiimperialistischen Zelle"
- dem "K.O.M.I.T.E.E."

Die Haft- und Durchsuchungsbefehle wurden - laut Interim - zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgestellt. Ein Motiv für das Zusammenziehen dieser ganz unterschiedlichen Gruppierungen gab Kanther am Abend der Durchsuchungswelle im Fernsehen zum Besten: Er betonte, daß sich junge Leute dafür hüten sollten, sich bestimmten Szenen anzuschließen, da der Staat nicht mit sich scherzen lasse, diese Szenen unnachgiebig verfolgen und sie "der gerechten Strafe" zuführen werde.
- Daß es zu nochmaligen Durchsuchungen bzgl. des "K.O.M.I.T.E.E.S." kam, liegt mehr auf der unteren Ebene des zu Erwartenden, scheinbar eine Art "Nachuntersuchung". Die Durchsuchungen in dem Zusammenhang sind nicht als die Repression zu werten, sondern - nach heutigem Kenntnisstand - geläufige bürokratische Maßnahme.
- Die Durchsuchungen bzgl. der "Antiimperialistischen Zelle" sind nunmehr Reaktion auf eine Reihe von Aktionen. Daß die AIZ innerhalb der Szene weitgehend isoliert ist, war von den Bullen selber angemerkt worden - dennoch: die Aktionen bewegen sich auf einem Niveau und haben sehr weitgehenden Anspruch, der weit über die staatliche Schmerz- und Toleranzgrenze schreitet. Pfeifende Feuerlöscher - oder was es war - vor das Haus eines 2. oder 3. reihigen Politikers und dessen Familie zu stellen, kann die Szene als Strategie einerseits für katastrophal halten - für das System stellt es auf der anderen Seite einen erheblichen "Nerv-Faktor" dar - Die HinterreihlerInnen - und das ist eine große Anzahl von Menschen - sind sicher verunsichert und nerven die Bullen mit Sicherheitsansprüchen. Klar, daß das nicht hingenommen werden kann.
Die Durchsuchungen waren ein erstes Rumgestocher - es wurde Terror auf die Szene ausgeübt, um - wenn schon sonst nichts Konkretes rumkommt - evtl. 'SympathisantInnen' ab- und zu erschrecken. Die Leute werden beschäftigt und von ihrer sonstigen politischen Arbeit abgehalten - eine klassische Zielsetzung von Repression.

- zur "radikal"
Hier stellt sich die Situation ganz anders dar. Scheinbar haben die Bullen aus angeblichen Beobachtungen, Mutmaßungen, Spekulationen, Kombinationen sich ein Bild zurechtgezimmert, das sie zu der Meinung führte, mit den vieren die "Richtigen" erwischt zu haben.
Auch die Begründung scheint von langer Hand vorbereitet - eine Anklage wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" schüttelt sich auch kein BAW- Jurist aus dem Ärmel, wenn es um den "Tatbestand" einer Zeitungsproduktion geht.
Mit der Zeitung verbindet die BAW eine spezielle (Verfolgungs-)Geschichte. - und zwar eine, die im kollektiven Gedächtnis v.a. als eine der Pleiten der BAW abgespeichert ist - siehe große Öffentlichkeitskampagne wegen Härlin und Klöckner und deren Abgang ins Europaparlament, siehe das erfolglose Terrorisieren von Verkaufsstellen in Berlin - allerdings hatte schon damals die BAW bundesweit gegen Läden ermittelt und auch Urteile vollstreckt (siehe das aktuelle Radi-Flugblatt).
Im Großen und Ganzen waren diese Aktionen erfolglos: die Zeitung existierte weiterhin.
Wenn die Bullen nun wieder vorpreschen, muß man davon ausgehen, daß sie mit diesen Flaskos im Hinterkopf sich weitgehend eine wasserfeste Argumentationsbasis verschafft haben. Und zum zweiten, daß ihnen an diesem "Projekt" der Kriminalisierung einiges zu liegen scheint. Die Frage ist im folgenden, was das Interesse im einzelnen ausmacht-
1. Die Zeitung ist laut Selbstdarstellung ein überregionales Projekt. Sie existiert seit nunmehr 10 Jahren unter klandestinen Bedingungen.
Das Arbeiten unter solchen Bedingungen bzw. das Sich- Erarbeiten von Strukturen, die dieses Arbeiten möglich macht stellt schon an sich für einen derart langen Zeitraum einerseits einen großen Erfahrungsreichtung und -schatz dar und andererseits ist das kontinuierliche Erscheinen aus autonomen (dem Inhalt nach auch aus feministischen Zusammenhängen) eine unvergleichliche Leistung und absolute Einmaligkeit für autonome Zusammenhänge.
Inhalt, Anspruch und Ziel der Zeitung war es, unter unzensierten Bedingungen eine Debatte über revolutionäre Politik führbar zu machen und selber dazu Beiträge beizusteuern. Man kann sich darüber streiten, inwieweit das gelungen ist. Tatsache ist aber, daß in einer Zeit, wo andere den Hut nehmen ("Das Ende unserer Politik...", von einer RZ das Abgesang-Papier z.B.) die Zeitung weiterexistierte und versuchte, gegen den Zeitgeist Impulse zu setzen.
Das geschah durch Interviews mit revolutionären Gruppen, über einen ausführlichen und sehr gründlichen Geschichtsteil, über viele Dokumentationen aus dem Bereich antirassistische Arbeit u.v.m.
Mit der Begründung "Mitgliedschaft" schafft sich die BAW die Zugriffsmöglichkeit auf alle revolutionären Kommunikationsstrukturen, die weiterhin dem Anspruch nachkommen, Erklärungen zu veröffentlichen, Diskussionen um militante Politik zu führen - ein Gegengewicht gegen die Macht der staatlichen (und privaten) Medien zu setzen.
Dieses Instrumentarium für einen jederzeit möglichen Zugriff auf die noch existierenden Kommunikationsstrukturen machen den strategischen Aspekt dieser Kriminalisierung aus - er geht weit über das konkrete Ziel, die "radi", hinaus. Beginnt aber nicht umsonst genau bei ihr!





## Die allgemeinen Rahmenlinien für die Anti-Repressionsarbeit

Die erste Leitlinie wurde schon in den ersten Sätzen benannt: Repression gegen Teile linksradikaler/feministischer Strukturen muß im Rahmen gesellschaftlicher Prozesse thematisiert werden.
Die Radi hat das exemplarisch in ihrem Flugblatt getan, „die größte Durchsuchungsaktion gegen die deutsche Linke - kurdische GenossInnen sind in den letzten Jahren regelmäßig in diesem Ausmaß heimgesucht worden - seit langer Zeit" Repression trifft nicht nur „uns", sondern im Gegenteil, andere teils viel öfter und von der Konsequenz auch härter (Abschiebung in Folter und Tod).
Es darf anhand der Repression nicht zur Überschätzung der eigenen Bedeutung kommen. In den aktuellen gesellschaftlichen Prozessen, die in massiven rassistischen, sexistischen, damit zusammenhängend nationalistischen Mobilisierungen und Eskalierung der sozialen Frage besteht, spielt die radikale Linke - von gemischt bis FrauenLesbenzusammenhängen - eine allenfalls marginale Rolle. Das gesellschaftliche roll-back spiegelt sich in den nachwievor rassistischen, sexistischen Binnenstrukturen der Linken wider.
Dennoch: Selbst wenn die radikale Linke heute praktisch wenig Bedeutung hat, verschärft dies eher die Notwendigkeit der Positionsbestimmung und der daraus resultierenden Praxis. Die bisher gemachten Erfahrungen - von praktischen Organisierungsfragen (wie mache ich dieses und jenes) - bis hin zum Erarbeiten von Positionen und Analysen - werden im eifrigen Buddeln und Ausbrechen aus den Ghetto-Strukturen die Bedingungen schaffen, um die Kämpfe morgen/übermorgen nicht an uns vorbeiziehen zu lassen, sondern darin neu zum Tragen zu kommen.
Somit ist das ein Plädoyer für einerseits konkrete Unterstützungsarbeit, andererseits für das Primat, nicht um die Repression an sich zu kreisen, sondern den inhaltlichen Kern der kriminalisierten Projekte aufzugreifen und zu thematisieren. Durch die inhaltliche Arbeit bekommen gemeinsame Treffen einen eher in die Zukunft gerichteten Blick und wird man den kriminalisierten Projekten ebenfalls gerechter.
Beispielhaft für die Öffentlichkeitsarbeit zum „K.O.M.I.T.E.E." könnte das bedeuten, daß Frauen und Männer sich dazu entscheiden, eine Mobilisierung zu Grünau anzuleiern.
Eine andere mögliche Ebene wäre, sich mit „Exil" historisch/praktisch auseinanderzusetzen. Man darf nicht anhand der Tatsache, daß es jetzt Gefangene gibt, die versorgt werden müssen, diejenigen aus den Augen und der Diskussion verlieren, die „aus den Augen verschwunden sind". Exil historisch/praktisch zu diskutieren könnte zum einen vor Augen führen, daß es in anderen Zeiten sehr viele Frauen und Männer gab, die sich mit der großen Wahrscheinlichkeit auseinandersetzen mußten, als Konsequenz ihrer politischen Arbeit eines Tages die Biege machen zu müssen. Daß es keine einmalige Erfahrung ist.
Man könnte mit Frauen und Männern, die früher - im Kampf gegen den Faschismus z.B. - fliehen mußten, dazu Veranstaltungen organisieren.
Dabei würde es nicht um ein plumpes Gleichsetzen von Bedingungen und Erfahrungen gehen, sondern um eine Möglichkeit, heutige Ereignisse in einen größeren Rahmen sehen zu können. Darüber wird die jeweilige Geschichte nicht weniger schlimm (daß welche weg müssen), aber sie steht nicht mehr als „außerordentlicher" Schrecken im Raum.
Diese Diskussion ist schon bei Kaindl zu kurz gekommen, vielleicht könnte man diesmal mehr an dieser Diskussion entwickeln.

Was könnte das für die Diskussion um die „radi" bedeuten?
Als erstes stellen wir uns dazu folgende Frage:

## Was ist das Verhältnis der Szene zu ihren Medien?

In Berlin gibt es seit vielen Jahren die „Interim". Gegen sie ist - soweit bekannt -länger keine direkte Repression gelaufen. Zweierlei kann man als aktuellen Bewußtseinsstand vieler daher befürchten:
- man hat sich an die Existenz "gewöhnt", nimmt sie quasi als "naturwüchsig" zur Kenntnis. Viele können sich wahrscheinlich nicht mehr daran erinnern, wie die Zeit vor der Interim war. Kaum jemand (außer den MacherInnen) wird noch realisieren, wieviel Arbeit das Produzieren und an die Frau/Mann bringen bedeutet.
- Neben dem Verhältnis zu etwas Naturwüchsigem wird sich kaum jemand groß der Mühe unterziehen, sich über Sinn, Zweck und Bedeutung der Zeitung Gedanken zu machen - sie ist halt da. Auf der anderen Seite wird kaum jemand sich vorstellen können, daß der Schlag gegen die "radi" Teil eines länger angelegten Planes sein kann, in dem das Aufräumen mit „Interim" und vergleichbaren Zeitungen integraler Bestandteil ist.
Daß es dieses Bewußtsein nicht gibt - war u.a. an der geringen Anzahl Leute auf den Demos festzustellen.
Ausgangspunkt der Arbeit wäre entsprechend, erstmal in der Breite ein Verhältnis zur Bedeutung und Funktion der Medien herzustellen.
Die Beschäftigung mit Medien umfaßt den Strang „unsere Medien" und Kommunikationsstrukturen - und die Medien der Gegenseite.
Zuerst zu unseren:
Vorher wurde angeschnitten, daß inhaltliche Diskussionen zu Repression den Kern der kriminalisierten Projekte und die gesellschaftlichen Prozesse thematisieren und ins Verhältnis setzen müssen.
Eine Mediendebatte über unsere Medien muß also zum einen eine kritisch solidarische Auseinandersetzung mit den Medien sein, inwieweit sie eher „Szene-Nabelschau" betrieben haben oder wo sie Beiträge zum „über den Rand schauen" geleistet haben. Es müßte eine Diskussion geben, ob eine Reproduzierung von gesellschaftlichen Normen in unseren Medien stattfindet - oder ob die Medien einen Teil zur Überwindung dieser Strukturen beitragen. Darin muß selbstverständlich ein aktives Verhältnis eingenommen werden. Es geht nicht um sich zurücklehnen, analysieren und rummeckern, sondern um ein aktives Verhältnis in diesen Prozessen.
Desweiteren in dieser kritischen Diskussion muß betrachtet werden, welche praktische Bedeutung Medien zum einen für diesen Diskussionsprozeß für „inner-links" haben -, zum anderen bilden die Medien und Kommunikationsstrukturen aber immer auch wesentliches Fenster nach außen. Positionen werden sichtbar, hoffentlich nachvollziehbar. Sie bilden eine wesentliche Brücke, linksradikale/feministische Positionen verbreitern zu helfen, Frauen und Männer aufmerksam und neugierig zu machen..
Das Kappen der Kommunikationsstrukturen hat damit zweierlei Zielrichtungen, den Organisierungsprozeß nach innen, wie den Organisierungs- und Vermittlungsprozeß nach außen zu sabotieren. Beide Stränge sind wichtig und zu beachten.





Und dann gäbe es bei Medien noch einen Strang zwei:
- Mediendebatte bedeutet auch, sich über die Bedeutung von und Prägung der Gesellschaft durch die Medien im Klaren zu werden.
Wie Frauen es in einem Text formulierten:
"*Die Sendeanstalten - öffentlich rechtliche wie private - reproduzieren als Teil dieser Gesellschaft entsprechende Herrschaftsnormen. Sie werden politisch kontrolliert, die Privaten darüber, daß sie unmittelbar den Marktmechanismen unterworfen sind... "Publikumsrenner" sind Filme, die als "eingängig" gelten und eingängig ist, was herrschende sexistische und rassistische Klischees bestätigt, was dem "gesunden" (Männer)Volksempfinden auf die Schulter klopft und in der Identifikation mit Macht und Herrschaft, mit Hierarchie und der "Notwendigkeit" zur Unterwerfung bestärkt. Verkitscht, sensationsartig überhöht oder auf Hochglanz poliert werden verinnerlichte Unterdrückungsstrukturen bis zum Erbrechen wiederholt und als erstrebenswerter Normalzustand dargestellt." (Die Kabelbeißerinnen, in der letzten Radi dokumentiert)*
In der radi 147 vom März 1993 war ebenfalls ein langer Artikel, der sich mit Struktur und Bedeutung der Medien beschäftigt - auch mit der neuen Medienstruktur in der EX-DDR.
Im antirassistischen Spektrum gab es vom 23.5. - 2.6.1993 bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien („*Wenn wir daher die Medien gezielt in den Mittelpunkt von Aktionstagen stellen, bekommen wir dasjenige Scharnier ins Visier, ohne das der Rassismus und Nationalismus im Zentrum der Gesellschaft, also in Politik, Wirtschaft und bürgerlicher Öffentlichkeit nicht hätte derart hegemoniefähig werden können..." dokumentiert in radi, 147)*

Es ist die Frage, welchen Stellenwert Kommunikationsstrukturen/Medien die linksradikale Szene in ihrer Politik einräumt. Es wurden in vielen Regionen z.B. Zeitungsprojekte mangels Mitarbeit eingestellt: Südwind, Land- unter...
In Berlin wurde der Szene erst als Radio 100 weg vom Fenster war, klar, wie wichtig dieser Sender für die Außenwirkung der Szene war.
Mittlerweile gibt es wieder viele Ansätze, lokale Radios/Sender zu machen, v.a. im süddeutschen Raum.
In der radi wurde regelmäßig von PiratInnensendern berichtigt (und eine Senderanleitung vertrieben!).
Es gibt nachwievor eine Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften, von denen aber die meisten eine inhaltliche Schwerpunktsetzung verfolgen (IZ3W) oder eine sehr eingegrenzte Strategie fahren (17 celsius) - oder die eine offene Struktur haben wie AK oder Arranca.
So ist festzuhalten - es gibt viele Leute, die in irgendeiner Form in Medienprojekten involviert sind. Diese repräsentieren vielfach zersplitterte Szenen, die wenig miteinander zu tun haben, die oft auch über ihren eigenen Schwerpunkt nicht viel Interesse daran haben, über inhaltlich, strukturell Verbindendes zu grübeln
Viele andere haben vor allem die Rolle des/der Konsumierenden und denken über diese Probleme nicht nach.
Zusammenfassend: es geht um das Verbindende, das übergeordnete Interesse an einer Vielzahl und Buntheit von linksradikalen/feministischen Medien, offen, verdeckt, Kommunikationsorten. Daraus lassen sich keine Teile heraustrennen.

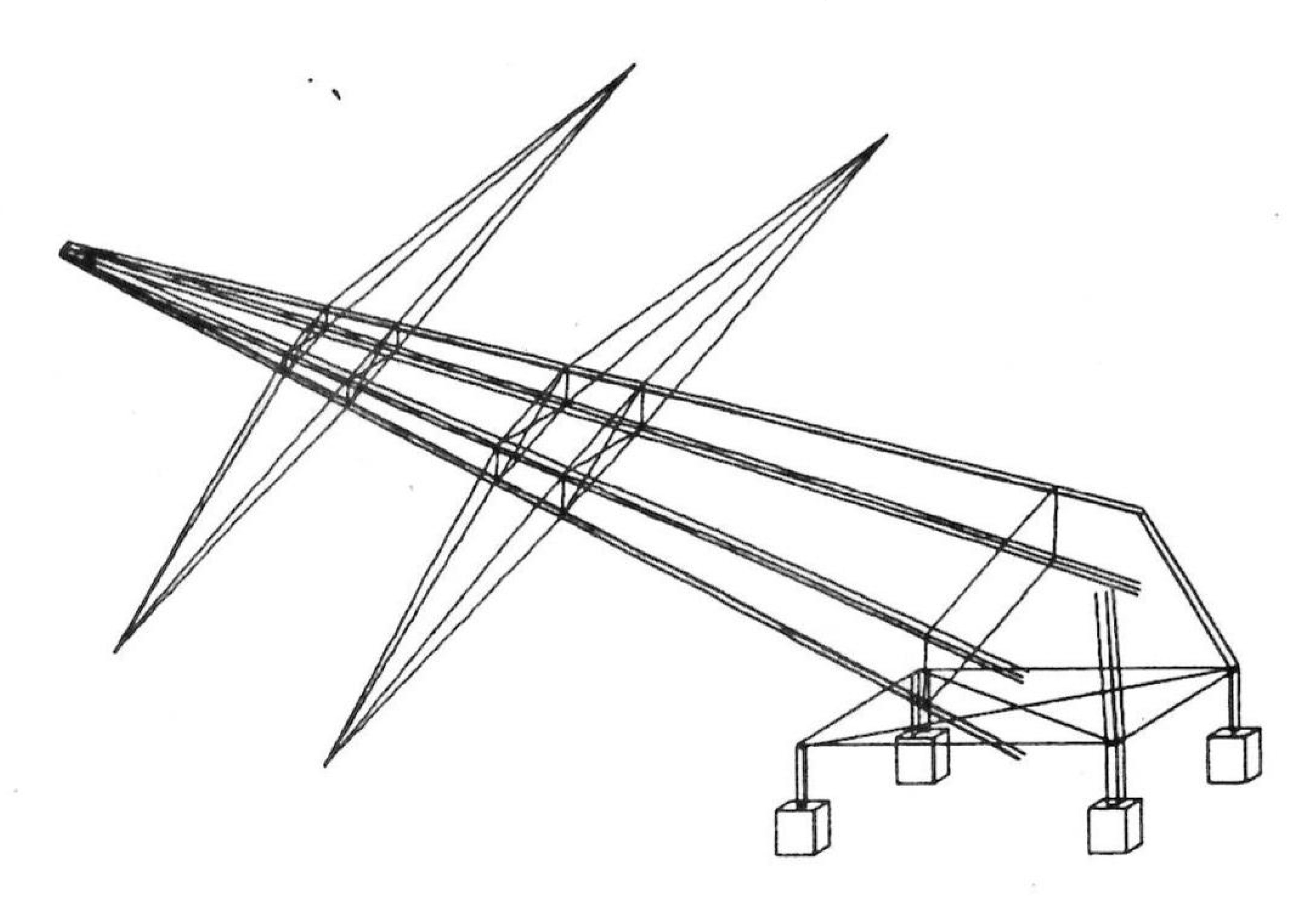
Alle, die in und an solchen Projekten arbeiten, sollten sich zu dem laufenden Verfahren verhalten - aber auch: es muß auf sie zugegangen und mit ihnen diskutiert werden.
Nicht zuletzt: In Deutschland wird somit kriminalisiert, was in vielen Ländern nicht unter Strafe steht. Es ist kein "Jammern", kein Appell an den Staat, wenn Linke international darauf hinweisen und Druck machen, daß das nicht laufen kann. Es stellt ein Terrain dar, das nicht kampflos aufgegeben werden kann - immerhin verschlechtert es die Bedingungen für alle, wenn das durchkommt.
Keine "Gnade", sondern eher andersrum argumentiert: anhand der Kriminalisierung wird der aggressive Charaker des deutschen imperialistischen Systems deutlich - im Kampf dagegen kann die linksradikale Szene dem Grenzen setzen und auch international deutlich machen, um was hier in der BRD gerade geht.
Es gibt anscheinend den Einwand, man könne so nicht argumentieren, weil man ja schließlich auch nicht Pressefreiheit für die Faschos fordern würde.
Dazu läßt sich sagen:
bei Faschos wurde gerade nicht staaliches Verbot gefordert. Es ging immer um Selbstorganisierung, um Schaffen eines gesellschaftlichen Druckes, der es Faschos unmöglich macht, weiterhin Druckereien zu finden, die ihre Sachen drucken, Kioske zu finden, die ihre Zeitungen verkaufen usw.
bei linksradikalen Zeitungen ging es ebenfalls nie um das Einfordern von bürgerlichen Rechten - da wissen schließlich alle (das wäre die Beschäftigung mit Medienmonopolen hier und heute in Deutschland aber auch aktuell in Italien), daß das hier immer die Freiheit des Geldes bedeutet - sondern um die Thematisierung von Zensur und Kriminalisierung - und sich gegen diese staatlichen Repressionsmaßnahmen möglichst weitgehende Bedingungen der Kommunikation zu erhalten, die für die Linke überlebenswichtig ist. (Kommunikation, Diskussion spielt ja zum Glück bei den Linken eine ungleich höhere Rolle übrigens als bei den Rechten).
Als letzte Bemerkung: Kommunikation ist immer v.a. ein **direkter** Prozeß. Medien können diesen Prozeß nur begleiten, ihn reflektieren, ihm Impulse geben. Aber die Basis sind die direkten Diskussionen. Es wäre daher wichtig, daß es zum Thema Medien v.a. Veranstaltungen gibt, die Diskussionen ermöglichen -
man sollte somit neben Großveranstaltungen, die eher auf Öffentlichkeit setzen, auch kleinere Stadtteilveranstaltungen machen, wo man zusammen redet und nicht nur Leuten auf dem Podium zuhört.
(und v.a. jetzt nicht nur Papierkrieg führen...)



FREIHEIT FÜR KANI YILMAZ!
KEINE AUSLIEFERUNG AN DIE BRD!

# HAU WEG DEN SCHEISS !

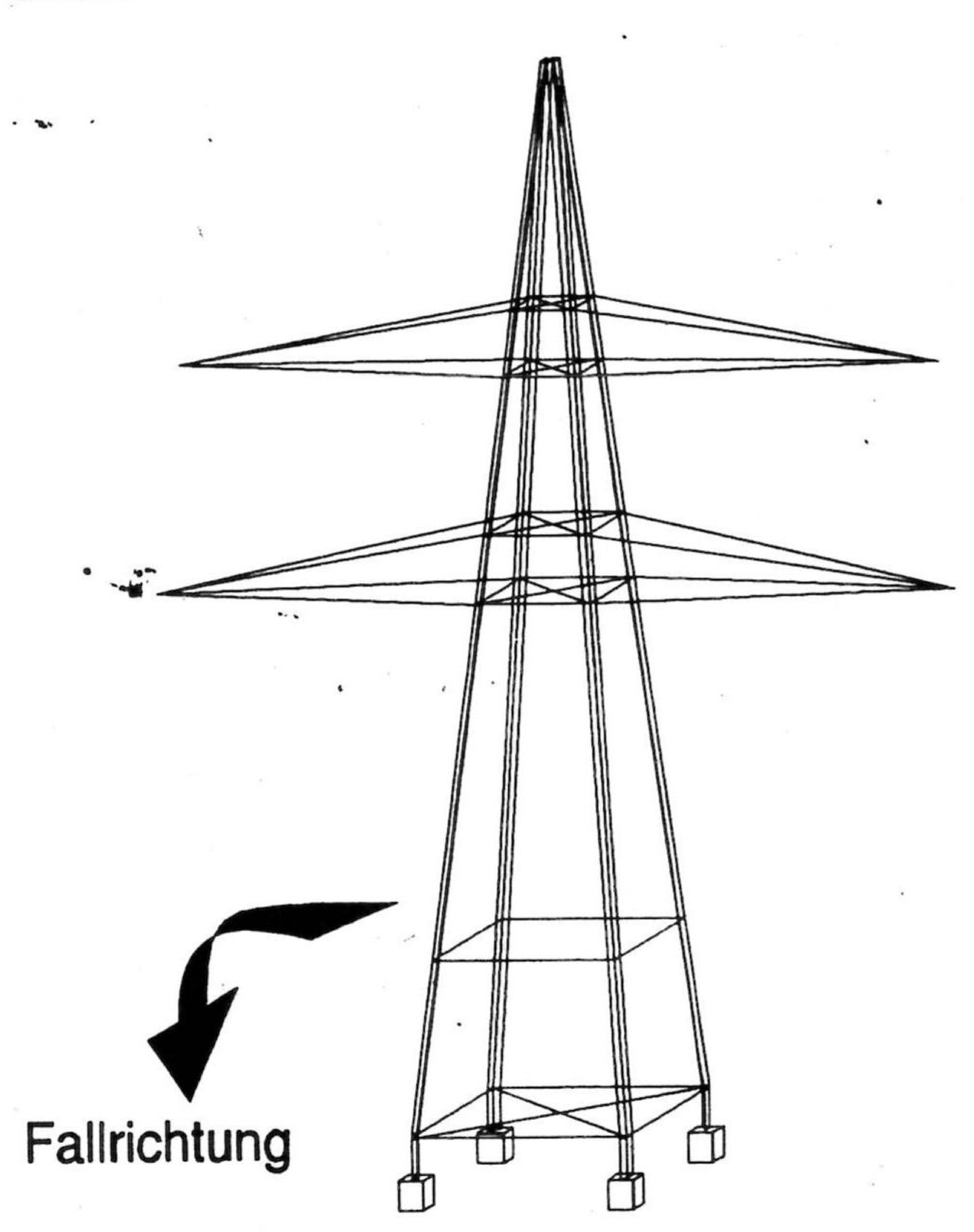
Der Castor – am 9. Jahrestag nach Tschernobyl probt die Atomlobby den Durchmarsch. 7000 Staatsbüttel im Einsatz; 55 Millionen Mark Kosten; politischer Unmut in selten erreichtem Ausmaße. Mit der Sensibilität jenes Elefanten im Porzellanladen kündigt Frau Merkel am Tage dieses Gewaltaktes gleich weitere an (den nächsten Gastor-Transport bereits im Juni).
Das Kalkül ist banal, aber einleuchtend: Wenn der Widerstand sich nicht verläuft, dann wird er eben überrollt. Nach zwei oder drei solcher Inszenierungen – so ihr Gedanke – wird die Wut schon der Resignation weichen, und dann freie Fahrt voraus. Nicht nur für den ollen Müll aus La Hague, auch für neue Musterexemplare dieser überholten Technologie: Zwischenlager in Ahaus, in Greifswald und im Süden der Republik; der Versuch, einen neuen Reaktortyp namens EPR zu etablieren, der zur Zeit von einem französischen Reaktorbauer und der Siemens/KWU entwickelt wird.
Es gibt aber natürlich Handlungsmöglichkeiten gegen diese Schweinereien. Eine Aktionsform , die die Energieunternehmen sehr nervt, und die vor einigen Jahren populär war und massenhaft durchgeführt wurde, ist das Umlegen von Strommasten. Natürlich ist das nicht ganz einfach und ungefährlich, aber auch nicht etwas, was nur von Profis mit Spezialwerkzeugen bewerkstelligt werden kann, wie in Presseberichten suggeriert wurde. Deshalb kommt hier jetzt ein Erfahrungsbericht, bzw. eine Anleitung.



**Strommast umlegen – aber wie?**
Exemplarische Beschreibung: 380 kV-Leitung Magdeburg – Berlin
Der von uns umgesägte Mast war etwa 50 m hoch und bestand aus 4 untereinander verstrebten Pfeilern, die aus Winkelprofilen 11*11cm gefertigt sind, Materialstärke 11 mm. Diese Materialstärke ist noch in absehbarer Zeit durchsägbar. Wir hatten auch keinen Eckmasten gewählt, weil diese wesentlich stabiler sind (ca. 28 mm Materialstärke), und damit nur mit anderen Techniken (z.B. Schweißen) zu machen sind. Die Pfeiler der Masten sind unten, am Betonfundament, verschraubt.

**Arbeitschritte:**
**Mast aussuchen:** Das Objekt der Begierde sollte einsam liegen, so daß mensch sich sicher sein kann, dort mindesten 2-3 Stunden ungestört arbeiten zu können. Der Lärm beim Sägen wird aber oft überschätzt, ein Abstand von 1 km zur nächsten Siedlung reicht aus. Die Gefährdung von Menschen muß ausgeschlossen werden, es ist darauf zu achten, daß der umfallende Mast, oder auch die Stromdrähte, nicht auf Häuser oder befahrene Straßen fallen können. Bei unserer Aktion ist auch ein benachbarter Mast mit umgefallen, es ist also auch darauf zu achten, daß nicht unbeabsichtigt mit umgerissene Masten Menschen gefährden oder den eigenen Fluchtweg blockieren.

**Es werden folgende Werkzeuge benötigt:**
Mindestens **2 Eisensägen**, besser 3 bis 4, damit parallel gesägt werden kann, und ca. 10 zusätzliche **Sägeblätter** bester Qualität.




**Schraubenschlüssel:** Zwei 36er Ringschlüssel, zwei 36er Maulschlüssel und zwei 30er Ringschlüssel und zwei 30er Maulschlüssel. Je mehr Werkzeug da ist, desto mehr Leute können parallel arbeiten. Die angegebenen Maße beziehen sich auf den von uns gewählten Mast, ihr müßt natürlich an eurem Objekt alles noch mal nachmessen (beim Auschecken Schiebelehre mitnehmen). Da die Schrauben sehr fest sitzten können, ist ein geeignetes Rohr, das als Verlängerung für die Schraubenschlüssel benutzt werden kann, sehr sinnvoll.
1 oder 2 **Gummihämmer** und 1 **richtiger Hammer** und ein Dorn zum Raustreiben der gelösten Bolzen.
Ein **Balken** oder Brett – mindestens 2m lang.
Etwas zum Draufstellen, **Hocker** oder ähnliches.
**2 kleine Ölflaschen**, um die Sägeblätter zu schmieren.
**Tip-EX** zum Anzeichnen.

dafür, daß nicht mehr viel Material da ist. Und die ganze Zeit aufmerksam sein, die ganze Sache wird immer labiler.
Wenn Ihr soweit seid, steht der Mast auf der einen Seite praktisch auf 2 Keilen, die durch das Schrauben und Sägen entstanden sind. Das Schrauben hat bei uns ungefähr 1 Std. gedauert, das Durchsägen eines Pfeilers dauert ungefähr 45 min..

Zeichnung 2:
Platten und Bolzen
sind entfernt:
Pfeiler durchsägen

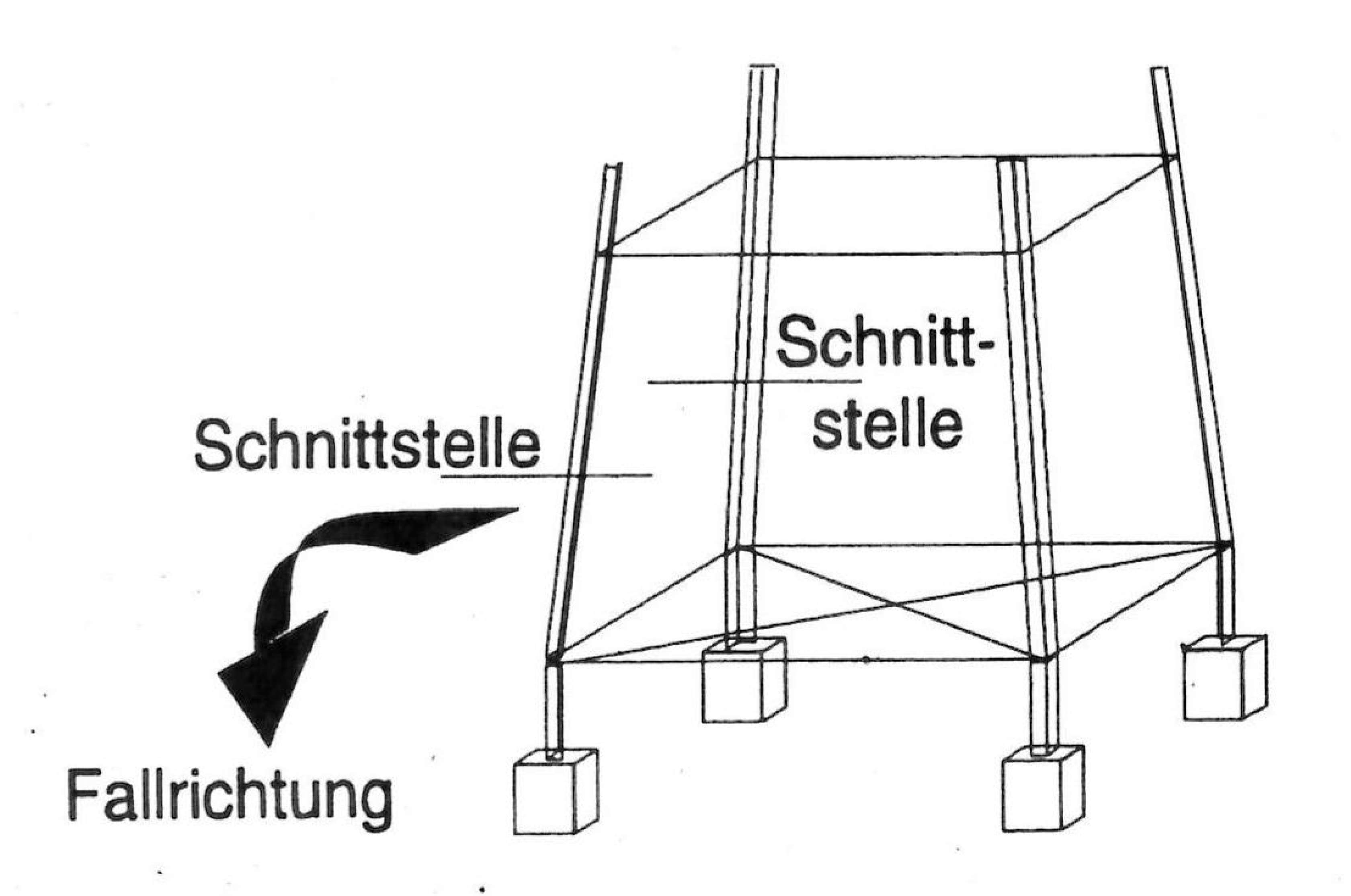
erster Schnitt
zweiter Schnitt
Fall-richtung
ca. 1m
1 bis 2 mm stehenlassen

Außenansicht

Zum Großen Finale wird zunächst alles Werkzeug und was sonst noch so rumliegt eingesammelt, um es mitzunehmen, alle bis auf 2 Leute entfernen sich.
Die beiden stellen sich seitlich neben den Mast, nehmen den mindestens 2 m langen Balken und schlagen damit einen der beiden Keile nach vorne (also in Fallrichtung) raus. Dann entfernen sie sich schnellstmöglich nach hinten.
Was dann passiert, ist unglaublich: Unser Mast fiel sofort und ziemlich schnell unter wahnsinnigem Getöse um. Ein beeindruckenes Schauspiel waren auch die großen Entladungen, die an ein großes Feuerwerk erinnerten. Diese Entladungen fanden dort statt, wo die Stromdrähte auf die Erde knallten, also an der Mastspitze. Nach etwa einer halben Minute, wenn im Umspannwerk die Sicherung rausgeflogen ist, ist dann wieder alles ruhig. Die ganze Sache ist für euch relativ ungefährlich, wenn ihr euch vom Mastfuß ein wenig in die richtige Richtung entfernt habt (wir waren etwa 30 m weg und haben keine Stromstöße registriert), wichtig ist wohl, keinen elektrischen Kontakt mit dem Mast zu haben, sobald er anfängt zu kippen. Allerdings sind der Lärm und die Entladungen kilometerweit zu hören bzw. zu sehen.
Was sonst noch wichtig ist: Wir haben hier nur den technischen Ablauf des Umsägens beschrieben, ihr müßt euch selber überlegen, wie ihr euer Objekt unauffällig auscheckt, wie und mit welchen Fahrzeugen (Spuren) ihr zum Aktionsort hin und wieder weg kommt, usw.. Wir sind damals 8 km zu Fuß durch Wälder und Wiesen, um uns dann mit dem Hubschrauber zu entfernen, aber solche Möglichkeiten hat ja nicht jedeR.
Wir haben hier exemplarisch beschrieben, wie wir die Aktion gemacht haben. Wir denken, das Grundprinzip ist übertragbar: Auf der Seite des Mastes, die in Fallrichtung liegt, werden durch Sägen und Schrauben 2 Keile in die Pfeiler gemacht und dann rausgeschlagen.
Wenn ihr euch einen Mast aussucht, müßt ihr selber nochmal gucken, wie er aufgebaut ist. Materialstärke und Schraubengrößen können anders sein, vielleicht ist der Mast überhaupt nicht verschraubt, dann muß alles gesägt werden, Verstrebungen können stören und müssen entfernt werden, usw..
Was noch ganz wichtig ist: Ihr müßt euch vorher überlegen, was ihr macht, wenn sich jemand bei der Aktion verletzt (welches Krankenhaus, wie hinbringen usw.)
Es kann passieren, daß die Aktion abgebrochen werden muß, in diesem Fall stellt ein angesägter Mast natürlich eine erhebliche Gefahr dar, z.B.für Spaziergänger, weil ja nicht auszuschließen ist, daß er dann doch noch irgendwann unkontrolliert umfällt. Ihr müßt in so einem Fall schnellstmöglich zuständige Stellen informieren. Also auch hier vorher überlegen, wo ihr ohne Risiko anrufen könnt und gleichzeitig sicherstellt, daß die Gefahr weitergemeldet wird.

**Grüße an Peter, Bernhard und Thomas!**

Autonome Gruppen gegen den Strom

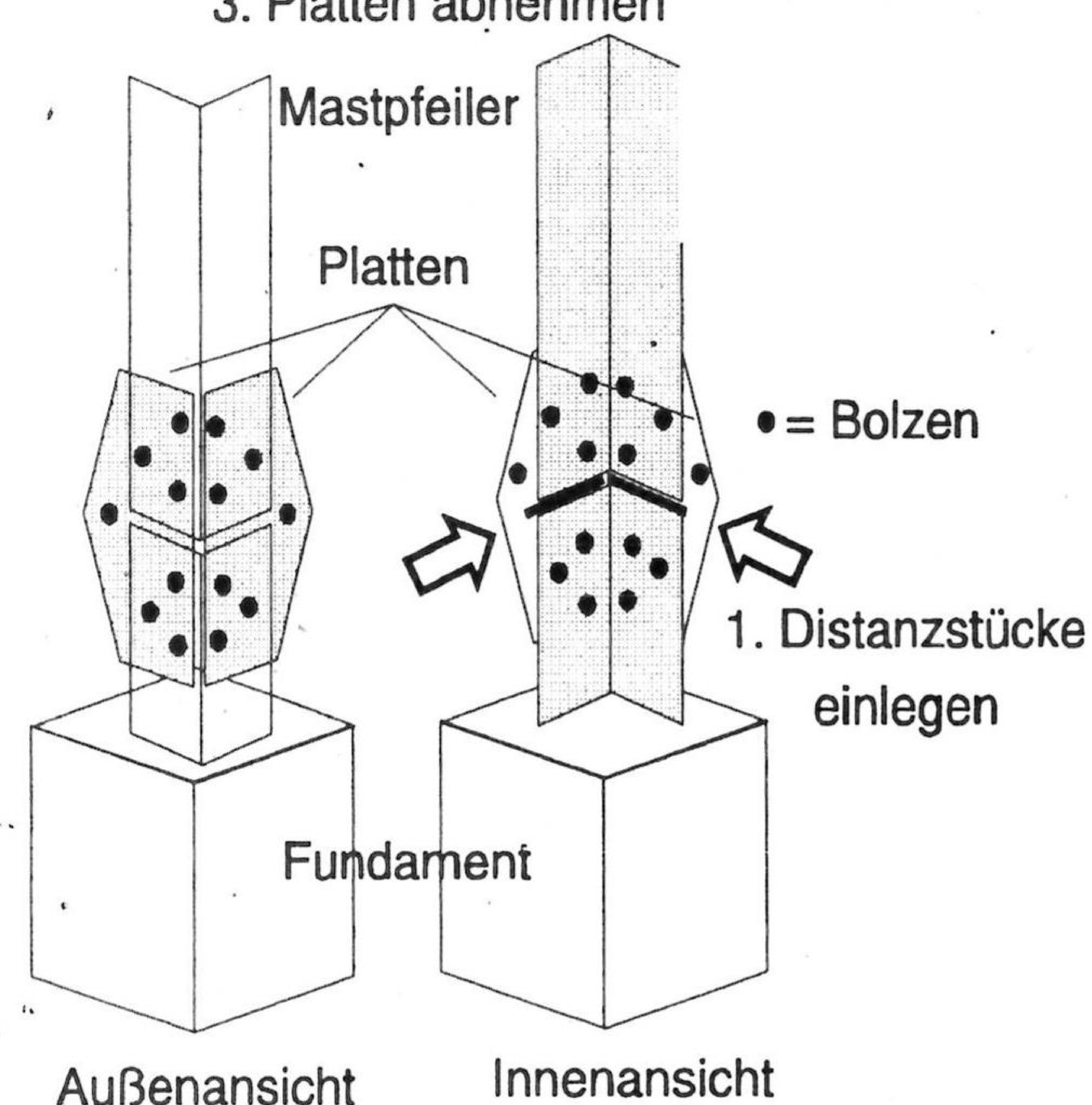


Vier selbstgefertigte **Distanzstücke** aus Stahl: 3*1*1,5 cm. (Vorher am Objekt noch mal ausmessen)
Sonstiges: **Taschenlampen**, **geeignete Kleidung**, Handschuhe.

Alle Werkzeuge müssen neu und ungebraucht sein und natürlich ohne Prints. Sie werden nach getaner Arbeit mitgenommen und möglichst weit weg entsorgt. Werkzeuge hinterlassen typische Gebrauchsspuren, an Hand derer sie von Experten identifiziert werden können. Es ist deshalb gefährlich, Werkzeug mit nach Hause zu nehmen, oder welches zu verwenden, daß mensch vorher schon mal benutzt hat. Auch die Kleidung und die Schuhe sollten später nicht mehr auftauchen, da sich an ihnen sicherlich Eisenspäne und anderes Verräterisches festsetzt, was auch durch Waschen nicht verschwindet.

**Nun geht's los.**
Die Aktion sollte nicht bei starkem Wind gemacht werden, da dann auf einen so hohen Mast starke Kräfte wirken, die das ganze zu einer unkalkulierbaren Sache machen. Wir würden auch davon abraten, bei Regen zu arbeiten, weil wir nicht wissen, welche Auswirkungen das auf die elektrischen Entladungen hat, die beim Umfallen eines Mastes nun mal entstehen. Außerdem können unangenehme Arbeitsbedingungen leicht zu Fehlern und Unaufmerksamkeit führen, und das kann wirklich gefährlich werden.
Für die direkte Arbeit am Mast sind 5 Leute sinnvoll. 4, die arbeiten und 1, die guckt und den Überblick behält und z.B. darauf achtet, ob das Ding vielleicht schon vorzeitig anfängt umzukippen.
**Alle müssen sich ständig in der Nähe des Mastfusses aufhalten, um im Notfall in die richtige Richtung weglaufen zu können.**

Der Mast ist im unteren Bereich wie folgt aufgebaut: an jedem Eckpunkt befindet sich ein Betonfundament, das mit einem kurzen Stahlträger verbunden ist. Die Verbindung zwischen diesem Träger und dem eigentlichen Mast wird durch zwei Stahlplatten pro Ecke hergestellt, die mit Bolzen verschraubt sind. Zwischen den Trägern des Fundamentes und denen des Mastes befindet sich ein ungefähr 1 cm breiter Spalt. Bevor die Schrauben bzw. Bolzen gelöst werden, müssen deshalb die Distanzstücke in diesen Spalt gelegt werden – weil sonst die Schrauben klemmen können und vielleicht nicht rausgehen, sobald die ersten Schrauben gelöst sind und der Mast absackt. (Zeichnung 1)
Nun werden alle Schrauben der insgesamt 4 Platten an den beiden Pfeilern, die in der geplanten Fallrichtung liegen, gelöst. (die anderen beiden Pfeiler werden in Ruhe gelassen, hier wird weder geschraubt noch gesägt.).
Danach werden die Schrauben rausgenommen und die Platten entfernt. Bei festsitzenden Schrauben vorsichtig (wegen Lärm) mit dem Gummihammer nachhelfen. Wenn eine Schraube nicht gleich rausgeht, die nächste probieren, ein bißchen an der Platte wackeln, so müßte mensch nach und nach alles los kriegen. Im Notfall mit dem Eisenhammer und Dorn arbeiten (ist ziemlich laut).
Wenn die vier Platten entfernt sind, ist der Mast auf der einen Seite unten nicht mehr befestigt und ruht auf den Distanzstücken. Man merkt nun schon, daß der Mast die Tendenz hat, zur geplanten Seite zu kippen, weil er sich schon 2 mm nach unten bewegt hat und die Distanzstücke festsitzen. Trotzdem besteht in dieser Phase noch keine Gefahr, daß er umkippt. Anmerkung: Bei unserem Objekt waren an den Platten Diagonalverstrebungen mit verschraubt, die dann praktischerweise gleich mit abgingen. Das kann bei anderen Masttypen anders sein, dann müssen eventuell störende Verstrebungen abgesägt werden.




Nun werden mit Tip-Ex (ist im dunkeln am besten zu sehen) ungefähr 1 m über den gelösten Verschraubungen Markierungen angebracht. Und zwar in Fallrichtung von vorn betrachtet waagerechte und an den Seiten nach schräg hinten oben. (Zeichnung 2)
Danach kann an beiden Pfeilern gleichzeitig gesägt werden und zwar zuerst entlang der waagerechten Markierungen. Dabei die Sägeblätter ölen und hin und wieder auswechseln. Sowohl das Auswechseln der Sägeblätter, als auch das Sägen selber, sollten Ungeübte voher mal ausprobiert haben. Die Sägeblätter werden so eingespannt, daß die Zähne nach vorne zeigen, und der eigentlich Sägeprozeß findet dementsprechend auch beim Nach-vorne-Schieben der Säge statt. Wichtig ist, gleichmäßig und nicht verkrampft zu arbeiten und die Säge nicht zu verkannten.
Wenn die waagerechten Markierungen durchgesägt sind, wird's langsam spannend. Der Mast ist in seiner Stabilität erschüttert, also achtet darauf, ob er sich bewegt, oder auf Knarrgeräusche, damit ihr euch schnell entfernen könnt, falls das Ding unbeabsichtigt umfallen sollte.
Nun wird entlang der schrägen, seitlichen Markierungen gesägt – solange bis an den Ecken nur noch 1 bis 2 mm übrig ist. Wenn das Sägeblatt anfängt zu klemmen, ist das ein Zeichen

Anmerkungen

In der Ausgabe Nr. 337 von INTERIM wird jetzt ein Text publiziert, der den Titel "Die antisemitischen Früchte des Zorns" trägt - er bezieht sich auf eine Phase bundesrepublikanischer Wirklichkeit, die noch bis heute als aktuell gelten kann: antiimperialistischer Kampf in den Metropolen - und hier speziell auch die Legitimität von Angriffen auf israelische Einrichtungen. Die linksradikale Politik in den späten 6oer, den 70er Jahren und teilweise auch noch in den 8oer Jahren hatte für diese Zeit klar formulierte Positionen, die sind nachzulesen; sie mussten nicht immer ausreichend sein und auf alle Fragen, die sich *heute* stellen, schon damals eine Antwort haben, aber sie haben sich, resultierend aus einer materialistischen Analyse, an elementaren Fragen entlangbewegt. Heute hingegen scheint der Zeitgeist zu überwiegen, der in abfälliger und selbstherrlicher Weise den Abgesang der gesamten Geschichte herbeiführen will. Zu diesen Versuchen muss auch der genannte Text gezählt werden: Revisionisten an der Arbeit!

In diesem Text werden einige Zitate aus der Textsammmlung "Die Früchte des Zorns" der RZ/Roten Zora vorgestellt, die allesamt, und das ist typisch für diese Modebewegung einer sogen. selbstkritischen Reflexion, aus dem Zusammenhang gerissen, d.h. von den Ereignisabläufen in den 7oer Jahren getrennt werden. Wenn eine derartige Produktion erscheint, ergibt sich zunächst die Überlegung, was dieser Text heute hier soll? Der Doppelband "Früchte des Zorns" ist bereits vor mehr als 2 Jahren erschienen (auf die "inhaltliche" Auseinandersetzung wird gleich noch eingegangen) und hatte u.a. den Zweck, Konsequenzen aus der 68er Bewegung transparent zu machen.
Es ist noch etwas länger her (Dez. 1991), daß sich in linken Veröffentlichungen der Text "Gerd Albartus ist tot" wiederfand, der den Verfassern der o.g. Kritik aber nicht weit genug zu gehen scheint. Mal abgesehen von der Frage, ob die VerfasserInnen des damaligen Textes zu G. Albartus diesen heute überhaupt noch so schreiben würden. Damals hatte sich innerhalb der RZ dazu eine -z.t. in dem Sammelband veröffentlichte- Auseinander-setzung entwickelt, die zwei Stichworte aufgriff: das Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen und der linke Antizionismus. Wenn jemand also behauptet, aus dem Sammelband zu zitieren, diese Diskussion aber ausläßt, stellt sich die Frage nach dem erkenntnisleitenden Interesse solcher Darlegungen.

Daher kann dieser Darlegung zunächst knapp eine erste These entgegengestellt werden: wenn jemand, abseits historischer Fakten und jenseits einer Analyse, eine Polemik loslassen möchte, sollte er nach seinen Motiven gefragt werden - nichts passiert einfach so! Seine Antwort darauf mag dann sein, daß in linksradikalen Zusammenhängen nach wie vor ein Defizit über das Verhältnis zu Israel bestehe. Dann bleibt jedoch offen, warum er sich -aus Versehen?- heute solche (allerdings keineswegs neuen) Gedanken macht und welches seine Perspektive ist? Zu der damaligen, kurz dargestellten Diskussion weiß der Text zumindest keinen neuen Beitrag zu liefern. Die Erwiderung auf den "Albartus"-Text durch "Tendenz für die internationale soziale Revolution" (Mai 1992), und wie das o.g. Pamphlet damit umgeht, zeigt klar auf, dass hier keine strategieorientierte Debatte läuft, sondern Holz gehackt werden soll. Auf einen groben Klotz gehört dann aber auch ein grober Keil!

Wenn das Wesentliche der Kritik dargestellt werden soll, kommt schon alles an den Tag; da wird, bei der radikalen Linken ein "allzu einfaches politisches Weltbild" angenommen, da wird den bewaffneten Gruppen "Militarisierung als Selbstzweck" unterstellt, der Haß auf die fortgeschrittenen Teile des Kapitals sei ein "Zurück zu den Vollstreckern antimoderner Herrschaft" und im Kampf gegen Israel gehe es "zurück in das völkische Fahrwasser feudaler Fürsten". So weit, so blind! Auch beim eigenen



-think positive?- Anliegen wirds deutlich, wohin die Karre gelenkt werden soll. Nichts als heiße Luft! Denn weder hat er dargelegt, wie er sich die Intervention in der Anti-Atomkraft-Bewegung vorstellt, noch seinen Kampf gegen den Hauptstadtwahn einlösen will oder gar an der Kritik gegen die "Mißbrauch des Mißbrauchs"-Kampagne partizipieren möchte. Mit solchen durch nichts dargelegten Überflieger-Hinweisen soll der Autor sein Papier anderswo unters Volk mischen! Auch der Annahme, der Widerstand im Wendland würde ihn eher an 1938 erinnern..., kann man nur die Polemik ablesen. Das wäre dann wohl so, als würde heute wegen des (zweifellos) vorhandenen Antisemitismus in der Volksbewegung gegen Wyhl der Erfolg - Kein AKW in Wyhl - noch nachträglich in Zweifel gezogen.

Die zweite These leitet sich aus der Veröffentlichung ab: was treibt solche Inhaltsverdreher um, sich zur Definitionsmacht über linke Politik aufzuspielen, mit der er doch nichts zu tun hat? Zwar spricht nichts gegen eine weitere Debatte um den Zio-nismus und die Kritik von links an ihm - dennoch sollte sie mit neuen Elementen vorgetragen werden und nicht ein Abklatsch alter (Vor-)Urteile enthalten: wie es so schön heißt "ohne ideologischen Vorbedingungen und Opportunismus die Verwickeltheit der Individuen in die globalen Macht- und Unterdrückungsstrukturen zu erörtern". Mit diesen abzustreifenden ideologischen Vorbedingungen ist in der Regel bekanntlich das alte und durchaus nützliche Handwerkszeug dialektischer Betrachtung gemeint - wenn der Autor dieses weghaben will, soll er -wenn er das noch nicht gemacht hat- schnellstens überwechseln in das Reich der Herrschaft, dort wird munter und opportun geritten, als wenn es nichts kosten würde - um damit den Weg für die Fortsetzung der Herrschaftsmuster freizukriegen. Was soll man sich mit diesem Blödsinn noch länger befassen?

Bis heute, und auch nicht in dem nun vorgelegten Beitrag, konnte eine halbwegs verbindliche Definition von Antisemitismus geliefert werden, insbesondere dort, wo der (angebliche) Grenzbereich zur völlig legitimen Kritik des Zionismus wäre. Da wird lediglich gemutmaßt, im Nebel herumgedeutet oder -wie vorliegend- alles über einen Kamm gebügelt. Ebensowenig hat der Autor dieser hier vorgelegten Polemik, zweifelsfrei einer modischen Interessenslage zuzuordnen, dazu beitragen können, seinen zweiten Angelpunkt der Argumentation -"die Bevölkerung"- zu konkretisieren. Er behauptet lediglich, kurz wiederholt, zweierlei:

a) "Der Charakter des Antizionismus (sei) eine aktualisierte Form des Antisemitismus" - der Kampf in den 70er Jahren habe als "antizionistischer Antisemitismus...programmatischen Charakter erlangt";

b) in: "Begriff der Bevölkerung (werde ihre) nationale und völkisch Verfasstsein regelmässig ignoriert", es werde von "einer homogenisierten Masse von Beherrschten" ausgegangen, die sich organisieren und zur Wehr setzen solle;

Es ist nicht neu, solche Argumentationen vorzutragen - ebenso wenig neu ist allerdings auch, ihre seltsamen Früchte zu erkennen: solche Schreibtischstrategen sind nicht mehr weit weg von den Schreibtischtätern - sie sollten sich in Acht nehmen! Das erste "Argument" lesen wir nun schon, periodisch wiederkehrend, immer dann, wenn die Kritik an israelischen Zuständen lauter wird. Sie ist also zweckgebunden; der andere, etwas darin verdeckte Hintergrund müßte sich auf die deutschen Gehirnwäschemethoden beziehen: soll er doch seine (Groß-)Eltern, seine Lehrer und andere Mitläufer des Faschismus fragen, was sie fürn Dreck am Stecken haben und wie sie damit umgehen - statt das psychologisch auf Israel umzumünzen. Im zweiten Argument geht dem Autor jegliche Differenzierung verloren, bis er die Frage nach dem revolutionären Subjekt in die Orkus abgeschrieben hat. Das wird wohl auch seine Absicht sein:



Mit solchen dummdreisten Sprüchen bleibt dieser Leidensgesang einer "politischen" Sippschaft hinter dem Stand der Debatte weit zurück - sie treibt wohl eher um, den vielen Kapitulationserklärungen noch eine weitere "Abrechnung" nachzuliefern. Davon gibt es bereits genügend Exemplare, die sich jedoch allesamt als untauglich für eine Weiterentwicklung linksradikaler Strategien erwiesen haben.

Was bringt jemanden dazu, in der Darstellung der RZ-Aktivitäten Kohl und Rüben zusammenzutragen;

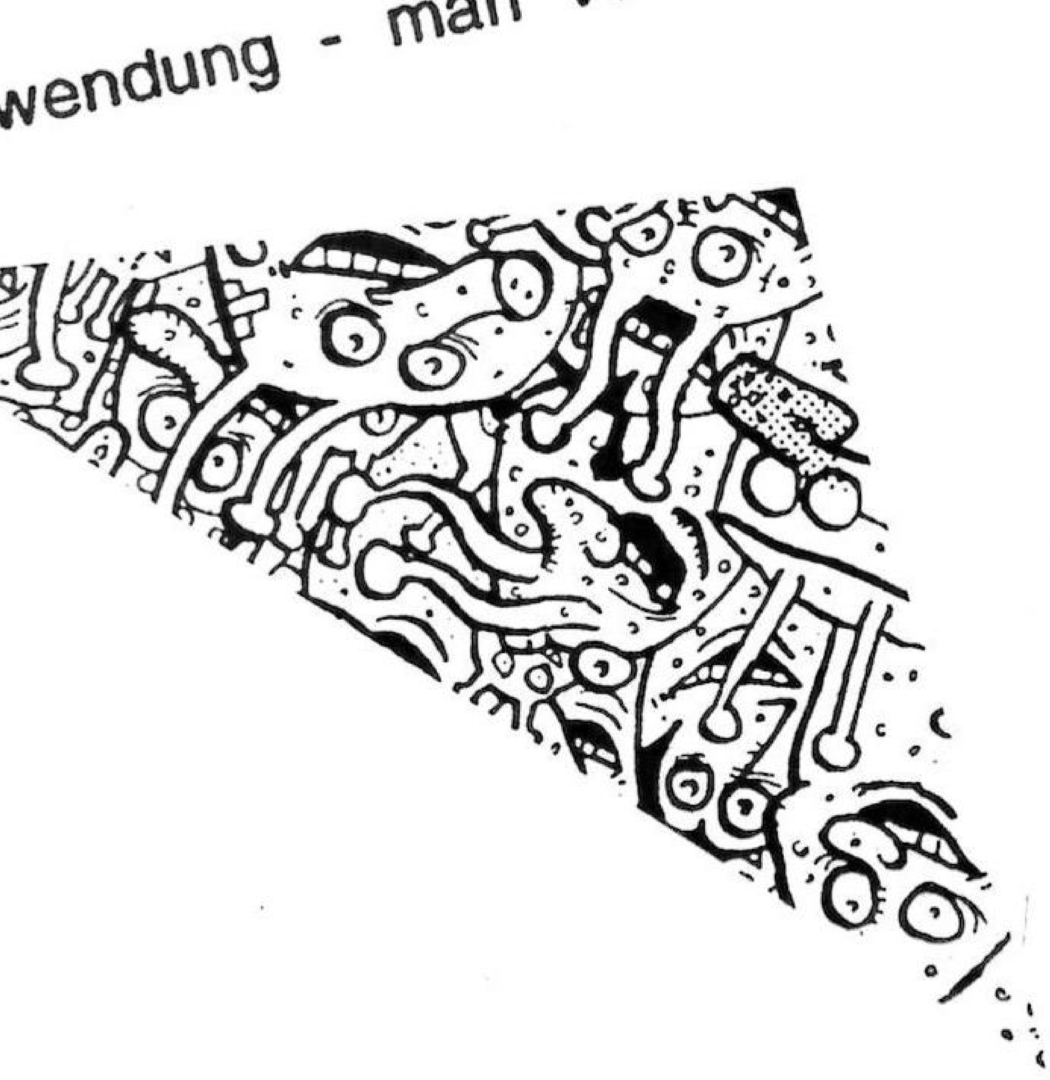
- z.b. den Angriff auf eine israelische Importgesellschaft im Juni 1978, um zwei Zeilen später den Blödsinn zu behaupten, damit seien jüdische Menschen und Einrichtungen angegriffen worden?
- z.b. H.J. Klein als Kronzeugen anzurufen, der von einem geplanten Angriff auf Galinski schwafelte, und sich gleichzeitig der dazu von der RZ gestellten Frage nach den Verbrechen der israelischen Armee zu entziehen?
- z.b. die bis 1974 gelaufenen Aktionen der RZ auf den Angriff gegen den Zionismus als Hauptpfeiler zu reduzieren, während zugleich (dort) auch die Rede ist von Aktionen gegen den US-Imperialismus und solchen, die in den Kämpfen von ArbeiterInnen, Jugendlichen und Frauen weiterhelfen. Auch im Weglassen von Sachverhalten beweisen diese Thesen ihre Qualität...

Das mag zunächst genügend, um kurz zu belegen, dass das Interesse solcher Papiere auf anderem Feld zu suchen ist als in der Fortentwicklung antiimperialistischer Strategien. Sie müssen kurz und knapp als das benannt werden, was sie sind: Desorientierungskampagnen, angereichert mit einer Zitaten-huberei, die von dieser Seite bereits bekannt ist. (Man mag sich vergegenwärtigen, dass hier nicht die erste Breitseite gefeuert wird, sondern seit Ende der 7oer Jahren in zyklischen Bewegungen dieser Mist aufgebrüht wird.)

Man könnte auch noch erörtern, wieso in heutigen politischen Verhältnissen (Gaza-Jericho-Abkommen, PLO-"Friedens"schluss und andere Ereignisse von etwas grösserer Bedeutung, nicht zuletzt die Ergebnisse des Golfkriegs..) aus der BRD solche Gedanken ventiliert werden - dienen sie der ideologischen Abstützung neuer Machtverhältnisse nicht nur in Palästina, die sich nur wenig grundsätzlich von den alten unterscheiden?
Will er -grosszügig- über die Fortsetzung der Unterdrückung nicht nur in den besetzten Gebieten hinwegsehen? Will er an die Ergebnisse des Golfkriegs anknüpfen und so tun, als würden imperialistische Interessen auch im Krieg gegen den Iraq keine Rolle (mehr) spielen? Hier sollten die Karten auf den Tisch gelegt werden! Man könnte..., aber will man mit solchen Typen über Antiimperialismus diskutieren? Unnütz, denn da kommt nichts:
außer der große Clou - sein superschlaues Stichwort:
"Daher ist es die vordringlichste Aufgabe emanzipatorischer Politik, der Formierung partikularistischer Bewegungen ent-gegenzutreten, die dem universalistischen Anspruch auf Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung widersprechen." Haben es alle verstanden, wie gelungen man sich eben ausdrücken kann?

Es war schon immer einfacher, sich in gestelzten Formulierungen der konkreten Arbeit zu entziehen und letztlich festzuhalten, dass Volk sei nun mal blöd ("völkisch") und die Linke immer noch mit der lediglich aktualisierten Version des Antisemitismus verquickt.
Weitere Entgegnung wäre nur Papierverschwendung - man verschone uns mit solchen konterrevolutionären Ergüssen!

arbeitsgruppe kurz & bündig 11.7.95

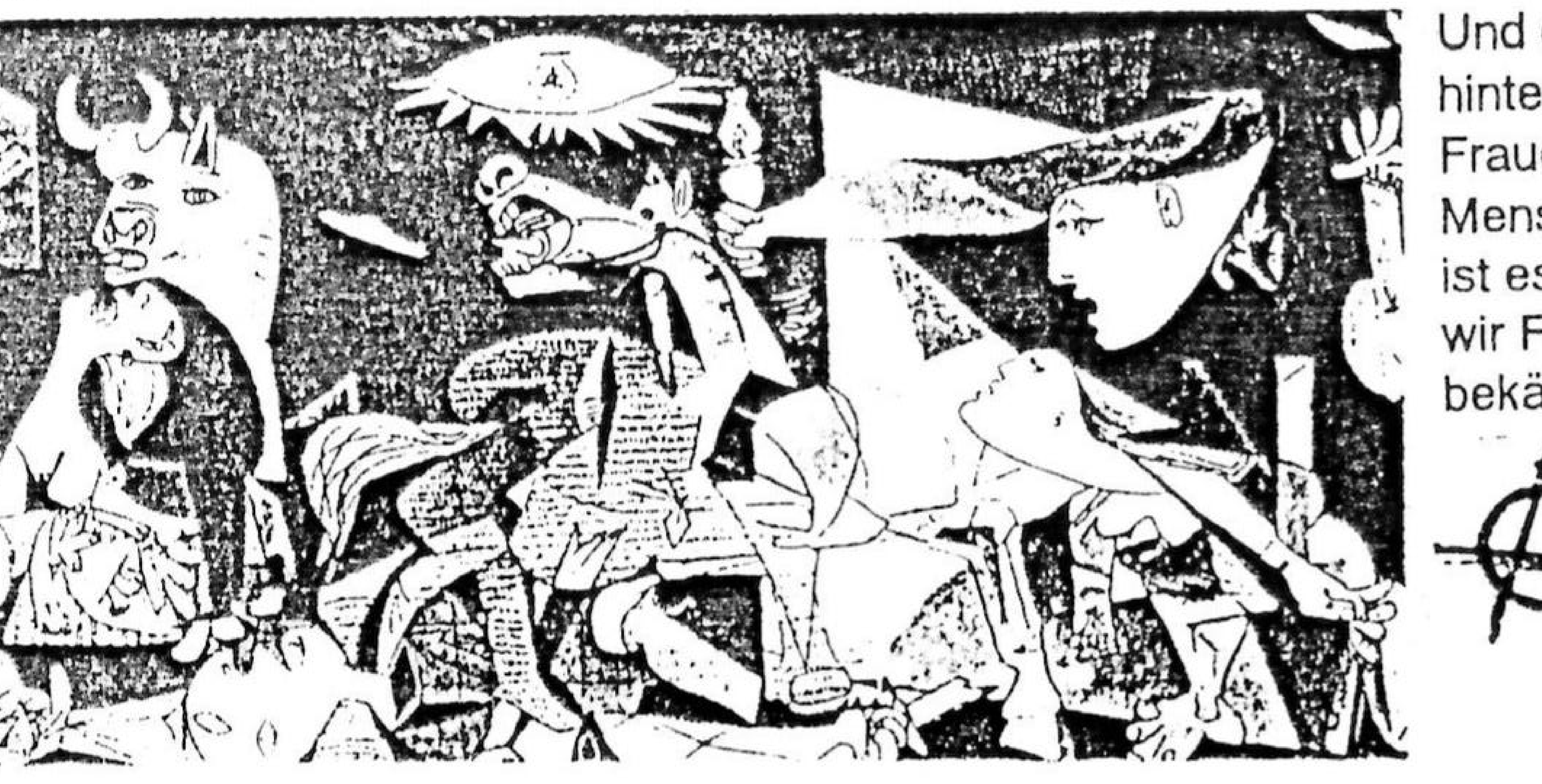




Wir sind heute hier – nicht nur wegen unserem Freund und Genossen WERNER, sondern auch wegen Euch!!!
Doch unsere Grüße und unsere Solidarität gelten nicht allen hinter diesen Mauern.
Und damit meinen wir nicht nur die Schließer, die hier heute ihre Schichrt schieben.
Um es mal ausdrücklich zu sagen und weil es meistens zu kurz kommt, wenn wir mal wieder eine Kundgebung machen.:
Wir stehen hier nicht, um denjenigen von euch, die andere sexuell mißbrauchen oder Vergewaltiger sind, einen öden Samstag-Nachmittag zu versüßen.
Ihnen gilt unsere Wut und unser Haß und nicht unsere Solidarität.

Wir wissen, daß die meisten von euch – scheißegal welcher Nationalität – heute in übelster sexistischer Weise über Frauen reden und morgen gemeinsam mit anderen für bessere Haftbedingungen kämpfen. Wir wissen inzwischen, daß der einfache Mechanismus Gut-Böse nicht funktioniert. Nicht jeder Mann, der gegen seine eigene Unterdrückung und Ausbeutung kämpft, ist bereit zu sehen, daß er an anderer Stelle selber Unterdrücker und Ausbeuter ist.
Doch rassistische und sexistische Anmache, Sprüche, Verhaltensweisen oder Denkmuster können nicht geduldet oder toleriert werden. Dagegen muß eindeutig Stellung bezogen werden.
Egal – ob vor oder hinter den Mauern, egal ob bei anderen oder sich selbst.





Pablo Picasso

Und das gleiche gilt für alle Faschisten hinter diesen Mauern. Als Männer und Frauen, die sich als radikale linke Menschen begreifen und organisieren, ist es für uns selbstverständlich, daß wir Faschisten mit aller Kraft bekämpfen – auch die in den Knästen.

Acción Directa

Hier in Moabit sitzt zur Zeit der Neonazi und Verfassungsschutzspitzel Bela Ewald Althans, der führend mit am Ausbau eines internationalen faschistischen Netzwerkes beteiligt ist. Althans steht zur Zeit vor Gericht, weil er vor laufenden Kameras auf dem Gelände des Konzentrationslagers Ausschwitz die Vernichtung von 6 Millionen Juden und Jüdinnen während der Nazi-Diktatur als Lüge bezeichnet hat.

Laßt ihm und allen anderen Faschisten keine ruhigen Minute im Knast.
Laßt ihnen keine Raum für ihre rassistische und antisemitische Hetze

So – daß war jetzt eine lange Anfangsrede – keine Angst, wir werden nicht die ganze Zeit soviel reden, sondern haben euch auch ne Menge Musik und mehr mitgebracht!!!!!

* Solidarität, Liebe und ne dicke Umarmung für WERNER!!!!!!
* Spezielen Gruß auch an Benjamin Ramos Vega, der wg. angeblicher ETA-Mitgliedschaft hier im Knast sitzt und an die spanische Justiz ausgeliefert werden soll.
* Für eine Gesellschaft ohne Knäste
* Power durch die Mauer bis ..........

tion setzt in fortführung der politik der bush-administration alles daran, die us-führungs rolle zu sichern. wenn clinton sagt: "unsere sicherheit ist abhängig von unserer weiteren führungsrolle in der welt." (state of the union address, 24.1.95), findet das seine entspr chung im exorbitanten "verteidigungs"etat von 264 milliarden dollar im gegenwärtigen haushaltsjahr. wenn sich antiimperialistische politik hier im land auf die auseinandersetzung mit den brd-eliten konzentriert, ist insbesondere folgendes zu berücksichtigen: erstens tritt die brd gemäß dem von bush als "partners in leadership" formulierten prinzip zunehme aktiver an die seite der usa; zweitens unternimmt die brd verstärkt eigenständige schritte als führungskraft des imperialistischen eu-blocks.



"ich habe gar keine andere wahl, als zu kämpfen. und so, wie ich in der vergangenheit gekämpft habe, werde ich es auch in zukunft tun. ich lade euch dazu ein, diesen kampf gemeinsam zu führen." (mumia abu-jamal, ende dez.94)

sämtliche unterdrückungsphänomene, die von der triple-oppression-theorie beschrieben werden, gibt es auf dramatische weise in der zutiefst zerrütteten us-gesellschaft: fast alle führungspositionen in politik und wirtschaft si in der hand der weißen männlichen elite. 40% des vermögen gehören einem prozent der us-bevölkerung. das oberste fünftel der gesellschaft verdient el mal mehr als das unterste fünftel (zum vergleich: in der brd beträgt das verhältnis 5,5:1) die "working poor", das sind fast 40 millionen menschen, bekommen einen so geringen lohn, daß sie auf lebensmittelgutscheine und mietbeihilfen angewiesen sind, obwohl sie sich kapu arbeiten. die unterdrückung der ethnischen minderheiten (native americans, african america puertoricaner/innen, mexikaner/innen usw.) ist extrem; das einkommen z.b. der african amer cans beträgt durchschnittlich nur 58% des weißen einkommens. damit in der tief gespaltener us-gesellschaft die gegensätze nicht permanent so eskalieren wie im april/mai 92 in los ar les, wird ein aggressiver repressionsapparat benötigt. so sind z.b. in der us-hauptstadt, was die männliche bevölkerung der african americans im alter von 18 bis 35 betrifft, 48% entweder im knast, auf bewährung draußen, gegen kaution vorübergehend draußen oder werden per haftbefehl gesucht. die us-eliten und die weiße "mittelschicht", die ihren gesellschaf lichen absturz befürchtet, sind der meinung, daß bei 1,5 millionen inhaftierten die üblicl repressionsmethoden nicht mehr ausreichen. es gibt eine starke tendenz in den usa, die die zügige hinrichtung der 2870 zum tod verurteilten gefangenen fordert. ein vertreter dieser tendenz ist der gouverneur von pennsylvania, thomas ridge: er hat sein wahlkampfversprech erfüllt und durchgesetzt, daß am 2.5. nach 33 jahren die erste hinrichtung während seiner amtszeit vollstreckt worden ist. jetzt für den zeitraum vom 25.7. bis zum 17.8. hat er gle 4 vollstreckungen angeordnet. es hängt jetzt unmittelbar vom internationalen druck aller fortschrittlichen kräfte ab, ob die 4 gefangenen - einer von ihnen ist mumia abu-jamal - tatsächlich hingerichtet werden.

der us-imperialismus betrachtet seinen mittelamerikanischen "hinterhof" als eine art erwe tertes innenpolitisches arbeitsfeld: hier geht es nicht nur um die flüchtlingsabwehr an de südgrenze der usa, sondern um eine umfassende interventionspolitik - mit unterschiedlichst mitteln: das reicht vom kolonialstatus puerto ricos bis zur einbindung des im ausland mit milliarden dm verschuldeten mexiko in die nafta, vom verschärften handelsembargo gegenüber kuba bis zur drohung mit handelssanktionen gegenüber costa rica und von direkten militärinterventionen ( grenada, panama etc.) bis zur ausrüstung der aufstandsbekämpfungsapparate, wie z.b. im kampf gegen die zapatistische guerilla.

bei der durchsetzung seiner weltweiten strategischen interessen bedient sich der us-imperialismus in den 90ern insbesondere seiner dominierenden position im un-sicherheitsrat. drei beispiele mögen dies erläutern:

1) jahrelang haben die imperialistischen staaten unter führung der usa das irakische regime im krieg gegen die iranische republik hochgerüstet und als ordnungsmacht bei der unterdrükkung der kurdischen gemeinden im norden und der schiitischen gemeinden im süden benutzt. als sich der militärapparat des saddam hussein dann 1990 gegen kuwait gerichtet hat und die usa ihre strategischen interessen dort bedroht sahen, haben die imperialistischen staaten in einer konzertierten aktion das irakische volk angegriffen und strangulieren es bis heute. die menschen im irak leiden nicht nur unter den unmittelbaren folgen des barbarischen krieges von 1991, sondern insbesondere unter dem uno-embargo, das vom sicherheitsrat alle 60 tage verlängert wird. seit 1991 ist die sterblichkeitsrate im irak um 500% angestiegen. bei 39% aller todesfälle sind kinder unter 5 jahren betroffen.

2) die usa haben es dem libyschen volk bis heute nicht verziehen, daß sie 1970 ihren größten luftwaffenstützpunkt im ausland, die wheelus field airbase, unter dem druck von ca. 1 million libyschen demonstrant/inn/en aufgeben und in die rhein-main-airbase nach frankfurt verlegen mußten. seitdem lassen die usa nichts unversucht, um die jamahiriya zu provozieren und/oder zu strangulieren. dies reicht von der aggression der us-flotte im golf von sirte 1981 über die bombardierung von tripolis und benghazi 1986 bis zum luftverkehrsembargo, das seit dem beschluß des un-sicherheitsrates vom 31.3.92 alle 120 tage verlängert wird. im rahmen des haddsch ist es zwar am 19.4. einer libyschen boeing 727 gelungen, das embargo zu durchbrechen und in saudi-arabien zu landen; aber es hat nicht nur ökonomische auswirkungen, wenn die jamahiriya jetzt seit 3 jahren vom internationalen luftverkehr abgeschnitten ist; so mußten seit 1992 aufgrund des embargos rund 9000 libyer/innen sterben, weil sie nicht rechtzeitig mit medikamenten versorgt werden konnten.

3) 2350 hektar palästinensischen bodens hat israel seit 1967 im osten von al quds für die verwirklichung zionistischer bauvorhaben enteignet. mit einer resolution wollten andere unsicherheitsratsmitglieder am 17.5. den plan, weitere 53 hektar zu beschlagnahmen, verurteilen. die resolution wurde von den usa zu fall gebracht - mit dem ersten veto seit 5 jahren. "amerika führt jene länder an, die den moslems und den unterdrückten feindlich gesinnt sind. mit seinem veto hat es die empfindungen einer milliarde moslems herausgefordert und drängt sie dazu, schritte zur beendigung dieser feindseligen politik zu tun." (nafes assam, dschihad islami, 18.5.95)

die beiden staaten, die von den usa die größten auslandshilfezahlungen beziehen, sind israel und ägypten (3,0 bzw. 2,1 milliarden dollar in diesem haushaltsjahr). dies hängt damit zusammen, daß beide länder die strategischen partner der usa beim versuch sind, den palästinensischen widerstand zu ersticken. der israelische repressionsapparat kann die zuwendungen gut brauchen - sei es für die sicherheitskräfte, die am 25.6. auf die menschen das feuer eröffneten, die vor dem knast in nablus ihre solidarität mit dem hungerstreik der gefangenen be-

kundeten, oder sei es für den geheimdienst mossad, der am 21.6. muhammad khawaja (dschihad islami) in gaza erschossen hat. eine ähnlich teure angelegenheit für die usa ist es, den ägyptischen folter- u. sicherheitsapparat auszurüsten. trotz härtester repression entschließen sich in ägypten immer wieder menschen (z.b. organisiert in den kämpfenden einheiten von gamaat al-islamiya), das us-marionettenregime anzugreifen. so war es 1981 bei der aktion gegen anwar al-sadat; so ist es auch jetzt am 26.6. beim angriff des kommandos talaat jassin auf die wagenkolonne des hosni mubarak in addis abeba gewesen. nur vor dem hintergrund der aktiven parteinahme des us-imperialismus für das regime des mubarak kann auch der schauprozeß verstanden werden, der seit januar in new york gegen den ägyptischen muslim omar abdel rahman geführt wird.

"das zentrale moment, um das es uns geht, ist, zu zeigen, daß aus der determination der reaktion als international organisierter repression revolutionäre strategie internationalistisch sein muß." (andreas baader/ulrike meinhof, ende april 76)

international stellt sich den antiimperialistischen kräften, die nicht kapitulieren wollen, die frage nach den handlungsspielräumen angesichts der dramatischen überlegenheit der imperialistischen machtblöcke. ein schlüssel zum erfolg ist darin zu finden, daß die antiimperialistischen kräfte zunehmend die engen staatsgrenzen überwinden und den kampf internationalisieren. dabei sind folgende 2 aspekte von bedeutung:

1) der krieg wird in die imperialistischen staaten hineingetragen; dies findet z.b. statt, wenn die militanten kurd/inn/en hier in der brd aktionen durchführen. insbesondere die usa müssen, aufgrund ihrer - oben dargestellten - weltweiten unterdrückungsaktivitäten, befürchten, daß ein neuer typus internationaler militanter in metropolen wie z.b. new york zum angriff kommt. das fbi glaubt, im februar 95 einen solchen militanten in islamabad festgenommen zu haben, und präsentiert ihn als "ramzi ahmed yousef" der weltöffentlichkeit. die medien der imperialistischen staaten, insbesondere die us-medien, greifen das auf und hetzen seit monaten in großer aufmachung gegen ihn. auch der russische machtblock sieht sich damit konfrontiert, daß sich der antiimperialistische krieg nicht auf die peripherie begrenzen läßt: seit die russischen truppen am 11.12.94 mit dem einmarsch in tschetschenien ihren vernichtungsfeldzug begonnen haben, sind 120000 menschen getötet worden, 320000 menschen mußten fliehen; angesichts dieser hoffnungslosen situation hat sich im juni ein tschetschenisches kommando unter der leitung von schamil bassajew dafür entschieden, mit der besetzung von budjonnowsk den krieg nach rußland zu tragen. erst seit dieser aktion ist der russische imperialismus zu verhandlungen mit den tschetschenischen militanten bereit.

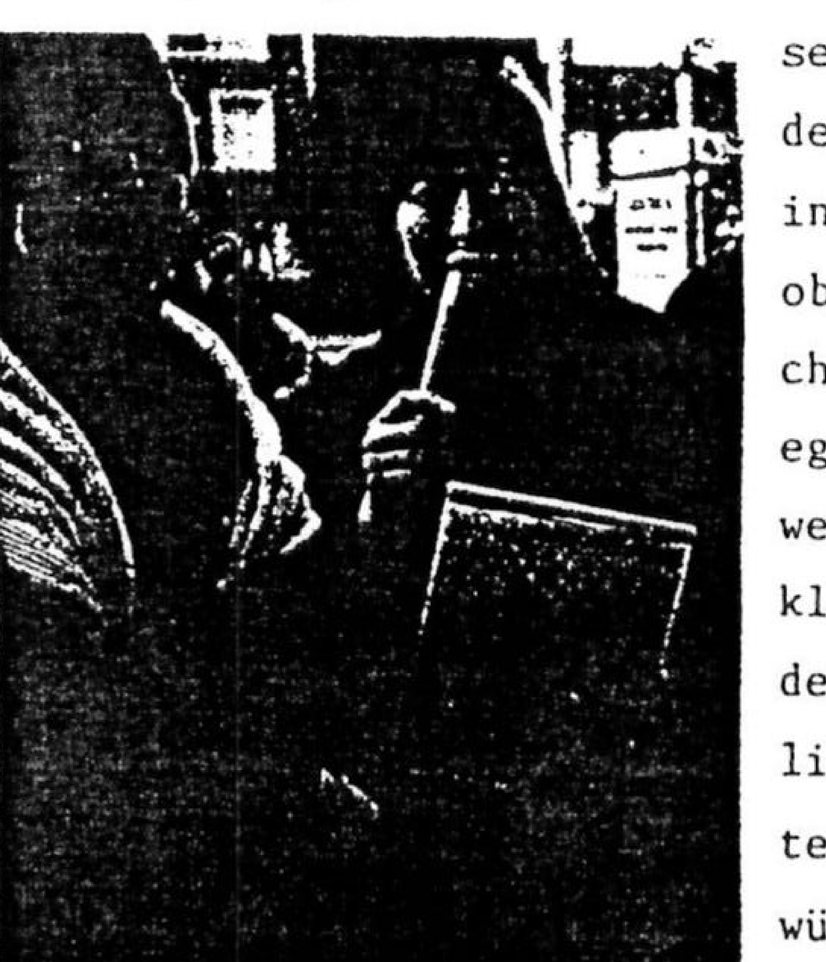
2) über die staatsgrenzen hinweg versuchen sich die antiimperialistischen kräfte zu verbünden - getragen von einem verhältnis gegenseitiger kritischer solidarität.

"the struggle can only be crowned with success when the efforts are joined together, for those who remain weak have no chance of winning the battle. therefore, if we wish to triumph over the imperialist, racist, reactionary and fascist forces, we must unify the struggle of these oppressed peoples and tighten the ranks of the liberation movements in all parts of the world." (aus der rede von mu'ammar al-qaddafi am15.6.82 in der al amal-al akhdar-halle in tripolis)

weil die antiimperialistischen kräfte in den metropolen, der materiellen situation entsprechend, extrem schwach sind, sind sie in ganz besonderer weise darauf angewiesen, sich mit anderen antiimperialistischen kräften zu verbünden. solche bündnisse entstehen nicht durch proklamation, sondern in konkreten schritten, die es erst ermöglichen, von potentiellen bündnispartnern wahrgenommen zu werden. in der metropole ist es nicht nur sinnlos, sondern sogar völlig falsch, schritte zu unternehmen, die sich bewußt auf den "nationalen rahmen" beschränken. sich bei sozialen konflikten in der metropole auf den "nationalen rahmen" zu beschränken, kann der linken zwar kurzfristige erfolge bringen, führt langfristig aber zur stärkung des imperialistischen staates. in der brd ist die politik der partei der grünen hierfür ein besonders deutliches beispiel: die entwicklung verlief in raschen schritten vom ökologischen protest und der entwicklung basisdemokratischer alternativmodelle hin zum koalitionspartner des spd/fdp/cdu-parteienblocks.

das prinzip "zusammen kämpfen" zwischen den antiimperialistischen kräften innerhalb und außerhalb der metropole wird nur wirklichkeit, wenn die schwachen kräfte, die innerhalb der metropole kämpfen, sich in praktischen schritten in beziehung setzen zum kampf antiimperialistischer kräfte außerhalb der metropole. das wiederum setzt voraus, daß die metropolenlinke einen begriff entwickelt vom charakter der aktuellen antiimperialistischen konfliktlinien.

es ist zur zeit sehr deutlich, wie sich die konflikte in der unmittelbaren nachbarschaft zu den imperialistischen machtblöcken häufen. das betrifft zum einen die -oben erwähnten - konflikte im "hinterhof" des us-imperialismus. zum anderen betrifft das jene kämpfe, die in der peripherie der übrigen machtblöcke (eu, rußland, japan) stattfinden: das sind die kämpfe von marokko bis ägypten, von palästina bis tschetschenien und von tadschikistan bis zu den philippinen. vor diesem hintergrund fordern wir in der brd-linken eine auseinandersetzung mit den schwestern und brüdern ein, die dort auf islamischer grundlage kämpfen. diese kämpfe sind sehr grundlegend antiimperialistisch: ihre kraft speist sich aus dem widerspruch zwischen der lebensweise in den imperialistischen staaten und der islamischen vorstellung von einem einfachen und gerechten leben. ein kritisch-solidarisches verhältnis zu den revolutionär-islamischen gruppen bedeutet für uns weder, daß wir unsere grundlegenden prinzipien (die auf der triple-oppression-theorie basieren) verraten, noch daß wir kritiklos die positionen dieser gruppen übernehmen.



der soziale sinn des kampfes entwickelt sich hier in der brd in der konfrontation mit dem, "was während der 80er jahre von oben ideologisch schon vorbereitet worden ist: die verherrlichung des rechts des stärkeren, die dauerparty der profitjäger, egoismus, die verzweifelte leere show, selektion von nicht verwertbarem leben, entpolitisierung und vereinzelung" (christian klar in einem brief vom märz 95).

der antiimperialistische kampf wohnt in den herzen aller friedliebenden menschen, die sich weltweit gedrängt fühlen, militante schritte zu unternehmen, damit ein einfaches und menschenwürdiges leben überall durchgesetzt wird. zusammen kämpfen!

13.7.95 antiimperialistische zelle

## Diskussionsbeitrag zur Päderastiedebatte

In einem Papier in der Interim 334 fordert eine Fraktion gegen Nebenwidersprüche eine Abgrenzung von homosexuellen Männern gegenüber „Päderasten".

Im folgenden noch mal kurz die Wörterbuchdefinition:
*Päderastie: homosexuelle Beziehung zwischen Männern und Knaben bzw. männlichen Jugendlichen*
*Pädophilie: erotische/sexuelle Neigung von Erwachsenen zu Kindern beiderlei Geschlechts.*
Das genaue Alter wird hier nicht mitgeliefert.

In dem genannten Interim-Papier wird Päderastie als Vorliebe erwachsener Männer für Jugendliche/ junge Männer in der Altersgruppe 12-18 definiert.

In Bezug auf die vorherigen Definitionen wollen wir vorab klarstellen, daß wir pädophile Beziehungen zumindest unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ohne wenn und aber ablehnen; es geht uns im folgenden Text um Päderastie, wir fänden es für die weitere Diskussion hilfreich, diese Definition beizubehalten, und nicht ständig beides zu vermischen.
Außerdem finden wir es auch so ziemlich unmöglich, die Altersgruppe 12-18 über einen Kamm zu scheren. Wer mit dieser Altersgruppe auch nur ansatzweise Kontakt hat, wird feststellen, daß schon zwischen zwei gleichaltrigen Jugendlichen immense Unterschiede bestehen können, was ihre Lebenserfahrungen angeht.

Inhaltlich wird die Abgrenzungsforderung so begründet, daß päderastische Beziehungen generell eine Form sexuellen Mißbrauchs darstellen.
Der Mißbrauch ergibt sich demnach aus dem Alters- und damit Erfahrungsgefälle, sowie einer vermuteten materiellen und strukturellen Abhängigkeit des Jüngeren; außerdem wird die Fixierung auf jugendliche/ knabenhafte Körper als funktionales und ausbeuterisches Verhältnis benannt.
Auf diese Analyse gestützt, folgen dann in den darauffolgenden 3 Wochen mindestens 2 Papiere, die einen generellen Ausschluß von Päderasten aus der „Szene" bzw. radikalen Linken fordern.
Diese Diskussion geht uns mindestens 3 Nummern zu schnell.

Auch wenn emotionale/sexuelle Beziehungen unter ***den oben genannten*** Bedingungen in den gegenwärtigen patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen stark ungleichberechtigt sein dürften, oder gar die Vermutung eines Mißbrauchs nahelegen, kann daraus unserer Meinung nach nicht generell abgeleitet werden, daß sexuelle Beziehungen zwischen „Erwachsenen" und „Jugendlichen" immer sexueller Mißbrauch sind.
Demgegenüber sollte mensch unserer Meinung nach auf folgende Kriterien achten:

Es sollte vielleicht wenigstens mal nachgefragt werden, ob in einer Beziehung zwischen einem 17 und 25 jährigen (um bei einem konkreten Beispiel aus dem Text zu bleiben) tatsächlich eine materielle Abhängigkeit des Jüngeren und eine direkte Zwangssituation (Ausbruch aus legalen Verhältnissen) vorliegt, und wenn ja, wie damit umgegangen wird.
Ist es nicht denkbar, daß ein 16/17 jähriger vielleicht schon mit 14/15 klargekriegt hat, daß er eigentlich eher auf Typen steht, schon diverse Erfahrungen mit Gleichaltrigen hatte, und von sich aus auch gerne eine wie auch immer geartete Beziehung zu einem Älteren(Erwachsenen ) haben möchte?
Und auf den „Erwachsenen", den „Päderasten" bezogen, müßte da nicht wenigstens mal geschaut werden, wie er solche Beziehungen lebt? Hinterfragt er sie in einem persönlichen Umfeld mit „gleichberechtigten" Erfahrungesschatz, achtet er selber darauf wie die Jugendlichen drauf sind, aus was für einem Background sie kommen; fängt er grundsätzlich die Beziehungen, die Sexualität an, oder guckt er genauer auf die Bedürfnisse des Jugendlichen, immer alles vor dem Hintergrund eines Erfahrungsgefälles gedacht.
Uns sind übrigens in unserem Umfeld durchaus auch Schwule bekannt, die ihr comming out irgendwo in den 20ern mit Jugendlichen, die sich schon sehr selbstbewußt in der schwulen Sub bewegten, hatten. Auch wenn diese Beispiele nicht die Regel sind, macht es trotzdem deutlich, daß es **keine automatische Verknüpfung von Lebensalter und Erfahrung gibt**

Wir treten damit aber auch der oft gehörten Position „jeder so wie er mag" entgegen und finden sie falsch, da sie unter gegenwärtigen patriarchalen Verhältnissen immer eine Festschreibung von HERRschaftsverhältnissen bedeutet.
Und gerade der letzte Satz gilt für uns besonders auch für „normale" Heterobeziehungen.

Wir finden deshalb die Forderung „Pädos raus" an diesem Punkt politisch falsch und menschlich eine Katastrophe.

Gerade in einer sich als emanzipativ verstehenden radikalen Linken fordern wir, mit Beziehungen reflektierter umzugehen, als gesellschaftlich üblich.
Daß heißt natürlich umgekehrt auch, daß Erwachsene, die solche Beziehungen leben, sich einer Auseinandersetzung im gleichberechtigten Rahmen stellen müssen, wenn dies von ihren Zusammenhängen gefordert wird. Ob das „Machtmittel" Interim zur „Erzwingung der Auseinandersetzung"(so ein Vertreter der Fraktion gegen Nebenwidersprüche in einer Diskussion) beim derzeitigen Stand der Debatte dafür das richtige Medium war, bezweifeln wir allerdings.

**Schwule Antifa Berlin im Juli 1995**



# Politische Überlegungen zum Prozeß gegen die BesetzerInnen der Neuen Wache

**Wir sind einige Frauen und Männer aus der Vorbereitungsgruppe zum Prozeß gegen die Neue-Wache-BesetzerInnen. Wir wollen mit diesem Papier die politische Prozeßvorbereitung transparenter machen, weil es bisher dazu nichts gibt, was seine Ursache darin hat, daß es zum Prozeß keine einheitliche Strategie geben wird. Wir wollen uns aber nicht abgrenzen, sondern eigene Vorstellungen formulieren und damit für andere die Möglichkeit schaffen, nicht nur auf der Ebene prinzipieller Solidarität gegen die politische Justiz, sondern auch konkret und politisch sich zum Prozeß zu verhalten.**

## Die Besetzung der Neuen Wache

Am 9.11.1993, dem 55. Jahrestag der Pogromnacht, wurde die Neue Wache - wenige Tage vor der geplanten Neueröffnung - von AntifaschistInnen aus verschiedenen Gruppen und unterschiedlicher politischer Orientierung besetzt. Die Besetzung hatte die Funktion, Stimmen z.B. von Überlebenden in die Öffentlichkeit zu bringen und überhaupt deutlich zu machen, daß nicht alle die Neue Wache akzeptieren. In der Erklärung heißt es:
*"Während der unterschiedlichen Gruppen der Opfer des Faschismus mit-gedacht wird, sehen sich die Angehörigen dieser Gruppen in diesem Land erneut Verfolgung ausgesetzt: Was nützt den Behinderten eine Gedenktafel, wenn sie immer öfter auf der Straße überfallen werden und akademische Kreise über ihr Recht auf Leben erneut diskutieren? Was den Roma und Sinti eine Gedenktafel, wenn sie weiter öffentlich diskriminiert und zu tausenden außer Landes geschafft werden? Was nützt den Jüdinnen und Juden eine Gedenktafel, wenn der Antisemitismus in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen wieder offen zutage tritt? Solange für all diese Gruppen eine erneute Verfolgungs-und Bedrohungssituation besteht, solange sprechen wir diesem Land das Recht ab, ihrer heuchlerisch zu gedenken. Da die 'Zentrale Gedenkstätte' kein Ort des Gedenkens für die Opfer des Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren."*
Vor der Besetzung fand eine Pressekonferenz statt, auf der VertreterInnen verschiedener Gruppen ihre Opposition zur Neuen Wache erklärten. Auch während der Besetzung wurden die Pressemappen mit den Stellungnahmen verteilt. Die Besetzung bestand darin, daß sich Leute im Eingang angekettet hatten und andere mit Transparenten vor dem Eingang standen. Nach zwei Stunden wurde geräumt. Die Aktion wurde daraufhin in den folgenden Tagen als Auftakt für "Krawalle" zur Eröffnung in den Medien verkauft, um den massiven Polizeieinsatz zur Einweihung zu rechtfertigen. Sicherlich hat die Besetzung noch einmal auf den Skandal der Neuen Wache hingewiesen und Leute mobilisiert, direkt zur Eröffnung ihren Protest gegen die Ein-Opferung der TäterInnen auf die Straße zu tragen.

## Nach der Besetzung

Ein dreiviertel Jahr nach der Besetzung bekamen die während der Räumung festgenommenen Frauen und Männer Post vom Gericht: Sie sollten sich beim Polizeipräsidenten für ihr Verhalten während der Räumung entschuldigen. Dieses Ansinnen wurde in einer gemeinsamen Erklärung zurückgewiesen.
Politisch konzentrierte sich die Arbeit der Gruppe, die aus der Besetzung hervorgegangen war, auf den angekündigten Besuch von Clinton in der Neuen Wache. Ohne eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, war es dennoch ein Erfolg, daß Clinton statt in die Neue Wache in die Synagoge in der Oranienburger Str. ging.
Im Zusammenhang damit traten die politischen Unterschiede stärker hervor, als das bis dahin der Fall war. Konkret ging es in dieser Auseinandersetzung darum, ob sich die Gruppe als eigenständiger politischer Zusammenhang konstituiert oder in der eher lockeren Form als kleines Bündnis weiterarbeitet. Schon kurz nach der Besetzung war es so, daß eine Reihe Leute, die einfach andere Prioritäten in ihrer politischen Arbeit hatten, sich aus der weiteren Arbeit zurückgezogen hatten. Daß das so war, war aber auch allen Beteiligten klar: Die Aktion war kurzfristig zustandegekommen und die Beteiligten ein bunt zusammengewürfelter Haufen.
Als dann die Strafbefehle etwa ein Jahr nach der Besetzung eintrudelten, ging es für alle noch einmal um die Entscheidung, entweder Widerspruch einzulegen oder zu bezahlen. Damals entschieden sich alle für den Widerspruch gegen die Strafbefehle und damit für einen Prozeß. Daß sich der Prozeß dann noch einmal fast ein Jahr hinauszögern würde, konnte damals nicht eingeschätzt werden.

## Warum ein Prozeß nach zwei Jahren?

Die Frage, warum sich die Justiz sehr viel Zeit mit dem Prozeß gelassen hat, kann u.E. nur politisch beantwortet werden. Die Prozesse, die es wegen der

Proteste gegen die Eröffnung gegeben hat, wurden Ende letzten Jahres abgeschlossen. Nachdem der zuständige Richter zunächst die Provokation mit den Entschuldigungen gestartet hatte, um dann die Strafbefehle zwischen 400 DM und 1200 DM auszustellen, war klar, daß ein Prozeß in dem Zeitraum vor dem 8. Mai, dem 50. Jahrestag der deutschen Niederlage und der Befreiung der besetzten Länder und der Konzentrationslager, stattfinden könnte. Einen Prozeß gegen Leute, die sich gegen den staatlichen Geschichtsrevisionismus gewehrt haben, ausgerechnet in einer Zeit, in der Deutschland im Mittelpunkt des internationalen Interesses stand, hätte dem Interesse, Deutschland als "geläuterte" Nation zu präsentieren, Abbruch getan; wohl auch deswegen, weil die Besetzung vor allem international Aufsehen erregte. Jetzt soll der Prozeß in der Sommerpause stattfinden, Ziel der Justiz scheint es zu sein, möglichst wenig öffentliche Reaktionen zu bekommen.

---

**Der Prozeß beginnt am Freitag, dem 4.8., um 9 Uhr, Amtsgericht Tiergarten, Turmstr. Wir treffen uns schon um 8. 30 Uhr vor dem Gericht. Am 3.8. wird es eine Veranstaltung geben, bitte achtet auf Hinweise!**

---

Aus diesem Vorgehen wird schon deutlich, daß die Justiz auf der einen Seite diesen Prozeß will, auf der anderen Seite jedoch die Sache sehr niedrig hängt. Angeklagt ist auch kein politischer Zusammenhang, sondern 9 Einzelpersonen, die sich zur Besetzung als Bündnis zusammengefunden haben. Daraus ergibt sich für uns, daß dieser Prozeß in erster Linie die Funktion haben soll, die Besetzung, die auf einem sehr niedrigen Konfrontationsniveau ablief, juristisch abzuwickeln, wobei von Seiten der Justiz nicht das Interesse besteht, den Widerspruch, den die Besetzung darstellte, politisch zu delegitimieren. Dazu wären andere Anklagepunkte vonnöten als Hausfriedensbruch, Widerstand und in einem Fall Beleidigung. Zum Prozeß sind bisher nur PolizeizeugInnen geladen, was auch noch einmal deutlich macht, daß es in erster Linie um die Räumung, nicht aber um die Aktion selber gehen soll. Das heißt, es geht darum, die Besetzung über die Räumung zu kriminalisieren, und damit auch, den politischen Zusammenhang, in dem diese Besetzung stand und bis heute steht, zu negieren.
Die Frage, die sich daraus ergibt, ist:

## Wie führen wir dann den Prozeß?

Wenn wir von "wir" reden, meinen wir nicht nur die Angeklagten, sondern alle, die politisch Verantwortung für die Besetzung der Neuen Wache und die Proteste übernommen haben. In der bisherigen Prozeßvorbereitung besteht über die Prozeßführung keine Einigkeit. Deswegen wollen wir etwas sagen zu unseren Vorstellungen, wie es gehen könnte. Bisher besteht Einigkeit nur in der Frage, daß es keine Aussagen der Angeklagten geben wird. Darüberhinaus ist bisher nicht klar, wie der Prozeß politisch geführt werden soll.

Für uns sind zwei Punkte für den Prozeß wichtig:

1. Zu verhindern, daß der Prozeß den politischen Zusammenhang der Aktion negiert und damit die Proteste gegen die Neue Wache entpolitisiert und darüber abgewickelt werden. Das heißt, deutlich zu machen, daß dieser Prozeß - wenn auch auf einem ganz anderen Niveau als die Neue Wache selbst - auch eine geschichtsrevisionistische Dimension hat. Seit der Wiedervereinigung soll es ruhig sein im Lande. Dort, wo es nicht ruhig ist, soll die Ruhe darüber hergestellt werden, daß der Widerspruch nur noch entpolitisiert wahrgenommen wird. Das gilt für eine Reihe Aktionen in den letzten Jahren, die nur noch als "Gewalt" oder irgendeine Form von Renitenz in den Medien auftauchen.
Es geht darum, den politischen Erfolg der Aktion - die Parole "Deutsche Täter sind keine Opfer" ging rund um die Welt, die Dimension staatlichen Geschichtsrevisionismus wurde erstmals breiter öffentlich diskutiert - zu verteidigen.
Eine Konsequenz daraus ist, sich nur sehr begrenzt auf die Widersprüche und Lügen der PolizeizeugInnen einzulassen. Daß sie lügen, wissen wir schließlich.

2. Die Besetzung der Neuen Wache sollte denen Gehör verschaffen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht gehört wurden. Mit der Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß wollen wir daran anknüpfen und Überlebende und andere zum Prozeß einladen, die sich gegen die Revision der Geschichte zur Wehr setzen.
Es geht darum, die politische Dimension dessen deutlich zu machen, was die Revision der Geschichte für uns bedeutet. Uns geht es um eine Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß, die deutlich macht, daß sich der Geschichtsrevisionismus nicht nur auf den Nationalsozialismus bezieht, sondern viele Bereiche umfaßt. Unter anderem auch den subjektiven Aspekt des Umgangs mit der eigenen Geschichte.

**Dieser Prozeß ist in unseren Augen ein Teil der Abwicklung auch der Geschichte von Aktionen (und seien es noch so kleine), die sich gegen den Geschichtsrevisionismus gerichtet haben und richten.**
**Es geht um die minimale Möglichkeit, Brüche im nationalen Konsens durch Aktionen publik zu machen.**

*Einige Frauen und Männer aus der Prozeßvorbereitung, Mitte Juli 95*

## DRINGEND!

Brüssel, den 14. Juli 1995

**Pressemitteilung Nr. 1**

**10.000 Kriegsgefangene haben mit ihrem Hungerstreik in der Türkei begonnen**

Seit dem 14. Juli 1995 haben mehr als 10.000 Kriegsgefangene Kurdistans in den türkischen Gefängnissen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um mit der einzigen Waffen, die ihnen zur Verfügung stehen, mit ihrem Körper, gegen den barbarischen und kolonialistischen Krieg des türkischen Staates und für einen Frieden im Sinne des türkischen und kurdischen Volkes zu kämpfen, und um endlich das Leid von Millionen von Menschen so schnell wie möglich zu beenden.

Die Hungerstreikenden haben folgende Forderungen aufgestellt:

1) Die Unterstützung und Ermutigung der Aufrufe des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, zu einem Dialog müssen der erste Schritt auf dem Wege zu einer politischen Lösung sein.
2) die Einhaltung der in den Genfer Konventionen niedergelegten Schutzregeln für Kombattanten in Kurdistan muß überwacht und sichergestellt werden.
3) Die Morde an Zivilisten, Massenhinrichtungen, Folter in den Gefängnissen und das Niederbrennen von Siedlungen müssen zu einem Ende kommen.
4) Alle Kriegsgefangenen in türkischen Gefängnissen müssen als offizielle Kriegsgefangene (Prisoners of War, POW) klassifiziert werden.
5) Alle militärischen Operationen mit der Ausrichtung, unser Volk zu vernichten, müssen aufhören.
6) Unter der Aufsicht von UN und internationalem Roten Kreuz müssen monitoring committees (Überwachungskomitees) gebildet und nach Kurdistan entsandt werden, um den Krieg und die Haftbedingungen zu überwachen.

Der türkische Staat hat die Genfer Konventionen zwar unterzeichnet, aber die daraus resultierenden Verpflichtungen werden in dem Krieg in Kurdistan nicht eingehalten.
Die westlichen Staaten, die sich dieser Tatsache sehr wohl bewußt sind, warnen den türkischen Staat hinsichtlich der Verletzungen dieses Abkommens keineswegs und unternehmen keinerlei Anstrengungen, sie zu einer Einhaltung der Konventionen anzuhalten.
Im Lichte dieser Realität haben die 10.000 Hungerstreikenden ihre Aktionen begonnen und sind entschlossen, sie nicht eher auszusetzen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Nähere Informationen zu dieser Aktion sind unter obenstehender Adresse zu erhalten. Wir werden regelmäßig weitere Mitteilungen veröffentlichen und rufen zu Solidarität gegenüber dieser Aktion und Sensibilität gegenüber dem schmutzigen Krieg in Kurdistan auf.


**BÜRO FÜR SOLIDARITÄT**
*mit dem Hungerstreik der 10.000 Kriegsgefangenen*
**aus Kurdistan in der Türkei**
**1040 Bruxelles - Belgien**
**Rue des Guildes 14**
Tel. 0032 - 2 - 280 06 54
Fax. 0032 - 2 - 23 092 08


---

## Presseerklärung zu Rifat Çolak

Augsburg, den 08.07.95

Rifat Çolak hat seinen Hungerstreik in der JVA Augsburg nach zehn Tagen ausgesetzt.

Bereits zwei Tage nach dem Beginn seines Hungerstreiks ließ ihm die Knastleitung "psychologische Betreuung" zukommen, d.h. es wurde versucht, Rifat Çolak von seinem Hungerstreik abzubringen.

Nachdem ihm, wie berichtet, schon vor Beginn seines Hungerstreiks verschiedene Zeitungen unter anderem "Yeni Politika" nicht ausgehändigt worden waren, erhält Rifat Çolak heute offensichtlich keinerlei Zeitungen in Türkisch (Rifat sprich kein Kurdisch). Auch das deutschsprachige "Biji" wird ihm nicht mehr ausgehändigt.

Das zuständige Landratsamt Roth setzte Rifat Çolak massiv unter Druck. Falls er seinen Hungerstreik weiter fortsetze, werde er umso schneller abgeschoben, nämlich bevor seine Gesundheit derart gefährdet sei, daß er nicht mehr reisefähig sei. Im Falle der Beendigung seines Hungerstreiks würde er nicht vor Verbüßung der Halbstrafe, d.h. nicht vor Oktober, abgeschoben werden bzw. nicht vor seiner Berufungsverhandlung, deren Termin jedoch noch nicht feststeht. Allerdings ist diese Aussage des Landratsamts einigermaßen zweifelhaft, weil sie nicht rechtsverbindlich ist.

Sollte eine neuerliche Veränderung eintreten, ist Rifat Çolak laut eigener Aussage jederzeit bereit, den Hungerstreik wieder aufzunehmen.

In der Zwischenzeit bemüht sich sein Rechtsanwalt um eine Wiederaufnahme des Asylverfahrens.


EA-Augsburg
Ravenspurgerstr. 41
86150 Augsburg
Tel.: 0821/54 46 63
Fax: 0821/54 44 87

Ermittlungsausschuß Augsburg

# HUNGERSTREIK GEGEN DIE DISKRIMINIERUNG DER KURDEN UND KURDINNEN IN DER BRD !

Der türkische Staat führt seit seiner Gründung eine Politik der Vernichtung und Verleugnung gegenüber dem kurdischen Volk. Dieser Krieg hat in der letzten Zeit eine erschreckende Dimension angenommen. So waren die Menschenrechtsvereine in der Türkei gezwungen, die folgende Bilanz der Situation zu ziehen: Tausende ermordete Menschen, über 2000 zerstörte Dörfer und ganze niedergebrannt Landstriche. Zwangsdeportationen und Liquidationen sind auf der Tagesordnung.
Während der türkische Staat eine Politik der Verbrannten Erde betreibt, besteht die Politik der Bundesrepublik darin, weiter Kriegswaffen unermeßlicher Mengen an die türkische Regierung zu liefern, die dort nachgewiesenermaßen tagtäglich gegen das kurdische Volk eingesetzt werden.
Die Bundesregierung fördert den Massenmord nicht nur durch wirtschaftliche und militärische Unterstützung an die Türkei sondern auch mit ihrer Politik gegen die 500.000 hier lebenden Kurden. Sie kriminalisiert die Kurden, die für eine politische Lösung der Kurdenfrage eintreten. Kurdische Parteien und Vereine werden verboten, kurdische Politiker werden verhaftet; Kurden werden zu Spitzeldiensten angeworben; die Vereine werden überwacht.

Je mehr die Kurden die deutsche Beteiligung an dem schmutzigen Krieg in Kurdistan an die Öffentlichkeit bringen, desto aggressiver reagiert die Bundesregierung. Die Erschießung des 16jährigen kurdischen Jugendlichen Halim Dener am 1.07.1994 ist bisher das blutigste Resultat dieser Politik. In der Europäischen Union hat die Bundesregierung sich zum Anwalt der Türkei erklärt. Die Bundesregierung möchte die Kurdenpolitik der türkischen Regierung in Deutschland fortführen. Während sich die Türkei aufgrund ihrer Kurdenpolitik in der EU immer weiter in die Isolation treibt, vertieft die Bundesrepublik ihre Beziehungen zur Türkei.
Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan bekräftigte in seinen letzten Interviews mit „REUTERS" und „Stern" nochmals seine Bereitschaft zu einem Waffenstillstand und zu einem Dialog über eine politische Lösung in Kurdistan. Während zu diesem Angebot der PKK viele Länder eine Stellungnahme abgeben, sieht die Bundesregierung keinerlei Veranlassung zu dem Angebot Stellung zu nehmen. Obwohl die Bundesregierung hier eine vermittelnde Rolle für eine politische Lösung übernehmen kann, blockiert sie mit ihrer derzeitigen Kurdenpolitik solch einen Schritt. Trotz des Dialogvorschlages der kurdischen Seite hält die Bundesregierung an ihrer kurdenfeindlichen Politik fest. **Jegliche Freiheiten, die im Grundgesetz noch für alle Bürger garantiert sind, verlieren ihre Geltung jetzt schon wenn es um die Kurden geht**
So wird z.B. durch das Verbot der PKK, ERNK und mehreren kurdischen Vereinen das Organisationsrecht außer Kraft setzt. Ebenfalls wird das Informationsrecht der Kurden mit Füßen getreten. Seit der Demonstration der Kurden am 17. 06. 1995 in Bonn, bei der 200.000 Kurden noch einmal gezeigt haben, daß sie sich durch die Kriminalisierung nicht einschüchtern und zum Schweigen bringen lassen, hat die Bundesregierung ihre Angriffe gegenüber den Kurden vermehrt.
So durchsuchte die Polizei die Räume von YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), beschlagnahmte dabei das Fax-Gerät und nahm den 2. Vorsitzenden für einige Stunden fest. Einen Tag später durchsuchte die Polizei in Hamburg und Frankfurt die Vereinsräume. Am 27. Juni 1995 durchsuchte die Polizei im Rhein/Main-Gebiet 91 Wohnungen und nahm dabei mehrere Kurden fest. Die Bundesregierung möchte mit so einer groß angelegten Aktion den Kurden das Signal vermitteln: „Wenn ihr euch hier politisch betätigt, so können wir euch willkürlich aufsuchen und euch verhaften oder abschieben". Sie erhoffen sich, die Kurden durch solcherlei Einschüchterungsversuche von ihrem Kampf zu isolieren.
**Wir als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland YEK-KOM, die kurdischen Vertreter in den Ausländerbeiräten und die Familien, deren Wohnungen durchsucht worden sind, haben beschlossen, unseren Protest gegen die bundesdeutsche Kurdenpolitik mit einem unbefristeten Hungerstreik, in den wir ab dem 04. Juli 1995 eintreten, zum Ausdruck zu bringen.** Desweiteren schließen wir unsere Vereine für eine Woche. An den Türen der Vereine werden schwarze Tücher als Zeichen des Protestes angebracht. Während dieses Zeitraumes werden Mitglieder unserer Vereine in jeder größeren deutschen Stadt einen Infotisch aufstellen, an dem Sie mehr über unsere Situation in Kurdistan, der Türkei und in Deutschland erfahren können.

**Wir fordern:**

- **Die Verbote von kurdischen Organisationen, Vereinen und Institutionen müssen aufgehoben werden !**
- **Die deutsche Regierung muß auf die türkische Regierung Druck in Richtung einer politischen Lösung ausüben !**
- **Die kurdische Identität muß auf sozialer, kultureller und politischer Ebene anerkannt werden !**
- **Die kurdischen Vereine und ihre Föderation müssen als offizielle und legitime Vertreter des kurdischen Volkes anerkannt werden !**

**STOPPT DIE DISKRIMINIERUNG VON KURDINNEN UND KURDEN IN DER BRD !**

**YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.)**

# ANTIMILITARISTISCHE SOMMERAKTIONSTAGE !!

## gegen das Bombodrom Wittstock vom 21.8.-28.8.1995




Nur 80km nördlich von Berlin, direkt neben der Rheinsberger Seenplatte, will sich die Bundeswehr ein riesiges Wald- und Heidegelände von 142 km² aneignen, um Europas größten Bombenabwurfplatz darauf einzurichten. Im Zuge der zunehmenden Militarisierung deutscher Außenpolitik sollen dort Kampfeinsätze und Bombardements geübt werden, um sogenannte "Krisenreaktionskräfte" für Krieg und Mord einsetzbar zu machen.

### KEIN BOMBODROM IN WITTSTOCK UND NORD-IRAK !

Neben Nord-Irak toben derzeit rund 40 Kriege. Die NATO vertritt ihre Interessen insbesondere mit Luftwaffeneinheiten.

Wir planen daher vom 21.8.-28.8.'95 ein Aktionscamp mit Menschen aus allen Bundesländern direkt neben dem Platz. Wir wollen die Auseinandersetzung über Antimilitarismus, Ökologie, Aktionsformen und menschenwürdige Lebensverhältnisse mit konkreten Aktionen auf dem Platz und Kunst & Musik verbinden.

**Weitere Informationen: FREIe HEIDe Berlin / Potsdam**
c/o Anarchistischer Laden; Rathenowerstr.22; 10559 Berlin
T:030/401 3426 Fax: 030/394 6167

Kyritz-Wittstock-Ruppin

**für eine FREIe HEIDe**

## Zu beFREIende HEIDelandschaft

Nach 1945 über 40 Jahre lang durch das Militär der SU, seit dem 22.12.'93

**von der Bundeswehr okkupiert!**

Beteiligung am Widerstand und Protest findet selbstverantwortlich und zum eigenen Nutzen statt.

Betroffene!

**Seit über zwei Jahren arbeiten Berliner und Potsdamer Gruppen mit der BürgerInneninitiative FREIe HEIDe zusammen, um den Protest und Widerstand gegen das Bombodrom ideenreich in die Öffentlichkeit zu tragen.**

Die Aktiven der BürgerInneninitiative FREIe HEIDe verfolgten bisher die Strategie. über einen Regierungswechsel in Bonn zu einer zivilen Nutzung des Platzes zu kommen. Viele hoffen nun auf die Gerichte. Doch zur Hoffnung gibt es wenig Anlaß. Das im Oktober '94 ergangene Urteil zu Tiefflügen stützt sich auf die Tatsache. daß die verteidigungspolitischen Interessen juristisch nicht bewertbar sind. Demnach kann die Bundeswehr ihre Interessen letztendlich juristisch durchsetzen. was auch durch ein im Auftrag der Brandenburgischen Landesregierung erstelltes Rechtsgutachten bestätigt wird.
Es geht nun um eine klare Erfolgsperspektive. Den Aktiven ist es in der Vergangenheit bereits einmal gelungen. dem Widerstand frischen Schwung zu geben. Nachdem die Bundeswehr die Nutzungsrechte vom Vermögensamt bekam und die ersten Übungsflüge über den Platz donnerten. organisierten wir unter dem Motto "Woodstock für Wittstock" die mit 5000 TeilnehmerInnen erfolgreichste Osterveranstaltung '94 in der Bundesrepublik und gaben wichtige Impulse durch weitere Aktionen um und auf dem Platz. All das stimulierte die Aktivitäten vor Ort.

Der Platz hat für die Bundesregierung eine wichtige militärische und außenpolitische Bedeutung. Trotz der Zwangsenteignungen in den fünfziger Jahren zugunsten der Roten Armee und entgegen den Regelungen des Einigungsvertrages besteht sie auf der militärischen Nutzung des Platzes und schürt so den Zorn der Bevölkerung. Dies macht das Bombodrom zu einem überregionalen Kristallisationspunkt der politischen Auseinandersetzung. Denn das Bombodrom ist eine wichtige Voraussetzung für die Kampfeinsätze der deutschen Jagdbomber im Ausland.
Die Fortsetzung der Zerstörung von 140.000.000 m² Wald- und Heidelandschaft und die zunehmende Verseuchung des Bodens mit Kerosin und Bombenmaterial ist eine Kampfansage an die Natur. SIPRI schätzt den militärischen Anteil an der Umweltverschmutzung auf 25%. Dagegen würde "die Entmilitarisierung... große menschliche Kräfte für den Schutz der Natur freisetzen. Linderung der Armut und dauerhafte Entwicklung der Menschheit bedeuten" (Dalai Lama)

Wir suchen noch Leute, die Zeit, Mut, Geld, ... haben und uns unterstützen wollen. z.B. zum Plakate und Flugblätter verteilen, Infoveranstaltungen organisieren, Filmen, Photographieren,...; meldet euch!

**FREIe HEIDe Berlin/Potsdam**
c/o Anarchistischer Laden
Rathenower Str. 22
10559 Berlin
**Tel.: 030/401 3426**
**Fax.: 030/394 6167**

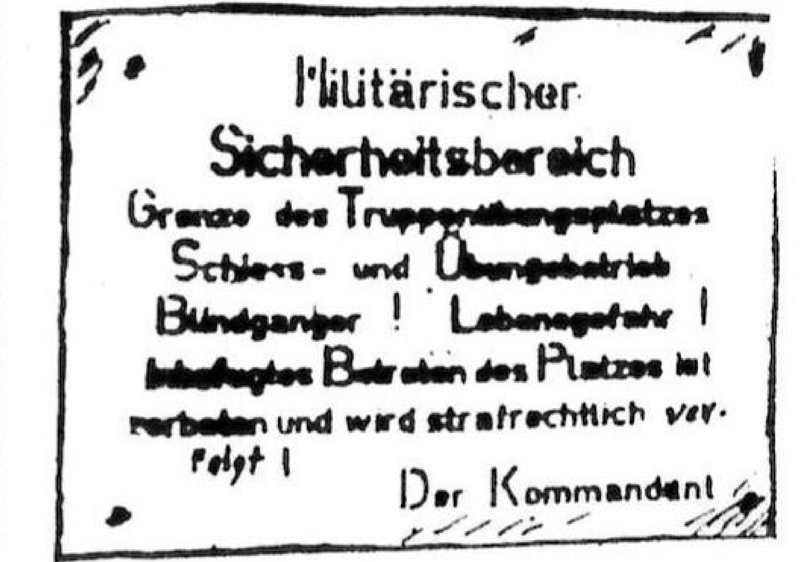
**Spenden an:** Verein der Freunde der direkten Aktion
PB Berlin (100 100 10)
Kto.Nr.: 4897 67 -107;
Stichwort:"FREIe HEIDe"

**BI für eine FREIe HEIDe**
Helmut Schönberg
Tannenstr.12
16909 Schweinrich
**T: 033966 / 246**

Bisher fanden Aktionen entweder mit großer Beteiligung oder mit antimilitaristischem Inhalt statt. Die Sommeraktionstage '95 sollen der erste Versuch einer größeren Aktion am Bombodrom mit grundsätzlich antimilitaristischem Charakter und bundesweiter Beteiligung sein. Für eine größere Beteiligung stehen die Chancen relativ gut. denn die Gruppe Lebenslaute entschied sich bereits. vom 25.8-28.8. am Bombodrom aktiv zu werden.

### Bisherige Aktionen :

- Bau einer Mahn- und Gedenkstättte in der Mitte des Bombodroms für die dort erschossenen Kriegsopfer der letzten Stunden.
- Holzauktion zum Abschluß der Sommeraktionstage '94 der von Unbekannten zersägten Schlagbäume des Platzes.
- 30 Protestwanderungen mit je 500 bis 5000 TeilnehmerInnen und Aufstellung vom Mahnsäulen rund um den Platz.
- Open Air Festival "Woodstock für Wittstock" direkt am Platz mit anschließender Aktionswoche. Anschließend wurde die verwüstete Landschaft auf dem Platz z.T. bepflanzt.
- Besetzung der Kreiskommandantur Pritzwalk und Blockade der Kommandantur Ost in Potsdam.
- Verschönerung des Kontrollturms auf dem Platz.
- Information der Reisenden über von Autobahnbrücken hängende Transparente.
- Aufstellung eines Peace-Zeichens direkt neben der Autobahn. (Abfahrt Herzsprung).
- Sammlung von über 20 000 Unterschriften für eine zivile Nutzung des Platzes in Brandenburg im Rahmen eines Volksvegehrens.



# Zeitplan und Inhalte

**Sa.19.8. + So.20.8.**
Vorbereitung des Zeltplatzes in Schweinrich am Dranser See und Anreise

**Mo. 21.8. 10.00**
Beginn der Aktionstage mit großem Begrüßungsplenum

**21.8. - 23.8.**
Workshop / Gewaltfreies Aktionstraining "Die Logik der Gewalt überwinden" mit zahlreichen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen.( siehe unten).

**24.8. - 26.8.**
Vorbereitung und Durchführung praktischer, direkter Aktionen auf und um den Platz, sowie Unterstützung der

**27.8.**
10.00 Aktion von „Lebenslaute" (siehe Kasten rechts)
19.00 große Abschlußparty mit Musik, Tanz, Essen....

**Mo. 28.8.**
10.00 Abschlußplenum danach Abreise

Außerdem gibts Videos, gemeinsames Essen, Infostände, Kunst und und und....

**Praktische Tips:** Bitte bringt euch selber eine komplette Campingausrüstung incl. Geschirr, Schlafsack etc. mit. Fahrräder sind in der Gegend von großem Vorteil. Schreibzeug, Farben, Einräder, Musikinstrumente, Werkzeug und was euch sonst noch alles für phantasievolle Aktionen einfällt wären super!

## 27.8.: Gruppe "LEBENSLAUTE" & das klingende Mahnmahl

Seit 1986 verbindet die Gruppe Lebenslaute klassische Musik und zivilen Ungehorsam. Häufig stand dabei Friedens- und Anti-Atomkraft-Arbeit im Vordergrund, z.B. in Mutlangen, Wackersdorf und Gorleben.
Am So 27.8.95 laden wir zu einem Konzert und zu Aufbau und Einweihung eines Klangspielplatzes auf der FREIen HEIDe ein:

**12.00 - Beginn der Veranstaltung am Kommandoturm bei Schweinrich**
**12.45 - Auftakt auf dem Platz**
**13.15 - Picknick, Aufbau des Klangspielplatzes**
**14.30 - Konzert mit Werken verschiedener KomponistInnen - Einweihung des Klangspielplatzes**
**16.00 - Ende**

Picknick und eventuell klingende Gegenstände bitten wir Euch mitzubringen. Wer mitmusizieren oder helfen will, ist zur Vorbereitung herzlich eingeladen.

| **Kontakt :** | **Spenden:** |
|---|---|
| Milky Way WG | Katja Tempel |
| Milchstr. 83 | 261 822 201 |
| 32120 Lippinghausen | PB(200 100 20) |
| Tel.: 05221 / 67191 | Stichwort: Lebenslaute |

## 21.8.-23.8.: Workshop / Gewaltfreies Aktionstraining: "Die Logik der Gewalt überwinden"

Mithilfe erfahrener TrainerInnen, die uns die unterschiedlichen Techniken der Diskussion und Auseinandersetzung vermitteln können, und mithilfe von Videos, Dias und Gesprächen mit Ortsansässigen werden wir nach angemessenen Aktions- und Ausdrucksformen suchen.

Denn wir kennen zu wenige Alternativen zur militärischen Gewalt, wissen kaum etwas über historische Wirksamkeit, Wirkungsweise und Theorie Gewaltfeier Aktion. Es ist uns unklar, wie unsere Vorstellungen zur Wirklichkeit werden können, wenn nicht übers Parlament, und wann unser Handeln in einer parlamentarischen Demokratie berechtigt ist. Also heißt es, Altenativen zu entwickeln.

Innerhalb des Workshops / Gewaltfreien Aktionstrainings werden Arbeitsgruppen zu speziellen Themenbereichen stattfinden, zu den ReferentInnen eingeladen sind. Die Diskussion in den Arbeitsgruppen und die Auseinandersetzung untereinander im Rahmen des Trainings sollen eine Grundlage für die weitere praktische Arbeit legen. Außerden zeigen wir Videofilme zu politischen Aktionsformen und Basisdemokratie.

**An den 4 Tagen werden zu folgenden inhaltlichen Schwerpunkten Arbeitsgruppen angeboten:**

- Ökologische Folgen des Bombodroms (Prof. K.H.Lohs , Leipzig, angefr.)
- Geschichte und Perspektiven der BürgerInnen-Bewegung in der BRD (Prof. W.D.Narr, FU-Berlin)
- Geschichte des Widerstands gegen das Bombodrom Wittstock (BI FREIe HEIDe & Andreas H. : FREIe HEIDe Berlin)
- Einführung in "Movement Action Plan" (Bill Moyer) am Beispiel des Bombodroms Wittstock (Thomas O., FREIe HEIDe Berlin
- Entwicklung der bundesdeutschen Rüstungsexporte ( Michael Berendt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin)
- Rolle des Bombodroms für die Auslandseinsätze der Bundeswehr (Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin)
- Männlichkeit und Militär (GWR, angefr.)

**Technische Hinweise:** Der Teilnahmebeitrag beträgt 60.-DM /30.-DM (alles inclusive). Fahrtkosten können auf Wunsch für öffentliche Verkehrsmittel gegen Belege erstattet werden.

In Kooperation mit:

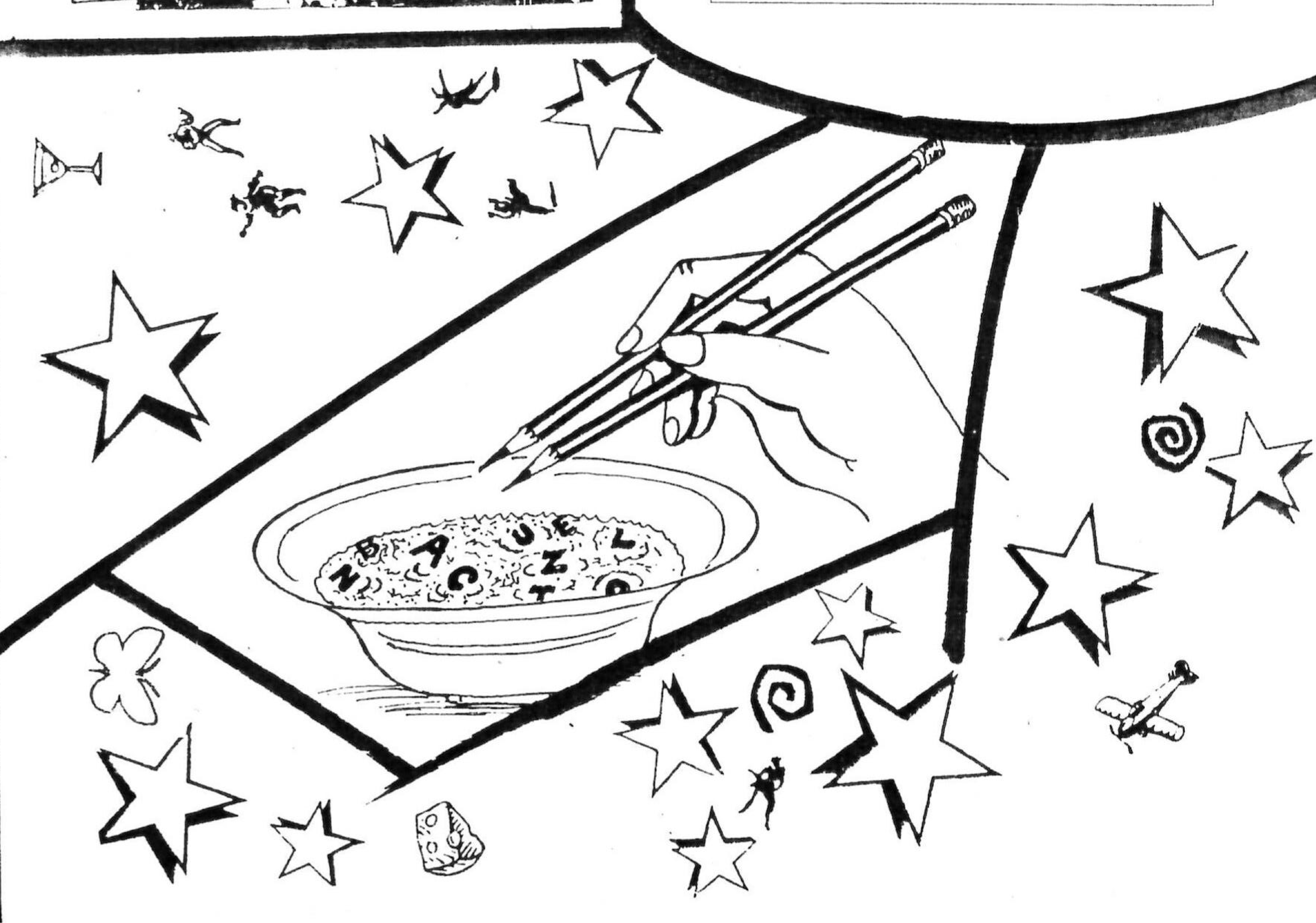
FIP Freie Initiative für politische Pädagogik e.V.











Die CASTOR-NIX-KARAWANE schlägt ihre Zelte vom 21.7.-23.7. auf dem KINDERBAUERNHOF AM MAUERPLATZ , Leuschnerdamm 9, auf. Es sollen wohl Aktionen vom Bauernhof ausgehen, bei Interesse gibt es abends Videos zum Thema Atom.
Infos unter: 030/3928280
04852/3761 für die Karawane

# IRLAND SOLI-PARTY

für Pat McLaughlin (Gefangener in Nordirland)

FREITAG 21.7.'95

SOLI!

ab 20°° | Grill-Vokü | Live-Musik (Ir. Folk) mit Mixie aus Irland | Video | danach DJs

PALISADENSTR. 49 BERLIN-F'HAIN
U WEBERWIESE

# MUMIA ABU JAMAL

a political prisoner who the U.S. wants dead, and they're trying to do it right now - You gonna let them?

SOLIVERANSTALTUNG mit:
Brian Wilson & The Sounds Of The Earth Band
(Reggae from London)

INFOS & VIDEO

KÖPI 137 22.7.,22.00 (nach der Demo)

PARTY 22.7 22°°

Essen + Cocktail

U B. Samariterstr. Friedrichshain

Vokü Niederbarhim 23 HH

TOMMY WEISSBECKER HAUS
Wilhelmstraße 9
10963 Berlin
Tel / Fax 030-2518539
U Hallesches Tor

# ANTIFA WORKCAMP IN BUCHENWALD WEIMAR VOM 23.07.-30.07.95

UNSERE VERANSTALTUNGSVORSCHLÄGE :

* DISKUSSIONSRUNDEN (Irland, pol. Gefangene, Kurdistan, Anti Antifa, Sozialabbau, uvm.)
* INFOSTÄNDE und Drogenworkshop
* KONZERT
* ALTERNATIVE STADTFÜHRUNG DURCH WEIMAR
* VORLESUNGEN UND FILME
* FÜHRUNGEN IN BUCHENWALD

UND ALLES AUF WAS IHR LUST HABT, ABER BESONDERS EINE MENGE AN ARBEIT , DENN DIE GEDENKSTÄTTE BRAUCHT JEDE ERDENKLICHE HILFE.

Wir sind AntifaschistInnen die sich bereits das 6. Jahr in Folge in Buchenwald treffen. Dort arbeiten wir an der Gedenkstätte, diskutieren, feiern und machen sonst noch alle Dinge die EUCH und UNS Spaß bringen oder notwendig erscheinen.
Wir kommen aus verschiedenen Zusammenhängen und wollen auch in diesem Jahr ein breites, buntes, unterschiedliches und offenes Spektrum bilden.
Der Tag kostet pro Person, mit Frühstück und Abendbrot, 8.00 MARK.
Bringt Schlafsäcke mit und ihr könnt das Geld für die Bettwäsche sparen.

KOMMT ALLE ZAHLREICH ! ARBEITEN IST KEIN MUß !

SPENDENKONTO BdA HALLE 2021480 VOLKSBANK HALLE BLZ 80093784 KENNWORT BUCHENWALD

Infos und Anmeldung über : * Antifa BITTERFELD (RAF)
Postfach 39
Bitterfeld 06749

KAMPF DEM FASCHISMUS



Foto-Ausstellung 1.7-1.8
" Der Krieg gegen die Zeit"
Chiapas/Mexiko 1995
zur Unterstützung des E.Z.L.N.
Dazu zeigen wir übern Beamer
jeden Dienstag 20 Uhr
" Todos Marcos "
jeden Mittwoch 20 Uhr
" Die Legenende des Subcommandante Marcos"

Kiez-Küche im Weißbeckerhaus
jeden Mo-Do 16-22 Uhr
Essen: veget.+fleischig 6 mäck
Salat + Dessert

## IRISCHER ABEND

**Infoveranstaltung und Video zu politischen Gefangenen in Irland danach *irische life-Musik***

**Freitag 28.07. 20°° im EX**

# Ce drôle de guerre

Ende Juni `95 besorgte die Kohl-Kinkel-Bande und eine Mehrheit des Bonner Parlaments die Entscheidung für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien. Zentrale Begründung für diesen historisch bedeutsamen Entschluß war der von der Bundesregierung hinter den NATO-Kulissen herbeigedrängelte Anspruch auf "Bündnisfähigkeit" und nicht der Einsatz gegen "ehtnische Säuberungen". Warum auch? Mit soetwas verfügt man ja in diesen Breitengraden, angefangen von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau bis nach Rostock über eine Reihe von praktisch-politischen Erfahrungen.
Mit der Entscheidung zum Militäreinsatz haben Kriegsminister Rühe und Stahlrollstulfahrer Schäuble ein weiteres vorläufiges Ziel erreicht: Der Jugoslawien-Kriegseinsatz der Bundeswehr ist nicht nur Ausdruck für ein außen-, sondern auch für ein innenpolitisches Gesellschaftspogramm. Bislang mutet aber dieses Programm in seiner aktuellen Praxis noch diffus und unscheinbar an: Wir sind noch nicht Zeugen von nationalistischen Wogen oder gar einer allgemeinen Generalmobilmachung geworden. Und sieht man vielleicht von der großen Tecno-Love-Parade Anfang Juli in Berlin ab, so durchziehen auch keine militaristischen Klänge das Land. Es ist ein Mißverständnis zu glauben, daß die als "modern" bezeichneten Technologie-Kriege der Gegenwart soetwas wie eine Massenbegeisterung von unten noch benötigen würden. Das Bundeswehrkontigent nach Jugoslawien besteht fast ausschließlich aus hochbezahlten Freiwilligen, die da "unten" erstmal nichts anderes zu tun scheinen, als "ihren Job"; alles begleitet von einer einlullenden "Popaganda des Professionellen". Wer da als Soldat aus "Gewissen" nicht mitmachen mag, der braucht`s auch nicht; eine von Bundeswehrführung aus den gigantischen Verweigerungszahlen während des Golfkrieges schlau gezogene Konsequenz.

## Wer blickt durch in Julagoswien ?

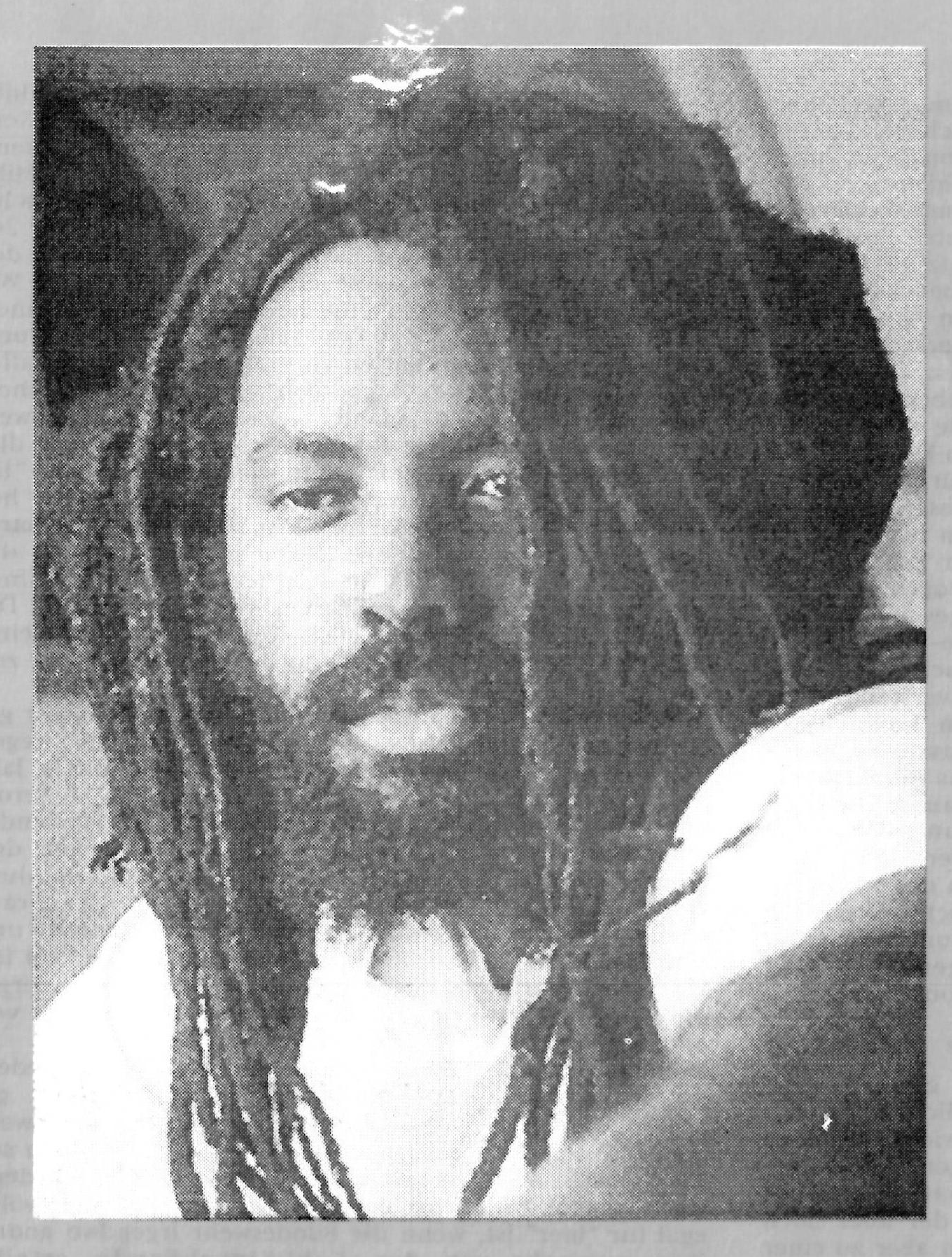
Auch wenn wir selbst keine Pazifisten oder gar Isolationisten sind, so sind wir doch unmißverständlich gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Julagoswien. Natürlich ist dabei die Einsicht, daß Krieg immer das allerschlechteste Mittel zur Lösung gesellschaftspolitischer Konflikte ist, ein banaler Gemeinplatz, - der aber doch wahr ist und bleibt. Von wo aus gelangt man aber zu einer "politischen Position" zu dem ganzen Geschehen ?
Ein Medien-Blick auf die Situation in Julagoswien selber ergibt eher eine zunehmende Ratlosigkeit. Je mehr man dort hin schaut, desto fremder schaut es zurück und überall tun sich eine Vielzahl von Zwickmühlen auf. Sicher ist nur, daß an der Form, in der uns seit vier Jahren seitens der Medien immer wieder einzelne Tote aus Sarajewo aufgedrängelt werden, absolut nichts stimmt. Was aber stimmt dann ?
Es ist richtig, davon auszugehen, daß sich in Julagoswien verschiedene, ethnisch maskierte Nomenklatura-Banden, wahlweise mit reaktionär-faschistischen-neostalinistisch-natinonalistischen Programmen, gegenseitig bekämpfen. In einer polit-ökonomischen Betrachtungsweise kann dabei durchaus von einem Verzweiflungsnationalismus von Weltmarktverlierern gesprochen werden. Aber was sagt soetwas schon? Natürlich reicht die politische Potenz dieser mafia-ähnlichen Banden nicht zur Stiftung eines hablbwegs konsistenten Binnenmarktes; aber allemal können damit refeudalisierte und patriarchal-radikalisierte Herrschaftstrukturen aufrecht erhalten werden. Gegenüber diesen Barbarisierungstendenzen ist es eine große Illusion zu glauben, daß Flüchtlinge, Deserteure und Kriegsopfer in irgend einer Weise oppositionell-politisch organisierungsfähig wären. Jeder und jede, die in den beklagenswerten Status eines Opfers gerät, versucht nur noch abzuhauen, wenn sie`s dann noch kann und braucht ansonsten Hilfe. Wie man`s auch dreht und wendet: Mit Ausnahme der vielen Opfer, für die eine humanitäre Parteinahme selbstverständlich zu sein hätte, gibt`s in Julagoswien keine "Guten" Somit ist es schwierig, ja beinahe unmöglich, Partei für eine wie auch immer geartete politische Position oder Macht dort zu ergreifen.

## BRD-Großmachtpolitik und tschüß

Demgegenüber ist es in diesem Land evident, daß mit Hilfe eines beständigen, antisemitisch aufgeladenen Anti-Serbien-Diskurses, der allseits geteilten Theorie über die neue Rolle einer Großmacht BRD in Europa, die politische Militärpraxis nachrutscht. Ohne erkennbare ökonomische Ordnungsidee in Jugoslawien feiert so am Ende des 20. Jahrhunderts das Primat der Politik in diesem Land in der Form des Militärischen seine erneute Auferstehung. Wo käme man auch hin, hier eine bewußte Politik für einen privilegierten Umgang mit Deserteuren, Kriegsopfern und Flüchtlingen aus Jugoslawien zu praktizieren. Das ist alles viel zu kompliziert; so "lächerlich" wie die UNO-Blauhelmeinsätze in Jugoslawien hier verächtlich gemacht werden. Man hat hier in der Tat niemals vergessen, daß in diesem Jahrhundert deutsche Militäreinsätze niemals "lächerlich" waren. Da wurde nie viel Aufhebens um "humanitären Klimbim" gemacht. Nicht mehr drum herumreden, eingreifen, so richtig durchgreifen ist nun die Devise. Und so läßt sich in leichter Abwandlung einer alten, gegen Rassismus gerichteten, Parole nun sagen: Die Bundeswehr "Schaut nicht mehr weg, sondern greift ein!" - in Jugoslawien. Wer soll sich davon noch überrascht zeigen ?
Und trotzdem ist das Ausbleiben einer wie auch immer gearteten gesellschaftliche Gegenreaktion in der BRD gegen den ersten Kriegseinsatz dieses Landes nach fünfzig Jahren, dieses unheimliche dröhnende Schweigen, außerordentlich beunruhigend: Hat es in Berlin eine Massendemonstration von wenigstens 10 000 Leuten gegen den Krieg gegeben? Wurden im Mehringhof Vollversammlungen mit hunderten von Teilnehmern zu der Frage abgehalten, was nun praktisch gegen die Bundeswehr und sonstige militärische Infrastruktur in der Stadt zu tun ist? Sind die Interim-Ausgaben der letzten Wochen übergequollen von Anti-Kriegs-Diskussionsbeiträgen? Nichts von alledem, nichts.
Die Frage, was der Bundeswehrkriegseinsatz "hier" bedeutet, wird nirgendwo in dieser Gesellschaft gestellt, geschweige denn diskutiert. Es hat überhaupt keinen Zweck diesen Zustand irgend jemand vorzuwerfen. Und doch soll die Frage in die anonyme Runde gestellt werden, ob denn irgend jemand im Ernst daran glaubt, daß das alles völlig egal für "hier" ist, wenn die Bundeswehr irgendwo anders ihre nunmehr von der Kohl-Kinkel-Bande erteilte "licence to kill" zur Praxis macht? Die Gefahr besteht darin, daß kein Mensch weiß, ob und wie lange, der in jeder Hinsicht zynische und abgeklärt erscheinende "Irgendwo `n Job wie jeder andere"- Zustand hier in der BRD noch so bleiben wird. Es gehören weder viel Phantasie noch große analytische Fähigkeiten dazu, davon auszugehen, daß der Bundeswehrkriegseinsatz in Jugoslawien zu einem weiteren, und unter Umständen eskalierenden, Brutalisierungsschub der Verhältnisse hier führen wird. Die Staatsfeierlichkeiten um die ersten aus Jugoslawien heimkehrenden Plastikmüllsäcke mit den Überresten von Privateigentümern deutscher Personalausweise werden weniger zu einer riesigen Jubelparty, als vielmehr zu einem von oben entschlossen verkündeten "Jetzt erst Recht" mit allen damit verbundenen innenpolitischen Konsequenzen führen. Dann steht vielleicht "Eingreifen" nicht mehr nur irgendwo in Weit-weg-Jugoslawien an. Natürlich wäre jeder massenhafte Protest - von Widerstand erstmal ganz zu schweigen - gegen den Bundeswehrkriegseinsatz im Sinne einer aktuellen Gegenmachtpolitik völlig bedeutungslos. Und doch scheint er uns eine durchaus auch moralisch bestimmte Vorbedingung dafür zu sein, hier gegen diese Verhältnisse überhaupt noch weiter Partei ergreifen zu können. Wir befürchten, daß sich das kollektive Schweigen nicht nur der gesamten Gesellschaft, sondern auch von denen, die von außen betrachtet, als "die Autonomen" bezeichnet werden, nicht nur eine dramatische Verschiebung des zuvor als selbstverständlich angenommenen politischen Koordinatenkreuzes anzeigt, sondern sich irgendwann auch einmal bitter rächen wird.

**Timur und sein Trupp**





# Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

**Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens von Mumia Abu-Jamal ! Abschaffung der rassistischen Todesstrafe in den USA und international!**

**Bundesweite**

# Demonstration

## Samstag, den 22. Juli '95

### um 12 Uhr in Berlin, Auftakt: Rosa-Luxemburg-Platz
### Abschlußkundgebung: Lustgarten

Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal soll am 17. August hingerichtet werden. 1982 wurde er wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt und ist seit über 13 Jahren in den Todestrakten im US-Bundesstaat Pennsylvania inhaftiert. Am 1. Juni 1995 unterzeichnete Gouverneur Thomas Ridge den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal und legte den Hinrichtungstermin fest. Wir machen diese Demonstration, weil internationaler Druck auf den Gouverneur ein wichtiger Bestandteil der Kampagne ist, um Mumias Hinrichtung zu verhindern. Gleichzeitig protestieren wir gegen die Todesstrafe als einen Ausdruck rassistischer Unterdrückung und staatlicher Repression.